Telephon Nr. 2325. Scheckkonto 38.415.

Der Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Zentagasse Nr. 5.

Redaktionsschluß: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden
sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller.
Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:
Halbjährlich . . . . . Kr. 2·88
Ganzjährlich . . . . . „ 5·76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6·—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 5 — Wien, den 10. Februar 1912. — 20. Jahrg.

Von dem Eisenbahner-Witzblatt

„Der Faschings-Courier"

ist die erste Auflage bereits vergriffen. Da noch Bestellungen einlaufen, wird in den nächsten Tagen eine zweite Auflage hergestellt werden. Um die Höhe derselben bestimmen zu können, bitten wir, uns den etwaigen Bedarf und die Anzahl der Exemplare sofort bekanntzugeben.

Die Administration.

Bedenkliches Lob.

Die Deutschnationalen über die tschechischen Gewerkschaftszersplitterer.

Nun reckt sich und streckt sich der nationale Kretinismus und schreit es uns im Brustton der Ueberzeugung zu, daß dem methodischen Wahnsinn die Sache der Zukunft gehört. In der Zeit, wo alle Zeichen dafür sprechen, daß die Macher und Drahtzieher des „Reichsbundes" schon alle rabulistischen Knüffe aufwenden müssen, um „ihre" Eisenbahner von der Notwendigkeit einer mit dem „nationalen Hochgedanken" erfüllten Gewerkschaft zu überzeugen, wirkt solches Tun wie ein Labsal für alle, denen ob der geistigen Leere der nationalen Phrase die sichere Paralyse drohte. Und so lesen wir es denn in der letzten Folge des „Deutschen Eisenbahner" abermals in einem recht langatmigen Artikel, daß der Separatismus der tschechischen Autonomisten eine notwendige Folge des erwachenden völkischen Bewußtseins ist, der nur die erfreuliche Tatsache verkündet, daß auch die Arbeiterschaft ihre völkischen Interessen verstehen lernt, und demgemäß sich von der „roten Internationale lossagt".

Man könnte, wenn man jetzt solche und ähnliche überschwengliche Lobesbezeugungen liest, die von den Deutschnationalen den tschechischen Organisationssprengern gezollt werden, es füglich bei der bloßen Feststellung einer so anrüchigen Gevatterschaft bewenden lassen. Denn niemals noch hatten die Tschechen diese „verschrienen Erbfeinde", als die sie von unseren Deutschnationalen sonst bezeichnet werden, ein so gutes Sittenzeugnis von diesen erhalten, als gerade jetzt, wo sie alle Künste aufwenden, die altbewährten internationalen Gewerkschaften national zu trennen und sie mit dem Geiste des bürgerlichen Chauvinismus zu erfüllen. Und niemals noch haben sich nationale Deutsche und nationale Tschechen so gut verstanden als in der Frage der separatistischen Spaltung der Klassenorganisationen der Arbeiter. „Völkisches Erwachen" nennt man es jetzt und freut sich im deutschnationalen Lager über die „braven" Tschechen, denen man sonst alles, was sie unternommen hatten, als „tschechische Begehrlichkeit" gerade von dieser Seite angekreidet hat. Aber vielleicht trägt diese harmonische Seelenübereinstimmung zweier haßerfüllter Rivalen mehr als alle theoretische Auseinandersetzung dazu bei, den Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen, welch raffinierter Betrug an ihnen verübt wird, wenn man ihnen einredet, die nationale Gliederung der Gewerkschaften sei das Prinzip der Zukunft.

Lehrreich für alle, die den ganzen nationalen Schwindel noch nicht hinreichend durchschauen, ist auch bei dieser Geschichte wieder der schwindelhafte Trick, mit welchem von dem Reichsbundblatte auf die Gedankenarmut seiner Leser spekuliert wird. Aus dem Bestande der tschechisch- und deutschnationalen „Koalition" sucht nämlich der „Deutsche Eisenbahner" den Beweis abzuleiten, daß sowohl tschechischnationale wie deutschnationale Organisationen bei den Eisenbahnern in wunderbarer Eintracht zusammengehen, und daß sonach bei Lohnkämpfen die nationale Trennung der Gewerkschaften keinerlei Hindernisse für die wirtschaftlichen Bestrebungen der Eisenbahner bilden könne. Man muß schon sagen, daß die Reichsbundleute ihre Mitglieder für ziemlich vergeßlich halten müssen, wenn sie ihnen jetzt auf einmal diese neueste „Internationalität" einreden möchten. Und vor allem: Wozu wird denn überhaupt ein nationaler Kampf geführt, wenn die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter international vertreten werden müssen? Gerade von den Deutschnationalen haben wir es doch bisher immer gehört, daß die nationale Frage eine wirtschaftliche Frage sei, und zwar deshalb, weil im Sinne der nationalen Auffassung — der Deutsche von den fremdsprachigen Völkern in seiner wirtschaftlichen Existenz bedrängt werde. Und in der Tat läßt sich der ganze Chauvinismus, den man dem Arbeiter predigt, nur mit dieser Formel halten, da jedes Zugeständnis, daß die Arbeiterschaft durch ihre wirtschaftlichen Interessen einheitlich verbunden sei, logischerweise auch die Einheitlichkeit ihrer Organisationen und somit den internationalen Charakter der Gewerkschaften rechtfertigen würde. Das aber ist es ja, was der nationale Chauvinismus unter allen Umständen vermieden wissen will.

Und vor kaum anderthalb Jahren hatte auch dieser Auffassung entsprechend der „Deutsche Eisenbahner" ganz speziell für die Eisenbahner sogar ein neues Besoldungssystem vorgeschlagen, mit dem ganz ernsthaft verlangt wurde, den Eisenbahnern seien neben den Gehältern und Quartiergeldern auch noch Erhaltungsbeiträge auszuzahlen, deren Höhe sich nach den kulturellen Bedürfnissen der einzelnen Gegenden zu richten habe. Dadurch solle erreicht werden, daß die Deutschen, die in teueren Industriegegenden leben, entsprechend mehr erhalten wie die Slawen, die in ländlichen und zumeist billigeren Gegenden ihren Domizilort besitzen. Der Einwand, der bei dieser konfusen Idee auf der Hand lag, daß nämlich durch eine solche Besoldung gerade die Slawen um so zahlreicher in die deutschen Gegenden einwandern würden, wurde damals vom „Deutschen Eisenbahner" damit abgetan, daß er in der Folge 8 vom 10. März 1910 wörtlich also schrieb:

„Gegen diese Bedrängung können natürlich nur wir nationalen Gewerkschafter uns zur Wehre setzen und die Arbeiterschaft kann nur in den nationalen Gewerkschaften jenen Hort finden, der sie vor der Ueberflutung durch die anspruchsloseren Nichtdeutschen schützt, da die sozialdemokratischen Gewerkschaften, als internationale Organisationen, es nicht wagen dürfen, den Einbruch der Nichtdeutschen aufzuhalten."

Also besteht nach der Auffassung des „Deutschen Eisenbahner" der Feind für den deutschen Arbeiter in jedem nichtdeutschen Arbeiter, gegen die sich nur die deutschnationalen Gewerkschaften „zur Wehre setzen können". Aber während der „Deutsche Eisenbahner" vor kaum zwei Jahren vom „Einbruch der Nichtdeutschen" redete und dagegen zum Kampf aufrief, sucht er heute seinen Anhängern klar zu machen, daß die nationale Eisenbahnerkoalition die brüderliche Einheit von Deutschen und Tschechen darstellt, die in wirtschaftlichen Fragen zusammengehen. Offenbar, um diese „brüderliche Einheit" und die neueste Art des Zusammengehens zu illustrieren, bringt nebenbei das Reichsbundorgan in derselben Folge vom 1. Februar l. J. auch folgende niedliche Notiz:

Tschechisches aus dem Böhmisch-Leipaer Konsumverein der k. k. B. N. B. Wie weit die unerhörte Frechheit der Tschechen geht, beweist wieder ein Fall im Konsumverein Böhmisch-Leipa der k. k. B. N. B. Seit einiger Zeit beklagen sich die deutschen Eisenbahnbediensteten, daß sie bei diesem Konsumverein tschechische Agrarzünder bekommen. Diese sind in Pakete mit braunen Umschlägen ohne Aufschrift, damit die Käufer den Inhalt nicht erkennen. Häufig kommt es auch vor, daß diese Zünder gemischt mit anderen in Paketen verkauft werden. Wir fordern die deutschen Eisenbahner als alleinige Käufer der Konsumvereinsartikel auf, solche Zünder energisch zurückzuweisen, denn im rein tschechischen Gebiet werden bloß tschechische Nationalzünder abgesetzt, und nur der Deutsche in seiner internationalen Duselei schämt sich, Bundes- oder Schulvereinszünder zu verlangen. Wir rufen daher allen Deutschen zu: „Deutscher Michel, wache auf und hilf nicht weiter, wissentlich diese unverschämte Tschechisierung fördern; tritt überall als Deutscher auf, auch dort, wo du kaufst!"

Die deutsche Wacht im Polzenthal.

Herr Bukival wird sich wohl königlich über die Solidarität freuen, die von seinen Verbündeten, in der für die wirtschaftlichen Interessen aller kämpfenden „Koalition" geübt wird!

Wir haben uns diesen kleinen Ausflug in die Gedankenwelt der nationalen Reichsbündler erlaubt, nicht weil uns die überaus geistvollen Theorien dieser Herren zusagen, sondern weil auch von Zeit zu Zeit eine solche Exkursion lehrreich ist. Nicht wir sehen im tschechischen oder überhaupt im nichtdeutschen Arbeiter den Feind, der bekämpft werden muß. Er ist für uns der Kampf- und Klassengenosse, mit dem uns die Klasseneinheit der kapitalistischen Welt verbindet. Wohl aber der nationale Chauvinismus hüben wie drüben kann nur existieren, wenn er die Arbeiterschaft durch den vermeintlichen wirtschaftlichen Gegensatz national zu trennen sucht. Heute freilich verleugnet der „Deutsche Eisenbahner" sein eigenes von ihm so eindringlich gepredigtes nationales Prinzip, weil ihm das gerade für die Rechtfertigung seiner nationalen Koalition sopaßt. Aber gerade dieses feige Zurückstellen der eigenen Grundsätze, dieser Verzicht auf eigene Prinzipien zeigt nur, daß diese unnatürliche Spottgeburt von einer „Koalition" nur den einzigen Zweck hat, „ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie zu bilden", das eigens erfunden werden mußte, um die einzige Klassenkampforganisation der Eisenbahner besser bekämpfen zu können. Löst man sie von diesem einzigen eingestandenen Zweck los, dann wird es auch für den Dümmsten offenbar, daß die „Koalition", in der sich alle prinzipiellen Gegensätze vereinigen sollen, eine Fiktion ist, berechnet und erfunden zur Täuschung und Beschwindelung der Massen. Und je lauter die „Koalition" den nationalen Separatismus lobt, desto klarer wird es, daß er so ganz den Absichten unserer Feinde, der Bourgeoisie und den Nutznießern des bürgerlichen Klassenstaates entspricht!

Die neue Sozialversicherungsvorlage.

„Das Ziel des Rechtes ist der Friede,
Das Mittel dazu der Kampf."
Jhering.

II.

Unfallversicherung.

So oft im Parlament oder sonst in einer öffentlichen Körperschaft Personalfragen in Beratung stehen, nehmen Eisenbahnminister oder einer seiner Vertreter das Wort und geben eine feierliche Erklärung ab, daß sie stets bestrebt sein werden, allen ihren Einfluß geltend zu machen, um das Los des Personals besser zu gestalten. Es hat sich nicht selten ereignet, daß oft schon am nächsten Tag nach solchen bedienstetenfreundlichen Erklärungen, im Amtsblatt des Eisenbahnministeriums oder der Direktionen ein Erlaß erschienen ist, der gerade das Gegenteil von dem anordnete, was der Minister am vorhergehenden Tag sagte. Spricht das Ministerium von Entgegenkommen und Wohlwollen, so kann man hundert gegen eines wetten, daß morgen ein Ukas erscheint, worin dem Personal auf administrativem Weg neue Schikanen

und Bosheiten angetan werden. Spricht der Minister von Recht und Gerechtigkeit, dann zittern die Bediensteten, weil sie wissen, daß mit mathematischer Gewißheit irgend ein neues Unrecht nachfolgt. Einschränkungen von Fahrbegünstigungen, Verminderung der Nebengebühren des Zug- und Maschinenpersonals sind hernach immer pünktlich eingetroffen. Versichert der Minister, daß er der Wohnungsfürsorge und den Lebensmittelmagazinen sein besonderes Augenmerk zuwenden wird, dann treten Stockungen und Hemmungen in der Frage sicher ein. Daher kommt es auch, daß die Eisenbahner zu Ministerworten nicht das geringste Vertrauen haben. Das Eisenbahnministerium hat durch seine Inkonsequenz dem Personal nebst vielen anderen auch das so notwendige Vertrauen zu ihm geraubt. Auf jeden Eingeweihten macht es den Eindruck, daß im Eisenbahnministerium ein „Geist" herumgeht, dessen Aufgabe es ist, dem Personal das Leben so unangenehm wie möglich zu gestalten und fortwährend darauf zu sinnen, neue Konflikte zu schaffen. Die Liebe zum Beruf wird auf die raffinierteste Art untergraben und wo es nur halbwegs angeht, wird versucht, das Personal nach Art der Agents provocateurs in Aufruhr und Verzweiflung zu bringen.

Die allgemeine Betrachtung vorauszuschicken, schien mir notwendig, weil sie bei der späteren Besprechung der Unfallversicherung manches darüber aufhellen, aufklären und besser verständlich machen wird.

Wer die Entstehungsgeschichte der Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung und die darauf bezughabende Literatur, insbesondere aber die stenographischen Protokolle der 249. Sitzung der XI. Session vom 7. Dezember 1893 und die Beilagen der volkswirtschaftlichen und juristischen Kommission des Herrenhauses der 349. Sitzung (1894) genau studiert, der wird es unmöglich begreifen können, daß dieses Gesetz, welches wie selten eines gründlich und nach allen Seiten behandelt wurde, in seinen wertvollsten Teilen nach kaum 18jährigem Bestand dem oben erwähnten „Geist" zum Opfer fallen soll. Weder die Schöpfer dieses Gesetzes, noch die damalige Regierung hätten je an eine solche Möglichkeit gedacht. Regierung und Parlament denkt, der „Geist" des Departements für Humanitätseinrichtungen lenkt.

Dieser „gute Geist" konnte es nicht ansehen, daß Eisenbahner, welche in Ausübung des Dienstes zum Krüppel wurden, als Ersatz hiefür Entschädigungen aus dem Provisionsfonds und der Unfallversicherung erhalten. Und so ging er hin und klagte beim goldenen Kalb das Gesetz an, daß es Schwindler und Simulanten züchte, die sich aus purer Gier unter die Räder werfen, um dem guten Staate zwei Renten zu entlocken. Man müsse, so sagt der k. k. Provokateur, den Krüppeln ihre Rente schmälern und die Unfallsgefahr wird von selber aufhören! Dieses Geld könnte man zu etwas nützlicherem, etwa zur Herabsetzung des dämonenhaften Staatsbahndefizites verwenden. Das leuchtete den Ministern Derschatta bis Forster ein und sie gaben dem Ministerialrat den Auftrag, in dem neu verfaßten Sozialversicherungsgesetz das Recht der Eisenbahner zu beugen. Um diesen Diebstahl als Ausfluß der Notwehr nach Außen hin erscheinen zu lassen, wurde dieser Handlung eine Sittennote in Form eines Motivenberichtes vorausgeschickt, in der die Eisenbahnerkrüppel in einer noch nie dagewesenen Art beschimpft wurden. Das, was Taussig und Seitteles nicht fertig brachten, war dem Vorstand des Departements für Humanitätseinrichtungen vorbehalten. Legt man die Humanität in die Hände des Staates, der berufsmäßig Hüter des Rechtes und der Pflichten sein soll, so erwürgt er dieses Recht, wenn damit Geld zu gewinnen ist. Solange das Eisenbahnnetz in seiner Mehrheit in den Händen der Privaten lag und als Privatunternehmung seinen Namen führte, hatte die Regierung keinen Anlaß, gegen das Gesetz aufzutreten. Mit dem Moment, wo die Rollen vertauscht waren, die Privatbahnen durch Kauf an den Staat übergingen, waren die Lasten, die die Eisenbahnerkrüppel verursachten, nicht mehr zu ertragen und man schritt zur Konfiskation einiger wichtigen Rechte. Unter dem Ministerium Bienerth war die Sozialversicherung der Eisenbahner im Ausschuß vollends fertiggestellt. Die Sozialdemokraten kämpften dort für die Rechte der Eisenbahner wie die Löwen. Für die Beseitigung oder Ansetzung eines Beistriches mußte — so unglaublich das klingen mag — ein Kampf geführt werden. Herr Hofrat Pollak als Vertreter des Eisenbahnministeriums im Verein mit dem Generalreferenten, dem auf so eigentümliche Art verstaatlichten deutschradikalen Abgeordneten Kroy, setzten in perverser Lust alles daran, das wohlerworbene und verbriefte Recht des ohnehin schwergeprüften Personals zu brechen! Trotz aller Mahnungen von seiten der Sozialdemokraten und trotz der gefaßten Beschlüsse bei den diversen Eisenbahntagungen, in welchen die Verletzung des bestehenden Gesetzes als unbedingter Kriegsfall erklärt wird, waren die Provokateure von der Schändlichkeit und Gefährlichkeit ihrer Handlungen nicht zu überzeugen.

Das unter der Regierung Stürgkh am 21. November 1911 zum viertenmal eingebrachte Sozialversicherungsgesetz hält trotz einiger Verbesserungen noch immer an der Ansicht fest, den Eisenbahnern die Krüppelrente zum großen Teil wegzunehmen.

Nach dem Vorausgeschickten schreite ich nun zur Neutextierung des Gesetzes selbst. Im Programm des Ministerpräsidenten Koerber war ursprünglich eine starke Anlehnung an das im Deutschen Reiche übliche Versicherungssystem vorhanden; der Versicherungsausschuß war jedoch der Meinung, daß dieses System bezüglich der Unfallversicherung nicht am Platze sei und hat an dessen Stelle die territoriale Unfallversicherung gesetzt. Nur bei den Bergarbeitern und Eisenbahnern wurde in der Vorlage eine Ausnahme gemacht. Für diese beiden Arbeiterkategorien zieht der Gesetzentwurf die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherung vor. Die neue Vorlage spricht aus, daß die Eisenbahnunternehmungen verpflichtet werden, die gesamten Bediensteten, also auch die im Kanzleifache und in den dazu gehörigen Anlagen Beschäftigten zu versichern. Ebenso wird es den Bahnverwaltungen zur Pflicht gemacht, alle jene Personen, die nach den verschiedenen Vorschriften von der Eisenbahn ohne Entgeld befördert werden müssen (Postbedienstete, Finanzer, Gendarmerie 2c.) auf eigene Gefahr und Kosten gleichfalls bei der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung zu versichern. Der Kreis der Versicherten wird also erweitert und das, was bisher dem Ermessen der Bahnverwaltungen anheim gestellt war, wird ihr in der Vorlage zur Pflicht gemacht. Daß die Bahnen auch auf ihre Kosten die Bediensteten der Post- und Finanzverwaltungen und des Ministeriums des Innern 2c. gegen Unfallgefahren versichern müssen, ist ganz unverständlich. Dadurch erfährt das Budget der Bahnen eine ungerechtfertigte Belastung, was auch den Bediensteten nicht ganz gleichgültig sein kann, weil die für diese Zwecke ausgelegte Summe von der Oeffentlichkeit fasch beurteilt wird. Den selbständigen Ressorts, die hier in Betracht kommen, soll die Versicherung ihrer Bediensteten auf eigene Kosten zur Pflicht gemacht werden, und ist bereits ein diesbezüglicher Antrag in dem Ausschuß eingebracht worden.

In der letzten Vorlage war im § 228 verlangt, daß alle Bediensteten eines dem Verkehr oder Transport dienenden Verkehrsmittels, auf die das Gesetz vom 5. März 1869, R.-G.-Bl. Nr. 27, Anwendung findet (Haftpflicht), der Versicherungspflicht nach diesem Gesetz unterliegen. Die Regierung beabsichtigte deshalb auch, die Bediensteten der Industrie- und Schleppbahnen, gleichviel, mit welcher Kraft sie betrieben werden, der Wohltat des Gesetzes zu unterstellen. Der rühmlichst bekannte Abgeordnete Kroy, der die Interessen der Unternehmer dadurch geschädigt sah, brachte unter Zustimmung derselben Regierung, die diesen Passus aufnahm, diesen wieder zu Falle. Auf diese Bediensteten haben nunmehr die §§ 261 bis 266 (neu) der Unfallversicherung der Eisenbahner keine Anwendung und sie werden dem Gesetz für die territoriale Unfallversicherung unterstellt, obwohl sie denselben Gefahren ausgesetzt sind, wie bei den Vollbahnen. Hoffentlicht macht der neue Versicherungsausschuß dieses Unrecht wiedergut.

Die Entschädigungsansprüche sind im IV. Hauptstück der neuen Vorlage nach den Anträgen der Sozialdemokraten erweitert, klarer und präziser ausgedrückt worden.

Als Unfall werden künftighin (§ 201) alle jene Körperverletzungen betrachtet, die innerhalb der Zeit der Versicherungspflicht und während der Dauer derselben eintreten, wenn die Arbeit durch einen Vorgesetzten angeordnet wurde. Wenn also ein Stationsvorstand einem Arbeiter zu seinen Zwecken, zum Fensterputzen, Kohlentragen, Holzspalten, zur Gartenarbeit 2c. für sich verwendet, und sich dieser dabei eine Körperverletzung zuzieht, so wird die Verletzung als

Feuilleton.

Eine Kapuzinerpredigt für die Eisenbahner*).

Viele tausende Kollegen,
Wirken, schaffen allerwegen,
Um die Lage, in der wir stecken,
Zu verbessern und zu erwecken
Jene, die noch schlafen und zagen
Und nichts für ihre Sache wagen,
Diesen Streitern gebührt der Dank.
Aber jene, die Streit und Zank
Immer in unsere Reihen bringen,
Ohne selbst nach Bess'rung zu ringen,
Will ich mir unter die Lupe nehmen,
Daß sich die Malefizkerle schämen.
Ja, es ist wahr und läßt sich beweisen,
Daß sich leider in unseren Kreisen
Noch unendlich viel Schmalzbrüder finden,
Die sich für fremde Interessen verbinden,
Aber für unsere Organisation,
Nichts besitzen als Spott und Hohn.
Die besitzende, reiche Klasse
Verfolgt uns mit infernalischem Hasse,
Handwerker, Pfaffen und Fabrikanten,
Halten das Volk in Ketten und Banden,
Daß es in seiner großen Plage,
Niemals erkenne die eigene Lage.
Anstatt nun, wie diese Gewalten,
Ebenfalls zusammenzuhalten,
Gibt es Kollegen, die in Haufen
Zu den Feinden überlaufen,
Weil sie, o wie blöd und blind,
„National" oder „christlich" sind!
Diese Firma ist die Spindel
Und die Deckung für jeden Schwindel,
Und so fallen große Massen,
Die sich von Judas leiten lassen,
Immer noch, dem Feind zum Entzücken,
Ihren Kollegen in den Rücken.
Dies ist die erste und schlimmste Sorte;
Doch ich bin und bleibe beim Worte,
Um auch noch and're Kollegen zu schildern,
Die uns das Leben auch nicht mildern:
Dies sind außer den ersten Petschierten,
Ohne Scham und ohne Huld,
Die leidigen Unorganisierten!
Während die Klassenbewußten sich rühren
Und energisch die Sache führen,
Forderungen und Kämpfe besprechen,
Um unser Elend und Unrecht zu brechen,
Bleiben jene kühl bis ans Herz
Und vertrödeln die Zeit mit Scherz.
Mithelfen ist ihnen fremd geblieben,
Weil sie nur ihre Ruhe lieben,
Doch Errung'nes mit uns zu teilen,
Wird sich niemand wie sie beeilen,
Sie sind die Allerersten beim Schmaus,
Schaut wo etwas für uns heraus.
Aber auch unter den Eingeschrieb'nen,
In der Organisation Geblieb'nen,
Gibt es Leute, die sich nicht rühren,
Dafür aber nur kritisieren,
Weil sie nur scheinhalber mit uns geh'n,
Und sich wie die Windfahne dreh'n.
Bald nach rechts und bald nach links,
Mitglieder bleiben sie allerdings.
Also irrt noch die große Masse,
Uns'rer Eisenbahnerklasse
Ziel- und planlos, herüber, hinüber,
Und die Zeiten, die werden trüber,
Weil das Volk, das einig die Macht,
Nicht zum Klassenbewußtsein erwacht.
Steigt trotz Bemühen das Elend immer,
Wird es mit jedem Tage schlimmer,
Daß es kein Teufel mehr kann ertragen,
Und wir gezwungen, den Kampf zu wagen,
Schreit dann alles, was sonst noch feig:
„Los auf die Schinder, auf zum Streik!"
Herr, mich packt dann immer der Aerger!
Unglückselige Drückeberger,
Wißt ihr nicht, daß ihr einig, im Frieden,
Alles erobern könntet hienieden,
Daß die Passive nicht notwendig wär',
Hättet ihr wirklich Kollegenehr'!
Müssen heut' ums Brot uns schlagen,
Existenz und Leben wagen,
Weil so viele wie ein Haufen
Hammel, in der Welt 'rumlaufen,
Und es kommt nicht viel heraus,
Ja, wie schauen wir dann aus?
Dann ist bei den Demagogen,
Die uns schwarz und gelb betrogen,
Die uns stets zersplittert haben,
Und nun schreien wie die Raben,
Nur der rote Sozi schuld!
Und das Dümmste: Uns're Brüder,
Glauben den Verleumdern wieder,
Kriechen wieder in die Schlinge,
Treiben wieder blöde Dinge,
Bis sie gründlich angeschmiert,
Und die Lüge doch krepiert!
Dann, aus diesem Wirbeltanze,
Richtet ihr den Blick aufs Ganze,
Und erkennt, daß ihr Millionen,
Hingeworfen habt den Drohnen,
Weil die Eisenbahnerschaft,
Selbst zersplittert Mut und Kraft.
Laufen heute noch Kollegen,
Auf verstohl'nen Schwärzerwegen,
Mit Hallunken und Verrätern,
Und gekauften Missetätern,
Scharenweise noch herum,
Seid getrost, sie werden stumm.
Alle brechen sie zusammen;
Wenn die edlen Freiheitsflammen,
Und die schönen hehren Triebe,
Echter Kameradschaftsliebe,
In uns wieder mächtig glüh'n,
Müssen sie von dannen zieh'n.
Sozialistische Gefühle,
Brechen in dem Kampfgewühle,
Wo nur Ganzes kann gestalten
Und nur Gutes sich erhalten,
Siegreich durch und machen groß,
Und von Vorurteilen los.
Darum liebe Kampfgenossen,
Kämpfet wacker, unverdrossen,
Gegen schwarz und gelbe Beißer,
Und mißrat'ne Maulaufreißer,
Eure Sache muß gedeih'n,
Nur heißt's künftig einig sein!
Klageweiber, Kritisierer,
Schlieferl und Zersplitt'rungsschürer,
Horcher, Schmeichler, Denunzianten,
Sind nur zeitliche Trabanten,
Kommen heut bereits zu spät,
Trumpf bleibt: Solidarität.
Vorwärts, heizet die Maschinen,
Daß sie auf den freien Schienen,
Dampfen in die Zukunftsferne,
Wo uns leuchten unsre Sterne,
Bess'rer Lebensmöglichkeit,
Endstation ist: Neue Zeit!

Jubavius.

*) Das Gedicht, das als Beitrag für den „Faschings-Courier" bestimmt war, ist für diesen zu spät eingelangt.
Die Redaktion.

Besucht nur Lokale, in welchen der „Eisenbahner" aufliegt!

Unfall im Sinne des Gesetzes angesehen und entschädigt.

Die Anzeigepflicht (§ 244 und 247) wird von einem Jahre auf zwei Jahre erhöht und den Betriebsunternehmern zur Pflicht gemacht, innerhalb zehn Tagen die Anzeige an die Anstalt zu erstatten. Ein Exemplar der Anzeige muß stets der Generalinspektion als Aufsichtsbehörde (§ 242) eingesendet werden.

Ist jedoch der Verletzte infolge der Verletzung gestorben, so muß die Anmeldung auf Gewährung einer Entschädigung für die Hinterbliebenen, im Falle die Feststellung nicht von Amts wegen erfolgt ist, längstens vor Ablauf eines Jahres gemacht werden. Nach dieser Zeit erlischt der Anspruch. Diese beiden Neuerungen werden in der Praxis für den Versicherten vorteilhaft wirken.

Die Erhebungen über die Art der Verletzung und die Feststellung der Entschädigungsansprüche werden nach den §§ 202, 207, 243 und 244 der politischen Behörde oder den Gemeindevertretungen übertragen.

Diese Bestimmung wird nach der bekannten Arbeiterfreundlichkeit der Aufsichtsbehörden, insbesondere der Gemeinden, oft zum Schaden der Versicherten ausfallen. Gegenwärtig werden die Erhebungen für die Entschädigungsansprüche zumeist von den gewählten Vorstandsmitgliedern der Anstalt gemacht. Dieses System war auf den Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens aufgebaut und hat sich sowohl für die Verletzten, als auch für die Anstalt bestens bewährt. Es lag daher absolut kein Grund vor, bei den Eisenbahnern eine Aenderung eintreten zu lassen.

Daß weiter für die Rentner eine Berufskontrolle vorgesehen wird (§ 250, III. Absatz), zeigt weiter die große Abhängigkeit und Unsicherheit, in der sich die Krüppel in Zukunft befinden werden.

Die Beschlußfassung über die Zuerkennung oder Ablehnung eines Entschädigungsanspruches steht einem dreigliedrigen Komitee zu, welches aus je einem Vertreter der Kurie des Dienstgebers und der Versicherten und einem von Vorstand bestimmten Beamten der Anstalt zusammengesetzt ist. Kommt ein einstimmiger Beschluß in diesem Rentenkomitee nicht zustande, so kann über Verlangen eines Mitgliedes des Ausschusses die Beschlußfassung dem Vorstand der Versicherungsanstalt oder einem von diesem bestellten engeren Verwaltungskomitee übertragen werden. In demselben sind beide Kurien gleichmäßig vertreten; der Obmann des Vorstandes führt den Vorsitz und hat bei Stimmengleichheit zu entscheiden.

Auf den ersten Blick ist aus diesen Bestimmungen (§ 246) zu entnehmen, daß diese Parität unter dem Mantel der Gleichheit eigentlich eine Majorität der Unternehmerkurie ist.

Anfechtungen von Bescheiden über Entschädigungsansprüche müssen nach den § 249 und 252 vor Ablauf eines Jahres bei Vermeidung des Ausschlusses an das zuständige Versicherungsgericht erhoben werden. Bescheide, gegen welche beim Versicherungsgericht Klagen erhoben werden, haben keine aufschiebende Wirkung.

Wertvoll ist, daß die oft angefochtene Bestimmung im Gesetz (§ 250), daß die Renten an den Verletzten oder dessen Hinterbliebenen in monatlichen Raten im vornhinein ausbezahlt werden, aufrecht erhalten blieb. Veränderungen, Einschränkungen von Rentengenüssen können nicht bloß von der Versicherungsanstalt, sondern auch von den Gemeindeämtern und Bezirkshauptmannschaften 2c. 2c. von Amts wegen beantragt werden. Außer der Berufskontrolle, die jede Veränderung des Zustandes des Verletzten zu rapportieren hat, wird der Krüppel auch noch von dem geehrten Gemeindevorsteher und Bezirkshauptmann beaufsichtigt. Daß solche übertriebene Vorsichtsmaßregeln den Gesundheitszustand des Verletzten ungünstig beeinflussen und zu allerhand Nervenkrankheiten Anlaß geben werden, liegt auf der Hand. Auch wird diese Bespitzelung (§ 243) der Verletzten der Anstalt ein schönes Stück Geld kosten.

Ein wichtiges Stück Arbeiterschutz liegt jedoch in den Bestimmungen des § 243 und 257, wonach der Betriebsunternehmer der Anstalt gegenüber vollkommen haft- und ersatzpflichtig gemacht werden kann, wenn der Unfall durch dessen Verschulden (Außerachtlassung der Sicherheitsvorschriften) herbeigeführt wurde.

Auch ist die Anstalt berechtigt, alle Betriebsstätten und Anlagen durch technisch gebildete Beamte besichtigen zu lassen, die ihrerseits Anträge auf Abschaffung von Uebelständen stellen können. Vorstandsmitglieder dürfen hiezu nicht verwendet werden.

Nach jedem vernünftigen und zeitgemäßen Fortschritt folgen stets zwei Rückschläge. So steht beispielsweise der Anstalt das Recht zu, an Stelle der Krankenkasse die Krankenfürsorge nach den §§ 49 bis 52, 57 und 58 zu übernehmen.

Nach Abschluß des Heilverfahrens kann nach obigen Bestimmungen an Stelle der Rente freie Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt gewährt werden. Die Ueberweisung des Kranken an ein Krankenhaus oder eine Heilanstalt kann in allen Fällen angeordnet werden (§ 209, III. Absatz), wenn die Vermutung vorliegt, daß die Heilung absichtlich verzögert wird. Leistet der Verletzte einer solchen Anordnung der Anstalt keine Folge, so kann ihm die Rente oder das Krankengeld ganz oder teilweise eingestellt werden.

In diesen Bestimmungen wird das Selbstverfügungsrecht des Verletzten über seine Person vollkommen aufgehoben und er zum willenlosen Spielball der bekannten Amtspraxis werden.

In Bezug auf die Zusammensetzung des Vorstandes wurde die Parität bei der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt beibehalten. Der Obmann und dessen Stellvertreter sind vom Vorstand zu wählen; sollte jedoch eine Einigung zwischen den zwei Kurien nicht erzielt werden, so sind diese zwei Personen vom Eisenbahnministerium zu ernennen. Die Parität war bisher im Vorstand ein statutarisches Recht und wird hiermit ein gesetzliches Recht. Die Delegierten- und Vorstandswahlen erfolgen nach dem Schlüssel der Verhältniswahlen (Proporz). Als Norm soll die Dr. Hontsche Verteilungsmethode angewendet werden. Das Majoritätsprinzip ist im ganzen Sozialversicherungsgesetz ausgeschaltet worden. Die Regierung und die Parteien haben offenbar an dem jetzigen Nationalitätenhader nicht genug und setzen alles daran, denselben auch auf die Humanitätsinstitute zu übertragen. Ob dieses Verfahren den Instituten und Krüppeln zum Vorteil gereicht, wird die Zukunft lehren.

In diesem Zusammenhang soll nicht vergessen werden, daß der schon oftmals bekannte Generalreferent Herr Kroy bei Beratung dieses Kapitels den Antrag stellte, daß in das Gesetz die Bestimmung aufgenommen werden soll, daß der Obmann und dessen Stellvertreter in der Unfallversicherung der Eisenbahner stets aus der Kurie der Bahnverwaltungen zu entnehmen sind. Ob dieser Antrag im Einverständnis mit den deutschnationalen Eisenbahnern eingebracht wurde, konnte nicht festgestellt werden. Da jedoch der deutschnationale „Reichsbund" bis auf den heutigen Tag gegen diese Infamie keinen Einspruch erhoben hat, muß angenommen werden, daß derselbe mit Einwilligung und Zustimmung der deutschnationalen Eisenbahnerorganisation erfolgte.

Bei Berechnung einer zu gewährenden Rente ist der volle Arbeitsverdienst (§ 262), einschließlich der veränderlichen Bezüge (Kilometer-, Stundengelder u. s. w.) zu Grunde zu legen. Es wird auf Grund dieser Bestimmung davon abgesehen, bei den Eisenbahnern das Lohnklassensystem anzuwenden.

Als Jahresarbeitsverdienst wird so wie bisher das 300fache des Betrages angenommen, den der Versicherte vor dem Unfall bezogen hat. Die Vollrente (§ 204) beträgt 60 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes. Befindet sich jedoch der Verletzte in einem Zustand völliger Hilflosigkeit, so kann ihm die Rente um die Hälfte und darüber hinaus bis zum doppelten Betrag, das ist 120 Prozent des vollen Jahresarbeitsverdienstes erhöht werden. Den Hinterbliebenen wird in solchen Fällen die gebührende Rente um zwei Drittel erhöht. Die Vollrente kann auch als Rekonvaleszentenrente dann gewährt werden, wenn der Verletzte zur Wiederherstellung oder Besserung seines Zustandes besondere Schonung bedarf. Die Rente bis zum doppelten Betrag (120 Prozent) wird in allen Fällen, gleichviel, ob die Verletzung aus einem Bahn- oder Verkehrsunfall entstand, ausbezahlt. Hiermit ist ein schweres Unrecht an den Verletzten gutgemacht worden. Werkstätten- und Bahnerhaltungsarbeiter werden ebenso wie die beim Verkehr angestellten Bediensteten bei Unfällen behandelt. Der verlorene Arm eines Bahn- und Werkstättenarbeiters wird mit dem des Exekutivbediensteten hiermit gleichgestellt und bemessen. Diese drei Bestimmungen sind die wertvollsten für die Arbeiter im ganzen Sozialversicherungsgesetz, die lediglich ein Verdienst der sozialdemokratischen Ausschußmitglieder sind.

Nach diesem allseits anerkannten Fortschritt folgt ein ebenso gefährlicher Pferdefuß, der diesen Erfolg zum Teil zunichte macht. Im § 265 wird ausgesprochen, daß, wenn ein Verletzter neben der Unfallrente auch noch eine Pension oder Provision, eine Invaliden- oder Altersrente bezieht, so ruht der Anspruch auf Unfallrente insoweit, als die beiden Renten zusammen mehr als 120 Prozent des Arbeitsverdienstes übersteigen. Soweit sich die Geschichte der sozialen Gesetzgebung in allen fünf Erdteilen verfolgen läßt, ist Aehnliches nicht geschehen. Ueberall war noch in Tendenz vorhanden, bestehendes Recht unangetastet stehen zu lassen und auf diesem weiterzubauen. Es steht außer allem Zweifel, daß der volle Anspruch auf Pension ein Vertragsrecht, die Unfallrente ein privatrechtlicher Anspruch, der aus dem Haftpflichtgesetz hervorgeht und in dem bürgerlichen Gesetzbuch § 1325 bis 1327 abgeleitet und begründet erscheint, für das Eisenbahnpersonal ist. Nur durch eine Rechtsvergewaltigung kann das zugunsten abgeändert werden. Der österreichischen Regierung war es vorbehalten, ein verbrieftes Recht durch ein schlechteres und minderwertigeres unmöglich zu machen. Als 1893 die Debatte im Abgeordneten- und Herrenhaus abgeführt wurde, waren die hervorragendsten Politiker der Meinung, daß trotz Schaffung des Artikels VII des Nachtragsgesetzes, welches den Eisenbahnern ein teilweises Aequivalent für die bestandene Haftpflicht geben sollte, durchaus nicht vollwertig sei, sondern einen unzulänglichen Ersatz für den Entgang dieses Gesetzes biete.

Eine Reihe von Stimmen wurde damals laut, die verlangte, daß neben dem Ergänzungsgesetz auch die Haftpflicht in Wirksamkeit bleibe. Denn — so sagte damals ein Redner — „die soziale Gesetzgebung muß aufwärts streben, Besseres schaffen, nicht aber bestehendes Recht einzuschränken suchen". Nach mehr als 18jährigem Bestand geht die Regierung im Einverständnis mit den bürgerlichen Scharfmachern und dem Eisenbahnerparademann Kroy daran, den nach der damaligen Ansicht ungenügenden Ersatz nochmals herabzumindern. Die in der Einleitung dieses Aufsatzes ausgedrückte Vermutung scheint daher vollkommen richtig zu sein, daß im Eisenbahnministerium der Geist vorherrscht, das ohnehin sehr gereizte Personal zu einer Revolte aufzustacheln. Als im letzten Ausschuß ein Abgeordneter in seiner gerechten Entrüstung über dieses Vorhaben gegen die Regierung den Vorwurf erhob, daß sie wie ein Wegelagerer handelt und den Schwächeren überfalle und beraube, raffte sie sich zu der Erklärung auf, daß sie niemand sein Recht verkürzen wolle und daß die Bestimmung nur für jene Bediensteten gelte und angewendet werden soll, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Bahndienst treten.

Sie schuf hiermit eines der bedenklichsten Dinge, die man sich ausdenken kann: Zweierlei Recht in einem und demselben Betrieb, unter einem und demselben Personal, das gleichmäßig denselben Gefahren ausgesetzt ist. Daß ein solcher Zustand auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten ist, liegt für jeden Kenner offen auf der Hand.

Tief bedauerlich ist nur, daß die hyperradikale deutschnationale Fachpresse und ihre Organisationen weder bei dem Kampf im damaligen Ausschuß, noch jetzt ein Wort der Abwehr fanden. Die christlichsoziale „Verkehrsbund-Zeitung" nahm in Nr. 24 Notiz von dem Raube, ohne sich zu einem Worte des Tadels aufzuschwingen. Die übrigen „Auchfachblätter und Vereine" scheinen überhaupt keine Ahnung zu haben, welche Gefahren auf diesem Gebiet für die Eisenbahner bestehen. Wir wollen hiermit ihr verräterisches Verhalten — wenn sie wieder von Verrat reden — ein für allemal feststellen.

Die sozialdemokratisch organisierten Eisenbahner werden daher neuerdings aufgerufen, ihr Interesse in der schwersten Zeit ihres Lebens, wenn sie und ihre nationalen Kollegen zu Krüppeln geworden sind, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen und diesen Anschlag abzuwehren. Unsere Organisation steht nach wie vor auf dem Boden der am IV. Krankenkassentag gefaßten Resolution sowie auf der im Jahre 1909 und 1911 gefaßten Entschließung.

Die Eisenbahner werden, möge kommen, was da wolle, den „Kampf ums Recht" aufnehmen. Sie wären Feiglinge, wenn sie ihr erworbenes Recht nicht bis zum äußersten verteidigen würden.

„Nur der verdient" — wie der Dichter sagt — „die Freiheit und das Leben, der täglich es erobern muß!"

Möge die Regierung noch in letzter Stunde ablassen von ihrem grausamen Spiel und dem Krüppel geben, was des Krüppels ist. Möge sie auch die Worte des großen Rechtslehrers Ihering beherzigen:

„Das Ziel des Rechtes ist der Friede, das Mittel dazu der Kampf."

Die Eisenbahner stehen Gewehr bei Fuß und warten auf das Signal, wo sie die „Schanzen" besteigen.

R. M.

Mehr Macht.

„Sicher ist, daß wir in eine Periode allgemeiner Unruhe, steter Machtverschiebungen eingetreten sind, die, wie immer ihre Formen und ihre Dauer auch sein mögen, nicht eher mehr in einem Zustand länger dauernder Ruhe enden kann, als bis das Proletariat die Kraft erlangt hat, die Kapitalistenklasse politisch und ökonomisch zu expropriieren und damit eine neue Aera der Weltgeschichte zu inaugurieren."

Kautsky: „Der Weg zur Macht."

Die Lehre vom Klassenkampf, wie sie der sozialistischen Weltanschauung zugrunde liegt, ist heute längst nicht mehr ein bloßes theoretisches Problem. Niemand mehr, als gerade der praktische Gewerkschaftler, der auf dem Boden realer Tatsachen steht, hat vielleicht in den letzten Jahren so ausgiebig Gelegenheit gehabt, den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung eingehend und genau in seinen Richtlinien zu verfolgen und die sich daraus mit Notwendigkeit ergebenden Schlüsse zu prüfen und zu werten. Und die Ueberzeugung, die daraus geschöpft werden mußte, hat allen Behauptungen von der Verschärfung der Klassengegensätze bis in die jüngste Periode recht gegeben.

Gerade in diesen Tagen bereitet sich ein tiefeinschneidender und in seinem zeitlichen Umfange vielleicht noch unabsehbarer Kampf bei einer der größten österreichischen Gewerkschaften vor. In Böhmen ist es nämlich zu einem sehr ernsten Konflikt in der Metallbranche

---

Sorget dafür, daß der „Eisenbahner" auch vom reisenden Publikum gelesen werde!

gekommen, der zu einer Aussperrung der Arbeiter durch die Maschinenfabriken und Eisenwerke geführt hat. Zur Stunde sind es bereits mehrere Tausend Arbeiter, die von der in neuerer Zeit bei den Unternehmern beliebt gewordenen Aussperrungstaktik betroffen wurden und es scheint, daß jeder neue Tag die Zahl der zur Aushungerung bestimmten Arbeiter erhöhen und eine Ausdehnung des Kampfes mit sich bringen dürfte. Natürlich hat die Organisation der Metallarbeiter diesen Schlag der Unternehmer nicht ruhig hingenommen, sondern hat die Aussperrung sofort mit Lohnforderungen beantwortet. Es ist also ein regelrechter Kampf von größerem Umfang und von einschneidender Bedeutung für die Gesamtgewerkschaften, vor dem wir stehen.

Was diesem Konflikt seine über die davon betroffene Branche hinausreichende Bedeutung verleiht, das sind vor allem die besonderen Umstände, unter welchen es zu diesen Lohnkämpfen gekommen ist. Wie in den meisten Branchen, wo das Interesse der Arbeiter durch moderne Gewerkschaften einheitlich geschützt ist, bestehen natürlich auch in der Metallwarenbranche die Tarifverträge, deren Wirkungsdauer noch keineswegs um ist. Die großen Eisenindustriellen aber konnten den Zeitpunkt des Ablaufes offenbar schon nimmer erwarten und so benützten sie die Gelegenheit, um durch Neueinführung einer Arbeitsordnung, deren Bestimmungen sich mit den tariflichen Uebereinkommen im Widerspruch befinden, die Kollektivverträge zu durchbrechen, um auf diese Art eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Wirft schon dieses Vorgehen an sich ein eigenartiges Licht auf die sittlichen Begriffe der Herren Unternehmer, die jeden Vertragsbruch, wenn er von einem Arbeiter begangen wird, als schweres Verbrechen geahndet wissen möchten, so wird man aber noch mehr nach einer Seite hin eine Lehre daraus ziehen können, die für die Arbeiterschaft im allgemeinen Beachtung verdient.

Man hat nämlich gerade von jener bürgerlich-sozialpolitischen Seite, die den Arbeitgebern am nächsten steht, der Welt einreden wollen, als ob es sich bei den Tarifverträgen um unbedingt sichere Bürgschaften des sozialen und gewerblichen Friedens handelt, der höchstens dann und wann von den Arbeitern wieder gestört würde. In der Tat freilich hat nun alle bisherige Erfahrung ebenso wie der vorliegende neuerliche Fall wieder gezeigt, daß auch hinter den besten Tarifverträgen immer wieder gute und kampfgerüstete Gewerkschaften stehen müssen, wenn deren Wirkung nicht von dem immer besser organisierten Unternehmertum ausgeschaltet und unterbunden werden soll. Selbst dann, wenn die ganze Geltungsdauer der Kollektivverträge als eine Periode der Ruhe und des sozialen Friedens verläuft, ist die am Schlusse und bei deren Ablauf eintretende Gefahr die Regel, daß die Unternehmer, die die Zeit zur Sammlung ihrer Kräfte benützt haben, alles daransetzen sich nicht nur gegen neuerliche Verbesserungen zugunsten der Arbeiter zur Wehr zu setzen, sondern auch, um die früheren Bedingungen ablehnen zu können. Der vorliegende Konflikt beweist überdies, daß man auch nicht davor zurückscheut, die Verschlechterungen noch vor der Zeit des Ablaufs durch hinterhältige Vertragsumgehungen einzuführen, wenn man eben glaubt, die etwa vorhandenen Umstände dafür ausnützen zu können. Die Rechnung von der die böhmischen Metallindustriellen dabei mit schlauer Erwägung ausgingen, war der separatistische Konflikt, der gerade in der gewerkschaftlichen Organisation der Metallarbeiter ziemlich einschneidende Wirkungen verursacht hat. Für alle Unternehmer, wo immer sie auch stehen mögen, ist die Schwächung der gewerkschaftlichen Stoßkraft der Arbeiter nur das Zeichen, auf das sie lauern, um einen Einfall in das Gebiet der proletarischen Rechte planen zu können. Und wo immer etwas unternommen wird, um die gewerkschaftliche Organisation zu teilen, anstatt in ihrem Gefüge zu festigen, da geschieht es bewußt oder unbewußt im Interesse derjenigen deren Klasseninteresse von der Einheitlichkeit, der Disziplin und Schlagkraft der proletarischen Armee bedroht ist. Mit gutem Recht darf daher wohl auch gefolgert werden, daß der Einbruch der böhmischen Unternehmerorganisation in die sichergestellten Arbeitsbedingungen einer so gut organisierten Arbeiterschichte wie es die Metallarbeiter sind, wohl kaum versucht worden wäre, wenn nicht die Lockerung und Zerreißung der Kampfgewerkschaft, die durch die tschechischen Separatisten geschehen ist, den Unternehmern Mut und Hoffnung für ein Gelingen ihres Vorhabens eingeflößt hätte. Und so offenbart sich in diesem Lohnkampfe ein geradezu typisches Schulbeispiel für alle, die an der Hebung der Klassenlage der Arbeiterschaft irgendwie interessiert sind, daß diese für alle Zukunft nur dann erfolgreich gegen die wachsende Angriffslust der Unternehmer geschützt werden kann, wenn der alte internationale Geist und die stramme Geschlossenheit unserer Gewerkschaften, allen gegenteiligen Versuchen trotzend, weiterhin das Bollwerk sein wird, das den Aufstieg der arbeitenden Klasse bisher in so ruhmreicher Weise ermöglicht hat. Diese Erkenntnisse, der alle proletarische Einheit bisher gefolgt ist, müssen heute, wo so viel Erfahrung hinter uns liegt, als gleichsam neue Prinzipien mit dem stärksten Nachdruck wiederholt werden, wenn man nicht will, daß ihre Richtigkeit durch neue und kostspielige Mißerfolge bewiesen werden soll.

Was aber gerade bei der Gelegenheit mit scharfer Betonung wiederholt werden muß, ist die Tatsache, daß der wachsende Widerstand der Unternehmer heute keineswegs im Lager des großindustriellen Scharfmachertums allein zu suchen ist. Die mächtigen Fabrikanten, die jetzt in Böhmen den Kampf eröffneten, sind vielleicht nur die Vortruppen. In der Welt derer, die auf den Profit, den sie aus fremder Arbeitskraft ziehen, ihre behagliche Existenz gegründet haben, offenbart sich längst ein vermehrter Haß gegen jede Forderung, die die Arbeiterschaft stellen muß, wenn sie nicht will, daß die Weltkalamität der Teuerung aus ihr einen physisch und moralisch degenerierten Haufen schafft. Es ist ja wahr und ist von uns sicherlich nie geleugnet worden, daß innerhalb dieser kapitalistischen Ordnung eine ganze Schichte von sogenannten kleinen gewerblichen Unternehmern in ihrer Existenz hart von all den verschiedenen kapitalistischen Mächten bedroht ist. Aber alle diese wachsende Unsicherheit, der heute der kleingewerbliche Mittelstand selbst ausgesetzt ist, sein Widerstand, den er gegen die großen Kapitalsmächte selbst aufzubringen hat, führen in letzter Linie immer nur dazu, daß gerade er sich am meisten gegen den sozialpolitischen Fortschritt der Arbeiterschaft wehrt, in welchem er die eigentliche Ursache für die eigenen schlechten Verhältnisse irrtümlicherweise erblickt. Und so ist es auch gerade für Oesterreich ein charakteristisches Merkmal, daß im Chor der Scharfmacher das Kleinbürgertum am lautesten Hilfe bei der Staatsgewalt verlangt. „Aber je mehr dieses Bürgertum seiner demokratischen Vergangenheit untreu wird und je mehr es sich hinter die Regierungen verkriecht und Hilfe erwartet, desto steigender entwickelt sich sein Haß gegen das Proletariat." (K. Kautsky: „Der Weg zur Macht.")

Die Arbeiterklasse Oesterreichs, für die demnach kein Zweifel besteht, daß heute sowohl bei den kleinen Unternehmern, wie bei den großen industriellen Scharfmachern für einen schärferen Widerstand gerüstet wird, wird die neugeschaffene Situation nur beherrschen können, wenn sie solidarischer als je vorher, den einheitlichen Klassenkampfcharakter in allen ihren Organisationen wahrt. Sie muß wissen, daß sie auf sich allein angewiesen ist und alle Kämpfe ohne Mithilfe seitens der bürgerlichen Klassen wird führen müssen. Und die Erscheinungen, die immer mehr darauf hindeuten, wie die Gegner in allen Lagern zu einem scharfen Widerstand rüsten, müssen auch bei den Indifferentesten das Bewußtsein erwecken, daß der Arbeiterklasse eines zu ihrer Selbstverteidigung dringend not tut: Mehr Macht!

Die Ehrenpflicht jedes Arbeiters.

Woher kommt es denn aber, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingezeichnete Mitglieder seid? O, ich kenne den altbekannten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, man sympathisiert, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage aber euch, ist das ein männliches, ist das eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht selbst gesäet hat?.... Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo ihr nicht selbst gesäet, euch, die ihr mich mit eurem Beifall und Akklamation begleitet, euch ermahne ich zur Scham! Unseren Mitgliedern aber rufe ich folgendes zu: Nicht auf unsere Bevollmächtigten dürft ihr euch für die Agitation verlassen, sondern jeder einzelne von euch muß diese Agitation zu seiner Aufgabe machen. Ferdinand Lassalle.

Die Aktion bezüglich der Regiefahrten des Zugbegleitungspersonals mit Erfolg beendet.

Wie wir in den letzten Nummern des „Eisenbahner" ausführten, bestand von seiten der Staatsbahnverwaltung die Absicht, die Fahrgebührenverdienste des Zugbegleitungspersonals bedeutend zu reduzieren. Die Zugsbegleiter sollten eine größere Anzahl „Dienstfahrten", die sie mit den Gebühren für „die Fahrt im Dienst" bezahlt erhielten, als „Regiefahrten" absolvieren, für welche Dienstleistung bekanntlich geringere Gebühren bezahlt werden. Die Verwirklichung dieser Absicht hätte für einen großen Teil des Zugbegleitungspersonals namhafte finanzielle Schädigungen zur Folge gehabt, die in der Zeit furchtbarer Teuerung unerträglich geworden wären. Nach vielen Bemühungen ist es nun unserer Organisation gelungen, dieses neuerliche Attentat abzuwehren. Freilich bedurfte es vieler Mühe und unermüdlicher Arbeit aller beteiligten Vertrauensmänner, um dieses Ziel zu erreichen.

Bereits im Dezember 1910 verfügten die galizischen Direktionen, daß in den Fällen, wo das Bremsbrutto eines Zuges gebremst ist, das erübrigte Zugbegleitungspersonal als überzählig in Regie zu führen ist. Dabei gingen die genannten Direktionen noch weiter und verfügten, daß diese erübrigten Zugsbegleiter auch die bei den Manipulationen verwendete Zeit, wie beim Ein- und Ausladen der Güter, beim Verschieben 2c. in den Stationen nur als „Regiefahrt" bezahlt erhalten. Die galizischen Zugsbegleiter nahmen bereits damals gegen diese Verfügung in mehreren Versammlungen Stellung und die Zentrale intervenierte beim Eisenbahnministerium. Nach wiederholten Interventionen der Zentrale im Jänner, März und April 1911 verfügte das Eisenbahnministerium, daß den Zugsbegleitern für die aufgewendete Zeit bei der Verrichtung der Manipulationsarbeiten die Gebühren „für die Fahrt im Dienste" zu bezahlen sind. Im übrigen schloß es sich der Interpretation der galizischen Direktionen an und veranlaßte auch die Nordbahndirektionen, die gleiche Verschlechterung durchzuführen.

Aber auch das Zugbegleitungspersonal der Nordbahn protestierte in zahlreichen Versammlungen in Wien und auf der Strecke und wurde in allen Versammlungen einstimmig beschlossen, die Verantwortung nicht zu übernehmen und die Zugsbegleiter nach wie vor im Dienste zu führen. Dieser energische und einmütige Protest, dessen Wirkung nicht ausblieb, und mehrere Interventionen der Zentrale hatten schließlich den Erfolg, daß die Nichtbeachtung des bezüglichen Erlasses stillschweigend geduldet wurde. Die Nordbahndirektion war vernünftig genug, einzusehen, daß derartige Verfügungen vom Personal unmöglich hingenommen werden können.

Zu dieser Einsicht schwangen sich aber die galizischen Direktionen nicht auf. Den Zugsführern wurden die mehr verrechneten Gebühren zum Ersatz vorgeschrieben. Die Erbitterung des Personals wurde immer größer. Abgeordneter Genosse Tomschik intervenierte neuerlich beim Eisenbahnministerium. Auch eine Deputation der organisierten Zugsbegleiter von Galizien sprach im Eisenbahnministerium vor. Noch immer erfolgte keine Aenderung. Bei der Beratung der Forderungen der Staatsbahner im Parlament im vorigen Jahre brachte nun Abgeordneter Genosse Tomschik den Antrag ein, daß die Verfügungen des Eisenbahnministeriums bezüglich der Regiefahrten rückgängig gemacht werden. Der Antrag fand bekanntlich mit dem 38 Millionen-Antrag einstimmige Annahme. Doch auch dieser Schritt brachte keine Besserung. Im Gegenteil, das Eisenbahnministerium gab einen neuen Erlaß heraus, der im Wesen dieselbe Verschlechterung beinhaltet, als sie bereits in den galizischen Direktionsbezirken praktiziert wurde. Die Staatsbahndirektion Wien wurde beauftragt, den Erlaß sofort zur Durchführung zu bringen. Diese Tat schlug dem Faß den Boden aus. In einer massenhaft besuchten Versammlung, die am 10. Jänner 1912 im Hotel „Union" in Wien stattfand, beschlossen alle dienstfreien Zugsbegleiter des Wiener Direktionsbezirkes mit heller Begeisterung, die Verantwortung für die Konsequenzen dieses Erlasses abzulehnen. Die Genossen Wabitsch, Schober, Straßer, Kleindl, Knottek, Innerhuber u. s. w. und Abgeordneter Genosse Tomschik wurden ersucht, sofort neuerlich bei der Direktion und beim Eisenbahnministerium vorzusprechen. Dies geschah auch. Abgeordneter Genosse Tomschik vermittelte der Deputation auch die Vorsprache beim Eisenbahnminister und bei den Referenten.

Am 20. Jänner 1912 endlich konnte Abgeordneter Genosse Tomschik den Erfolg der langen und mühevollen Aktion melden. Das Eisenbahnministerium verfügte neuerlich den nachfolgenden Erlaß, der, wenn er auch nicht alle Härten in der Fahrgebührenentschädigung des Zugbegleitungspersonals beseitigt, immerhin als ein beachtenswerter Erfolg in der durchgeführten Abwehraktion bezeichnet werden kann.

Aus dem vorstehenden sollen die Zugsbegleiter und auch alle übrigen Bediensteten entnehmen, welches zähen Kampfes es bedurfte, um diese Verschlechterung abzuwehren und wie unbedingt notwendig für das Gesamtpersonal eine kräftige und schlagfertige Organisation ist, nicht allein um Verbesserungen zu erreichen, sondern auch, wie in diesem Falle, um stets drohende Verschlechterungen abzuwehren.

Die Wiener Zugsbegleiter nahmen den Bericht der Vertrauensmänner über den erreichten Erfolg in einer am 30. Jänner 1912 in Horaks Saal stattgefundenen Versammlung entgegen.

In dieser Versammlung wurde in der Diskussion auch angeregt, daß die Organisation mit erneuter Kraft an die Erreichung weiterer Verbesserungen, insbesondere hinsichtlich der Fahrgebührenverbesserung schreiten möge. Dies wird so wie bisher in unentwegter Weise geschehen, aber dazu ist die Mitarbeit und vor allem die Zugehörigkeit des gesamten Zugbegleitungspersonals zur Gesamtorganisation notwendig. Sie ist die einzige Bürgschaft dafür, daß die Organisation weitere Verbesserungen erreichen kann und daß sie auch stets in der Lage ist, jede Verschlechterung abzuwehren.

Nachstehend der Erlaß des Eisenbahnministeriums:

K. k. Eisenbahnministerium.

Z. 2401/20 a

Wien, am 20. Jänner 1912.

Bestimmungen über die Regiefahrten der Zugsbegleiter.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Wien.

Unter Bezugnahme auf den d. s. Dienstbefehl vom 28. Dezember 1911, Z. 1095/1/V, wird der k. k. Staatsbahndirektion in Ergänzung der hierämtlichen Erlässe vom 28. April 1911, Z. 20.511, und vom 14. Dezember 1911, Z. 51.436, Nachstehendes eröffnet:

Die vorerwähnten hierämtlichen Verfügungen verfolgen den Zweck, die Anzahl der Zugsbegleiter in das richtige Verhältnis zu deren Erfordernis bei den einzelnen Zügen unter Rücksichtnahme auf die Sicherstellung des Bremsbruttos und die vorzunehmenden Manipulationen in den Stationen zu bringen.

Zur möglichst vollständigen Erreichung dieses Zieles und um gleichzeitig die Berücksichtigung der Interessen des beteiligten Personals durch richtige Interpretation der hierämtlichen Erlässe zu gewährleisten, werden demzufolge nachstehende ergänzende Verfügungen getroffen:

1. Regiefahrten — insbesondere turnusmäßige — sind von vornherein auf das unvermeidlichste Ausmaß zu beschränken und sollten tunlichst stets mit personenführenden Zügen erfolgen.

Regiefahrten mit Güterzügen (Gütereilzügen) sollen auf Fälle unbedingter Notwendigkeit und nur auf möglichst kurze Strecken beschränkt werden.

2. Die Anzahl der normal für eine Partie erforderlichen Zugsbegleiter ist nach dem durchschnittlichen Bedarf für die einzelnen Züge festzustellen und hat hiernach die Formierung der Partien zu erfolgen.

3. Den teilweisen höheren Personalerfordernissen ist durch geeignete Stationierung von Zugsbegleitern (Bergbremsern) zu entsprechen.

4. Wenn sich unter Berücksichtigung der sub 1 und 2 angeführten Bestimmungen der Fall ergibt, daß innerhalb der Normalzugsbegleiterpartie einzelne Zugsbegleiter entbehrlich werden, so sind letztere nur dann „außer Dienst" zu stellen, wenn:

a) deren Regiefahrt unter gleichzeitiger Trennung von der Partie mit einem personenführenden Zuge erfolgen kann, und

b) die Entbehrlichkeit mindestens für eine ganze Dispositionsstrecke sichergestellt ist.

5. „Für die Entbehrlichkeit" ist nicht nur das Bremsausmaß, sondern sind auch die sonstigen Manipulationen beim Zuge bestimmend, das heißt die Außerdienststellung, beziehungsweise Trennung von der Partie darf nur dann erfolgen, wenn der betreffende Zugsbegleiter nicht nur für die Bremsenbedienung, sondern auch für jede sonstige, beim Zuge zu verrichtende Arbeit entbehrlich wird.

6. Die den Zugsbegleitern hinsichtlich des Verkehrs auf der Donauufer- und Wiener Verbindungsbahn gewährten Begünstigungen für die Verrechnung der Zuginterballe haben aufrechtzubleiben.

Die k. k. Staatsdirektion wird eingeladen, das Erforderliche, behufs sinngemäßer Durchführung der getroffenen Verfügungen zu veranlassen.

Ueber die in Verfolg der sub 2 und 3 angeführten Bestimmungen getroffenen Verfügungen ist anher zu berichten.

Hiezu wird bemerkt, daß aus dem Titel der exponierten Aufstellung von Bergbremsern keine Mehrforderungen gestellt werden dürfen, da das hiezu erforderliche Personal bei richtiger Anwendung aus den neu zu formierenden Partien erübrigt werden kann und darüber hinaus eventuell sogar Verminderungen erzielt werden können.

Zur Dislozierung sollen nur im Taglohn stehende Zugsbegleiter gelangen. Entlassungen dürfen aus diesem Anlaß nicht erfolgen, vielmehr werden eventuell aus diesem Anlaß überzählig werdende Zugsbegleiter sukzessive als Ersatz für natürliche Abgänge einzubringen sein.

Der k. k. Eisenbahnminister:
Forster m. p.

Inland.

Der Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses.

Vor einigen Tagen hatte, wie offiziös berichtet wird, der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh wegen Wiederzusammentrittes des Reichsrates. Nach den bisherigen Dispositionen wird das Abgeordnetenhaus am 27. Februar seine erste Sitzung abhalten. Den ersten Punkt der Tagesordnung wird der noch nicht erledigte Bericht des Teuerungsausschusses bilden, als zweiter Punkt ist die erste Lesung der Wehrvorlage in Aussicht genommen. Im Laufe des Monats Februar werden mehrere Ausschüsse ihre Arbeiten wieder aufnehmen, sobald dies die Session der Landtage wieder gestattet. — Ob die Beratung der Wehrvorlage so rasch in Angriff genommen werden kann, hängt wohl davon ab, ob Graf Stürgkh auch die Majorität dafür besitzt.

*

Aus dem christlichsozialen Korruptionssumpf.

Im niederösterreichischen Landtag geht es jetzt lustig her. Kein Tag vergeht, wo man nicht neue interessante Geschichten erfährt, die sich die entzweiten christlichsozialen Führer gegenseitig einander an den Kopf werfen. Eine Reihe recht interessanter Details erzählte am Mittwoch den 31. Jänner der frühere Finanzreferent der Stadt Wien, Abgeordneter Hraba, die das Gott Nimm-Kapital wertvoll ergänzen. So berichtete Hraba unter den Wutausbrüchen seiner früheren Parteifreunde:

Wie ich in den Landtag hereingekommen bin, habe ich den Landesausschuß vorgefunden unter dem Vorsitz eines Stellvertreters des Landmarschalls, der mit seinen Kollegen hier absolut geherrscht hat. So sparsam Lueger auf der einen Seite in der Gemeinde mit den Wiener Geldern war, so nobel ist Geßmann im Lande mit ihnen gewesen. Die Gehalte der Stadträte wurden von 6000 auf 3000 Kr. herabgesetzt, im Lande hat man sich mit den Wiener Geldern Sinekuren gemacht. Da ist vor allem ein Oberkurator für die Hypothekenanstalt gemacht worden.

Abg. Bielohlawek: Das war schon unter Strobach!

Abg. Hraba: Ebenso wurden Zehn Kronen-Präsenzmarken für jedes Ausschußmitglied festgesetzt. Man hat den Landeskulturrat geschaffen, der gar nicht notwendig war, denn die k. k. Landwirtschaftsgesellschaft hat ihre Pflicht vollkommen erfüllt. Aber da gab es wieder einen Präsidenten mit 6000 bis 8000 Kr. und zwei Vizepräsidenten mit 2000 Kr. und dann gab es auch Diäten. Ueberdies wurde eine Oberkuratorstelle für die Versicherungsa)nstalten in Vorbereitung genommen oder ist sie schon geschaffen? Ich weiß es nicht. (Heiterkeit und Rufe bei den Christlichsozialen: Weil er nie in den Landtag kommt, d'rum weiß er nichts!) Es sollte auch eine Krankenanstaltenkommission geschaffen werden mit einem Oberkurator. Dann war auch von einer Pension für die Landesausschüsse die Rede und von der Erhöhung der Funktionsgebühren, weil sie seit 30 Jahren keine Erhöhung erfahren haben und sich die Geschäfte kolossal vermehrten. Ja, man hat sogar Weinbauinspektoren ernannt. (Rufe: Sie trinken ja den Wein so gern!) Jeder Straßenobmann bekommt Remunerationen. Das macht einen eigentümlichen Eindruck auf jemand, der aus einer geordneten Verwaltung herauskommt, wo alle diese Agenden als Ehrenämter betrachtet werden, wo alle Kontrollstellen und Ortsschulratstellen unentgeltlich ausgeübt werden, wie in der Gemeinde Wien. (Rufe: Die Ortsschulräte bekommen ja keine Diäten!)

Abg. Höher: Das war ja alles zur Zeit, wo Sie auch noch chrstilichsozial waren.

Abg. Hraba: Bei der Steinhofgeschichte sind die Ueberschreitungen nur zustandekommen, weil die Buchhaltung nicht richtig funktioniert hat. Oberkurator Steiner hat der Bauleitung eine Million Darlehen gegeben. (Rufe: Der zweite Pittner!) Es ist ja kein Wunder, wenn Sie mir so zupfeifen. Abgeordneter Schneider hat den Antrag gestellt, man möge eine Ueberprüfungskommission einsetzen. Die Ablehnung hat mich mißtrauisch gemacht. Sonderbar ist auch die Manipulation mit den reservierten Beträgen, die mich dazu gebracht hat, eine Reorganisation der Landesbuchhaltung zu beantragen, welche vom Landesausschuß unabhängig sein soll. Dr. Geßmann hat mir damals gesagt: „Du störst das gute Einvernehmen zwischen Stadt und Land." Bielohlawek hat mir zugeschrien: „Du ruinierst die Partei mit deiner blöden Kontrolle; wir wissen so, daß Lueger dich hereingeschickt hat, um zu hetzen." Landtagsabgeordneter Mayer hat mir zugeschrien: „Das verstehst du nicht, wir haben dann eine Beamtenwirtschaft, sind aber eine autonome Behörde!" Daraufhin habe ich mich veranlaßt gesehen, im Einvernehmen mit Dr. Lueger einen Antrag auf Einsetzung einer Kontrollkommission zu stellen. Diese ganzen Vorkommnisse haben mich endlich so erbittert, daß ich, wie ich gesehen habe, daß man bestrebt ist, diese sonderbaren Prinzipien in die Landesverwaltung zu übertragen, meine „Gott Nimm-Rede" vom Stapel gelassen habe. Das war die Triebfeder zu meiner „Gott Nimm-Rede", und wenn ich dabei auch die Landesverwaltung etwas kritisiert habe, so habe ich dazu volle Ursache gehabt, die Interessen meiner Wiener Wähler zu schützen und mich dagegen zu verwahren, daß sie vom Lande Niederösterreich als reine Melkkuh behandelt werden. Ich habe nicht eine Josefitag-Rede gehalten, sondern meine Rede hat die Stadt Wien vor dem großen Unglück bewahrt, daß heute Geßmann Bürgermeister von Wien wäre, unter dessen Regime die Stadt schon lange dem Lande ausgeliefert worden wäre. Abgeordneter Silberer hat im Verwaltungsausschuß das bezügliche Referat schon in der Hand gehabt, es wurde aber zurückgewiesen. (Ruf: Fehler kann man gut machen!) Das macht man aber sofort. Wenn dann ein vernünftiger Mensch kommt und eine Kontrolle verlangt ... (Ruf: Das ist der vernünftige Mensch!) 15 Jahre habe ich unentgeltlich die bedeutenden Arbeiten des Finanzreferats der Stadt Wien tadellos und selbstlos geführt. Ich werde doch verstehen, was dem Lande nottut!

Abg. Höher: Sie verstehen das allein?

Abg. Hraba: Nicht ich allein, das verstehen auch andere, aber Sie verstehen das nicht und man kann es von Ihnen auch nicht verlangen.

Abg. Höher: Auf einen solchen Alkoholiker hört man doch nicht.

Abg. Zwetzbacher: Steig du doch nicht herunter zu dem da!

Abg. Hraba: Ich habe nicht die Absicht gehabt, jemand zu beleidigen. Ist es nicht Tatsache, daß alles trachtet, irgend etwas zu ergattern?

Mit einem Wort: „Nimm dir was, so hast du was!" Das war der Grundsatz der christlichsozialen Verwaltungskünstler. Es wird wahrlich Zeit, daß die Gesellschaft auch aus der Landes- und Gemeindeverwaltung hinausgefegt wird.

*

Ein Reichsparteitag der deutschen Arbeiterpartei.

Seitdem drei deutschnationale Arbeitervertreter durch Gnaden der Industriellen oder der Agrarier zu Reichsratsmandaten gekommen sind, hat sich denn doch das Gros der diversen deutschnationalen Arbeiterparteien, die nur der lustigen untereinander geführten Froschmäuskriege wegen in der Oeffentlichkeit bekannt waren, zu einer Partei vereinigt, die vor einigen Tagen einen „Parteitag" abhielt. Ein großes Verdienst um diese Vereinigung scheint der Reichsbund deutscher Eisenbahner zu haben, wie diesem auch die Geschichte ein schönes Stück Geld kosten mag. Ertl und Jung bedürfen für ihre politische Karriere einer Arbeiterpartei, um auf deren Konto von den Deutschbürgerlichen Mandate anzusprechen und die in den Reichsrat gewählten deutschnationalen Arbeitervertreter benötigen gleichfalls einen Hintergrund für ihre mehr theatralische denn reale politische Existenz. Und so fanden sich die edlen Seelen. Burschofsky, der schon vor Jahren als deutschnationaler Arbeiterführer gründlich abgewirtschaftet hat, der den Agrariern mit Haut und Haaren verschriebene Seidl, Ertl, der Reichsratskandidat der Fabrikanten des Neunkirchner Wahlkreises, u. s. w. Vollständig ist die Gesellschaft keineswegs, spielt doch Franko Stein auf eigene Faust deutschnationale Arbeiterpartei, wie auch ein Teil der deutschnationalen Arbeiter Böhmens es ablehnt, sich mit Seidl in eine Gesellschaft zu begeben. Die Preßberichte über diesen „Parteitag" fielen sehr knapp aus, wobei man bedenken muß, daß diese Herren sonst keinen Anlaß unbenützt ließen, mit Hilfe der bürgerliche Presse jeden Quark zu Reklamezwecken breitzutreten. Der Parteitag schien vornehmlich die Aufgabe zu haben, zu entschuldigen, daß die deutschnationalen Arbeitervertreter dem Nationalverband angehören. Diese Angehörigkeit wurde als ganz harmlose Sache hingestellt, wiewohl sich das Hörigkeitsverhältnis, in dem sich die ganzen deutschnationalen Arbeiterparteien und ihre Führer gegenüber den Bürgerlichen befinden, nicht gut verschleiern läßt. Der vorsichtige Herr Ertl wird künftig nicht gut seine Beziehungen zum Nationalverband und zu den Leuten vom Schlage des Burschofsky und des Seidls verleugnen können, sitzt er doch mit diesen Leuten und mit den, dem Nationalverband angehörenden Abgeordneten der deutschnationalen Arbeiterpartei in der neugewählten Parteileitung!

*

Ein deutschradikaler Reichsratskandidat.

Aus Falkenau (Böhmen) wird berichtet: Der deutschradikale Kandidat im Falkenauer Landbezirk Josef Stoidner wurde dieser Tage wegen großer Unterschlagungen, die er als Bürgermeister der Gemeinde Dziedizt begangen hat, verhaftet und dem Kreisgericht in Eger eingeliefert. Stoidner wurde im November nicht mehr zum Bürgermeister gewählt. Bei der Uebernahme der Geschäfte durch den neuen Bürgermeister kamen die Unterschleife heraus. Stoidner hat bei den Wahlen 1275 Stimmen erhalten und hat bei der Stichwahl zwischen unserem Genossen Pohl, der 5409 Stimmen auf sich vereinigt hatte, und Simon Starck, der es bloß auf 3576 Stimmen gebracht hatte, seine Wähler Simon Starck zugetrieben.

*

Abgeordneter Ferdinand Seidl gerichtlich als Lügner und Verleumder gebrandmarkt.

Den deutschnationalen Arbeiterführer Seidl hat jetzt sein Schicksal ereilt. Es hat sich nun ein Richter gefunden, der seiner Ueberzeugung gemäß das Urteil in einem Prozeß, dessen Hauptbeteiligter Herr Seidl war, sprach. Und dieses Urteil geht dahin, daß Abgeordneter Seidl ein Lügner und Verleumder ist! In einer Versammlung in Oderberg hat Genosse Pichler den Abgeordneten Seidl mit diesen Worten belegt. Abgeordneter Seidl klagte Pichler und dieser trat für die beiden Worte den Wahrheitsbeweis an. Der Wahrheitsbeweis wurde vorigen Mittwoch durchgeführt und die Verhandlung endete mit einem Freispruch des Genossen Pichler. Der Richter erklärte den Wahrheitsbeweis dafür, daß Abgeordneter Seidl ein Lügner und Verleumder sei, für erbracht.

*

Militärische Pfründner in Oesterreich.

Die Zahl der pensionierten und mit Wartegebühr beurlaubten Generale beträgt mehr als 700, die der Stabsoffiziere mehr als 2500. Pensionsaufwand für erstere mehr als 6½ Millionen Kronen und für letztere bei 9¼ Millionen Kronen. Auffallend ist die große Zahl der pensionierten Militärärzte (505), Intendanturs-beamten (116), Kontrollbeamten (283), für die die Pensionen mehr als 3 Millionen Kronen betragen. Der Gesamtstand an Militärpensionisten beträgt 9000 und erreicht bald die Hälfte des Standes an Aktivgagisten; hierunter befinden sich nur etwas mehr als 500 Altpensionisten. Der Pensionsaufwand für diese von mehr als einer Million Kronen, verglichen mit dem jetzigen wirklichen Aufwand nach dem neuen Pensionsgesetz von mehr als 25 Millionen Kronen, beweist, daß der Militärpensionsetat in den letzten zehn Jahren durch übermäßige Pensionierungen rapid gestiegen ist. In dieser Weise fortzufahren, wird wohl nicht mehr angehen, wenn man nicht will, daß der Aufwand ins Ungemessene steigt. Viele Offiziere und Beamte werden in den Ruhestand versetzt, die mit Rücksicht auf die nicht vollendete Dienstzeit, das Alter und den Gesundheitszustand noch lange Zeit in der Aktivität belassen werden könnten. Um aber ein besseres Avancement herauszubringen, werden immer unmittelbar vor den halbjährigen Beförderungsterminen recht viele oft ganz ungerechtfertigte Pensionierungen vorgenommen. Die Delegationen sollten sich einmal mit diesen gewaltsamen Pensionierungen, die die Staatsbudgets ungemein belasten, ernstlich beschäftigen.

*

Ein christlichsozialer Defraudant.

Das „Pravo Lidu" meldet, daß der Wahlfonds der tschechischen christlichsozialen Partei im Betrag von 23.000 Kr. verschwunden ist. Der Parteikassier Junger wurde aus der Partei ausgeschlossen.

*

Oesterreichische Eisenbahntarifpolitik.

In Nummer 50 des „Allgemeinen Tarifanzeigers" befindet sich folgende Notiz:

Wir erhalten folgende Zuschrift: Triest, 6. Dezember 1911. Titel: „Allgemeiner Tarifanzeiger", Wien. Von den Witkowitzer Bergbau- und Eisengewerkschaften werden wir verständigt, daß 3469 Meterzentner Schiffbaumaterial infolge der hohen Eisenbahnfrachtsätze zu unserer Werft via Hamburg expediert wurden. Die Ware soll in einer Kahnladung auf der Oder nach Hamburg weiterbefördert und dort von einem Dampfer der Deutschen Levantelinie zum Transport nach Monfalcone übernommen worden sein. — Wir gestatten uns, auf diese Beföderungsart Ihre Aufmerksamkeit zu lenken u. s. w.

Unterschrift: Cantiere Navale, Triestino.

Diese Notiz beweist nicht nur, daß in Oesterreich noch immer eine Eisenbahntarifpolitik betrieben wird, die es ermöglicht, daß Sendungen von Mährisch-Ostrau eine ganze Weltreise machen und nach Monfalcone noch immer billiger kommen als über den natürlichen Weg nach Triest, wodurch den österreichischen Staatsbahnen eine großer Einnahmeausfall erwächst, sondern sie beweist auch das patriotische Herz der Rothschilds und Gutmanns, die um einer kleinen Frachtersparnis willen sich nicht scheuen, Schiffbaumaterial, das obendrein für österreichische Schiffe bestimmt ist, den deutschen Bahnen und deutschen Schiffahrtsgesellschaften zum Transport zu überlassen.

*

Christlichsoziale Lügenberichte über den verunglückten Abgeordneten Silberer.

Bei der Wiener Polizeidirektion und bei der Staatsanwaltschaft sind anonyme, mit Rondschrift geschriebene Anzeigen eingelaufen, daß Abgeordneter Silberer mit dem Streikfonds der Bäcker im Betrage von 200.000 Kr. durchgebrannt sei. Die „Reichspost" griff sofort, als hätte sie sich diese anonymen Anzeigen bestellt, die Sache auf, um die Nachricht zu verbreiten, daß gegen den abgängigen Abgeordneten Silberer eine Strafanzeige eingelaufen sei, und daß wegen dieser behördliche Untersuchungen gepflogen werden. Von der „Reichspost" übernahm dann eine Reihe klerikaler Provinzblätter diese Nachricht, die sich in weiteren perfiden Beschimpfungen des zweifellos bei einer Skitour verunglückten Genossen Silberers ergingen. So schrieb beispielsweise die ganz verrohte Salzburger „Chronik", daß der Obergenosse Langfinger sich sehr amüsiert haben werde, als er erfuhr, die braven Pinzgauer hätten eine Rettungsexpedition ausgerüstet, um ihn zu suchen. Abgeordneter Silberer hatte weder den Widerstandsfonds noch die sonstigen Gelder des Verbandes der Bäcker zu verwalten. Er hatte auch nicht die Gehilfenumlagen zu verwalten und bekleidete auch keine Funktion in der Gehilfenkrankenkasse der Bäcker. Da er vorwiegend von Agitationsarbeiten in Anspruch genommen war, besorgte er lediglich die Verwaltung der „Bäckerzeitung", bei welcher nur geringe Barbeträge durch seine Hände liefen, da die meisten Ein- und Auszahlungen mittels Postsparkassenschecks geleistet werden. Bei der durch die Verbandskontrolle sofort vorgenommenen Revision der Gelder und der Gebarung des Bäckerverbandes und der „Bäcker-Zeitung" wurde die vollständige Ordnung des Kassenstandes und der Gebarung konstatiert. Auch die magistratische Revision der Gehilfenumlagen und der Krankenkasse fand alles in Ordnung vor. Es sind also die mit der Abgängigkeit des Abgeordneten Silberer in Verbindung gebrachten Unterschlagungen von Geldern erlogen und nur zu dem Zwecke erfunden, vor den Wiener Gemeinderatswahlen und vor den den Wiener Bäckern bevorstehenden Lohnkämpfen, den Sozialdemokraten etwas anzutun. Daß man sich hiebei an die Ehre eines Toten heranmacht, ist recht bezeichnend für die Verrohung der Leute, die sich Christen nennen.

*

Fascher Alarm.

In der Jännernummer der Monatsfachschrift „Der Bahnarzt" finden wir einen Artikel, welcher von dem Chefredakteur und Bahnarzt Herrn Dr. Emil Bergmann, Wien II, gezeichnet ist, der nach verschiedener Richtung hin, insbesondere wegen des groben Mangels an Wissen und derber Rabulistik interessant ist. Herr Dr. Bergmann überschreibt seinen Artikel mit der vielsagenden Ueberschrift: Ein Anschlag gegen die bahnärztliche Institution." In demselben wettert der verehrliche Herr Bahn- und Kassenarzt nach der Art der Scharfmacher gegen die neue Sozialversicherungsvorlage und ganz besonders gegen einen Passus, der für die Eisenbahnerbetriebskrankenkasse angeblich Anwendung finden wird.

In demselben ist, so sagt der Herr Chefredakteur wörtlich, ein Paragraph (?) der kommenden (!!) gegenwärtigen. Die Redaktion.) Sozialversicherung enthalten, der folgenden gefährlichen Passus enthält: Die Bestellung der Bahnärzte obliegt dem Krankenkassenausschuß — et salvait animam suam.

Nun legt der Herr Doktor los:

Mit einem Ruck, so sagt er, soll die treffliche Einrichtung der Aerzteagenden der Kompetenz der Bahnverwaltungen entwunden, dem Einfluß der ebenso vortrefflichen Fachleute entrückt und — man denke nur — dem Ausschuß unterstellt werden. In drei vollen Spalten zieht er gegen die zitierte gesetzliche Bestimmung los, die im ganzen Sozialversicherungsgesetz nicht zu finden ist. Gerade das Gegenteil ist von dem wahr, was Dr. Bergmann schreibt. Der Anschlag ist gegen die Bediensteten und den Ausschuß der Kassenmitglieder gerichtet. Im § 109 heißt es wörtlich:

Die Aufnahme, Kündigung und Entlassung der Bahn-, beziehungsweise Kassenärzte, die Feststellung ihrer Bezüge und die Einteilung der ärztlichen Bezirke erfolgt durch die Bahnverwaltungen.

Wie man aus dem wörtlich zitierten Paragraphen sieht, sollen gegen den Beschluß des Versicherungsausschusses die Aerzteagenden ganz und gar den Krankenkassenausschüssen entzogen werden. Wieso Herr Dr. Bergmann das Gegenteil aus dem Gesetz herausfand, ist uns unbegreiflich und uns bleiben nur folgende Vermutungen:

Entweder ist der Herr Doktor beim Studium des Entwurfes dem Grundsatz der Abstinenz untreu geworden oder er hat, wie das leider öfters vorkommen mag, so per Distanz untersucht. Eines steht auf alle Fälle fest: Wenn der Herr Doktor beim Rezeptschreiben ebenso leichtsinnig wie beim Artikelschreiben vorgeht, kann leicht eine zweite Hofrichteriade entstehen.

Wenn der Herr Dr. Bergmann seine Kollegen dazu animiert, lieber schlecht bezahlter Bahnarzt als ein gut besoldeter Kassenarzt zu sein, so gestehen wir ohneweiters ein, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben, als Kassenarzt ihn zu halten. Ein kräftiges Ade geben wir ihm jetzt schon als Vorschuß mit auf den Scheideweg. Ob Herr Bergmann mit seinem Artikel das gute Einvernehmen zwischen Versicherten und den Aerzten gefördert hat, überlassen wir seinen einsichtsvolleren Kollegen.

Wir wissen nur, daß gerade die gewählten Ausschußmitglieder es waren und es noch sind, die stets mit Eifer bei allen sich darbietenden Gelegenheiten für die Interessen der Aerzte sich einsetzten, weshalb es ganz deplaciert ist, diesen Panausentum vorzuwerfen.

Der Artikel gibt uns jedoch einen Fingerzeig, dafür zu wirken, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

R. M.

Ausland.

Betriebsunfälle auf den amerikanischen Eisenbahnen.

Betriebsunfälle sind auf den Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten absolut und wahrscheinlich auch im Verhältnis häufiger als in irgend einem anderen Lande. Nach dem jüngst veröffentlichten 23. Jahresberichte der zwischenstaatlichen Verkehrskommission ging die Zahl der tötlichen Unfälle 1908 und 1909 zwar bedeutend zurück, doch ist es keineswegs gewiß, ob nicht wieder eine Verschlechterung eintritt, denn man muß bedenken, daß die Krisenperiode, die Ende 1907 einsetzte und bis 1909 anhielt, eine erhebliche Verkehrsminderung mit sich brachte, der mit dem Aufschwung im letzten Jahre eine ausgiebige Verkehrssteigerung folgte. Die genannte Kommission konstatiert, daß außerordentliche Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung von Unfällen nicht getroffen wurden, weshalb der zeitweise Rückgang der Unfallhäufigkeit zu keinen großen Hoffnungen verleiten darf. Die Beschränkung der Dienstdauer auf 16 Stunden für das Zugs- und 9 Stunden für das Signalpersonal, die den Eisenbahngesellschaften durch Bundesgesetz von 1907 zur Pflicht gemacht wurde, mußte allerdings günstige Wirkungen haben. Die Ausweise, welche die zwischenstaatliche Verkehrskommission über die Einhaltung des Dienstgesetzes von den Unternehmungen fordert, zeigen übrigens, daß die Maximaldienstzeit wegen ganz geringfügiger Anlässe überschritten wird. Die Bestimmungen über die achtstündige Dienstdauer des Signalpersonals — speziell der Telegraphisten — wird von vielen Bahnen noch nicht eingehalten.

Die Zahl der tötlichen Unfälle, die Eisenbahnbediensteten in den Vereinigten Staaten erlitten, betrug 1909 2456, 1908 3358, 1907 4353 1906 3807 usw., die der nicht tötlichen Unfälle hingegen 1909 51.804, 1908 56.344, 1907 62.689, 1906 55.524 u. s. w. Am meisten zurückgegangen sind die Unfälle im Fahrdienst, beim Kuppeln, durch oberhalb der Züge befindliche Hindernisse und durch Herabfallen von den Wagen, Lokomotiven u. s. w., die nicht tötlichen Unfälle anderer Art haben im Vergleich mit 1906 sogar zugenommen.

Die wichtigsten Veranlassungen der Betriebsunfälle sind in der folgenden Tabelle angegeben:

Veranlassungen	1909	1908	1907	1906
a) Tödliche Unfälle.				
Beim Zugsverkehr (Ueberfahren, Zusammenstöße, Entgleisungen)	520	642	1011	879
Beim Kuppeln	161	239	302	311
Oberhalb der Züge befindliche Hindernisse	76	110	134	132
Herabfallen von Wagen 2c.	481	668	790	713
Andere Veranlassungen	1218	1699	2116	1772
b) Nichttödliche Unfälle.				
Beim Zugsverkehr (Ueberfahren, Zusammenstöße, Entgleisungen)	4877	6818	8924	7483
Beim Kuppeln	2353	3123	3948	3503
Oberhalb der Züge befindliche Hindernisse	1229	1353	1591	1497
Herabfallen von Wagen 2c.	10259	11735	12565	11253
Andere Veranlassungen	33086	33317	35661	31788

Neben der Uebermüdung des Personals durch zu lange Dienstdauer trägt nicht selten defektes Betriebsmaterial die Schuld an Unfällen. In der Beziehung ist aber eine Besserung der Zustände unverkennbar, denn von den Frachtwagen, welche die Inspektoren der zwischenstaatlichen Verkehrskommission auf ihre Tauglichkeit untersuchten (1905: 252.361, 1909 357.623), waren defekt: 1905 23 Prozent, 1906 11 Prozent, 1907 8 Prozent, 1908 7 Prozent und 1909 6 Prozent; von den Lokomotiven wurden defekt befunden: 1905 28 Prozent, 1906 und 1907 8 Prozent, 1908 6 Prozent und 1909 5 Prozent. Personenwagen wurden bisher nur in wenigen Fällen inspiziert. Am häufigsten sind noch Defekte der Bremsvorrichtungen, doch kommen selbst diese nur mehr den dritten Teil so häufig vor als 1905.

Im Berichte der zwischenstaatlichen Verkehrskommission wird gesagt (Seite 48 und 49), daß manche Arten von Unfällen, und namentlich Zugszusammenstöße, in bedeutendem Maße auf ein verfehltes Betriebssystem und auf die mangelnde Disziplin und Bildung des Personals zurückgeführt werden müssen; es wird zugleich bezweifelt, daß durch Entlassung wenig sorgsamer Bediensteter eine Reduktion der Unfallziffer erzielt würde. Der Grund des Zweifels wird verschwiegen, weil die Kommission wohl selbst weiß, daß die Eisenbahngesellschaften bei Einstellung Bediensteter recht wenig nach der Eignung sehen, sondern nur trachten, möglichst billig arbeitende Leute zu bekommen. Schwere Zugszusammenstöße wurden im Verwaltungsjahre 1909 in 66 Fällen und schwere Entgleisungen in 56 Fällen gemeldet. Die Angaben, die über diese Unfälle zu erlangen waren, sind unbefriedigend und es wird gefordert, daß statt der schriftlichen Berichterstattung die Untersuchung an Ort und Stelle eingeführt wird.

Um die Betriebssicherheit zu erhöhen, wird in sehr großem Umfang das Telephon durch den Telegraph ersetzt, weil dabei Mißverständnisse und Irrtümer nicht so leicht vorkommen können.

Der Personalstand wird für 1909 noch nicht verzeichnet; 1908 waren im Eisenbahndienst insgesamt 1,458.244 Personen tätig, davon in der Bahnerhaltung und bei Bauarbeiten 442.936, in Werkstätten u. s. w. 290.608, im Verkehrswesen 645.401 u. s. w. Im Jahre 1908 kam ein tötlicher Unfall auf 434 Bedienstete und ein nicht tötlicher Unfall auf 26 Bedienstete aller Kategorien. In den früheren Jahren war die Unfallhäufigkeit noch größer und ebenso stehen in dieser Beziehung verschiedene Kategorien des Zugs- und Verschiebpersonals weit über dem Durchschnitt.

F.

*

Ein Bild von der kapitalistischen Ausbeutung.

Der Direktor der San Franzisko-Eisenbahn, B. F. Yoakum, hat berechnet, daß die gesamten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die auf die Märkte der Vereinigten Staaten kommen, dort mit 9000 Millionen Dollar bezahlt werden, daß davon aber nur 2000 Millionen den Farmern zufließen. Der Rest von mehr als zwei Dritteln entfällt auf Transport-, Verpackungskosten und Zwischenhandelsgewinn. Ein anderer Eisenbahnmagnat hat jüngst erklärt, daß die Bahnen an jeden Farmer im Land jährlich 500 Dollar „verdienten“.

Man erinnert dazu an die Zeit vor 50 Jahren, wo noch ein Drittel der Bevölkerung Bauern waren und die Verpackung wie ein großer Teil der Verarbeitung ihrer Erzeugnisse von ihnen selbst besorgt wurden. Jetzt ist das alles durch den Maschinenbetrieb in die Hände des Großkapitals gekommen, das seine Macht rücksichtslos anwendet, um den Bauern wie den Lohnarbeitern und den Konsumenten auszubeuten. Vor der Zeit des Bürgerkrieges wurde der Staat von dem agrarischen Süden beherrscht; jetzt ist die Herrschaft über die Landwirtschaft treibenden Gebiete, den Süden und den Westen, auf den kapitalistischen Osten übergegangen.

Erst dem Sozialismus wird es zufallen, diese krankhaften Verschiebungen im Gesellschaftskörper wieder zu ordnen und jedem Arbeitszweig den Teil am gesellschaftlichen Arbeitsertrag zu sichern, der seiner Leistung entspricht.

*

Der Eisenbahnerausstand in Argentinien.

Entgegen den letzten Berichten über den Eisenbahnerausstandes, die ein Versagen des Ausstandes vermuten ließen, kommen uns nun präzisere Nachrichten, die ein Verschärfen der Situation melden, zu. Der Streik des Lokomotivpersonals nahm insofern einen schärferen Charakter an, als er den starrsinnigen Gesellschaften gelang, den Betrieb mit unfähigen Mannschaften zum kleinen Teil in Gang zu setzen. Die Regierung gab ihre Einwilligung dazu. Inzwischen wurden von seiten der Regierung und Parlamentarier alle Anstrengungen zur Beilegung des Konflikts unternommen. Die Organisation des Lokomotivpersonals war zu Konzessionen bereit, wenn die Gesellschaften sich verpflichteten, alle Ausständigen wieder einzustellen. Dazu wollten sich die Gesellschaften nicht bequemen, obgleich die Regierung drohte, die gegebene Einwilligung zur Anstellung unfähigen Personals wieder zurückzuziehen. Diese Drohung half aber nichts, auch dann nicht, als die Regierung die Drohung wahr machte. Da die Streikenden fest standen, der Betrieb aber so gut wie nicht funktionierte und dem Lande in der jetzigen Erntezeit unermeßlichen Schaden bringt, sah sich der Ministerrat am 24. Jänner genötigt, den Eisenbahngesellschaften zu befehlen, daß sie binnen vier Tagen für die Wiederherstellung eines normalen Verkehrs der Personen- und Güterzüge sorgen sollten und daß bis zum 15. Februar der Eisenbahndienst im gesamten Umfang wieder aufzunehmen sei.

*

Lohnerhöhungen der Eisenbahnangestellten in Amerika im Jahre 1911.

Das Mehreinkommen, welches die Eisenbahnangestellten Amerikas und Kanadas im Jahre 1911 gegenüber dem Jahre 1910 erzielten, wird auf 4,000.636 Dollars geschätzt. Die durchschnittliche Lohnerhöhung betrug zirka 4·87 Prozent. Die Streckenarbeiter erzielten 2·18 Prozent, Stationsarbeiter 3·16 Prozent, Telegraphisten 4·88 Prozent, Mechaniker, Kesselarbeiter und andere Arbeiter in den Werkstätten 5·58 Prozent, die Maschinisten, Heizer, Schaffner, Zugangestellte, Weichensteller und Remisenarbeiter 6·46 Prozent. Wenn man bedenkt, daß es sich bei den amerikanischen Eisenbahnen um reiche Privatunternehmungen handelt, die ungeheuer hohe Erträge abwarfen, sind diese Erfolge bescheidene, und auch diese bescheidenen Erfolge sind nur auf eine emsige Organisationsarbeit zurückzuführen.

*

Maßregelung eines französischen Postbeamten.

Der Sekretär des Syndikats der Angestellten bei den Post- und Telegraphenbehörden erschien dieser Tage vor dem Disziplinargericht und wurde nach längerem Verhör von seinem Amt abgesetzt. Man befürchtet, daß diese Maßregel eine Streikbewegung unter dem Personal verursachen wird.

*

Die bayrischen Landtagswahlen.

Was die deutschen Reichstagswahlen begonnen, setzten die bayrischen Landtagswahlen fort. Die reaktionären Parteien haben empfindliche Wahlniederlagen erlitten. Wie es mit der Herrschaft des Zentrums im deutschen Reichstag vorbei ist, ist es nunmehr auch mit dessen Uebermacht im bayrischen Landtag schlecht bestellt. Von 163 Mandaten des Landtages sind dem Zentrum allerdings 87 zugefallen, und das ergibt eine Mehrheit von fünf Mann. Aber im alten Landtag standen die Klerikalen mit 98 Mann da, waren Herren und Meister der Landstube, jeder Lage, jeder Möglichkeit gewachsen. Jetzt hängt ihre Herrschaft an Zufällen, und der schwere Verlust von elf Mandaten, die moralische Einbuße, die in der völligen Verdrängung aus den Städten liegt, schwächt zugleich ihr inneres Gefüge. Sie vertreten in der Tat nicht mehr die Mehrheit des Landes. Hätte für sie nicht die künstlich auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Wahlkreiseinteilung gewirkt, sie lägen zerschmettert auf der Erde. Das Zentrum ist jetzt wie weggefegt aus den bayrischen Städten. Seinen Machtbesitz in Würzburg und Augsburg mußte es an die Sozialdemokraten und Liberalen abtreten, deren gemeinsame Liste jetzt in den Städten — mit Ausnahme von Aschaffenburg — überall zum Siege gelangt ist. Aber das Zentrum hat sogar auf dem Lande zahlreiche Stellungen an den antiklerikalen Block, namentlich an den Bauernbund, abgebe nmüssen. An seinem Fall sind die Konservativen mitverwickelt. Das bayrische Gesamtministerium hat infolge des Wahlausfalles seine Entlassung eingereicht.

Aus dem Gerichtssaal.

Verheimlichung des Betriebsunfalles aus Angst vor der Entlassung. Wenn es unter den unfallverletzten Arbeitern Simulanten gibt, die, wie Aerzte und Anstalten gerne behaupten, einen Krankheitszustand vortäuschen oder einen wirklich vorhandenen zu übertreiben suchen, aus Unlust zur Arbeit oder aus Furcht, eine Rente zu verlieren, so zeigt uns der hier folgende Fall, daß es Simulanten auch in umgekehrten Sinn gibt, Menschen, die tatsächlich einen Unfall erlitten haben, aber diesen zu verheimlichen suchen aus Angst, Arbeit und Verdienst zu verlieren. Ein solcher Fall ist dann um so tragischer, wenn das Unfallereignis Folgen zeitigt, die eine vollständige Erwerbsunfähigkeit nach sich ziehen. Dabei handelt es sich um folgendes:

Ein Magazinsarbeiter der österreichischen Staatsbahnen in Jungbunzlau hatte daselbst in der Nacht zum 20. März 1909 Dienst. Als er gegen 5 Uhr früh das Magazin verlassen wollte, verlöschte ihm — wie er angibt — beim Oeffnen der Türe durch Zugluft das Licht seiner Laterne. Sich umwendend, das Feuerzeug aus dem Magazin zu holen, um die Laterne wieder anzünden zu können, stieß er in der Finsternis mit dem Kopf gegen eine Kiste und blieb einige Zeit bewußtlos liegen. Die nächste Folge dieses Unfalles zeigte sich am gleichen Tage in Form von Schwindelanfällen und einem allgemeinen Unwohlsein, sodaß der Arbeiter seinen Dienst nicht versehen konnte und die Hilfe des Betriebsarztes in Anspruch nahm, ohne jedoch diesem ein Wort von seinem Unfall, der auch sonst keinen Zeugen hatte, zu sagen. Auch seinen Vorgesetzten und Arbeitskollegen gegenüber sprach er von dem Unfall nicht. Erst als sein Zustand sich täglich verschlimmerte und Lähmungserscheinungen im Gesicht und in den Beinen auftraten, entschloß er sich am 27. September 1909, seiner vorgesetzten Behörde den Unfall zu melden.

Die Berufsgenossenschaft, als Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen, an welche der Verletzte sich wegen einer Entschädigung gewendet hatte, lehnte die Ansprüche als unbegründet ab; sie bestritt zunächst die Ereignung des Unfalls, ferner stellte sie in Abrede, daß die Erwerbsunfähigkeit des Eisenbahners mit einem eventuellen Unfall in Zusammenhang stehe. Der Verletzte brachte nun eine Klage beim Schiedsgericht der Anstalt in Wien ein, über welche am 20. Oktober 1911 entschieden werden sollte. Bei der Verhandlung ging zunächst aus den Zeugenaussagen hervor, daß die Gattin des Klägers die einzige Person war, der der Verunglückte sich noch am Tage des Unfalles anvertraut hatte. An diesem Tage bemerkte sie an ihrem Gatten, der bis dahin stets vollkommen gesund gewesen war, daß er an Schwindel und Brechreiz leidet; er selbst klagte über Kopfschmerzen, versuchte aber dennoch, zu arbeiten, ohne es bei der Arbeit aushalten zu können. Ein Arbeitskollege des Klägers, als Zeuge vernommen, gab noch an, ihm sei am Unfallstage das veränderte Wesen des Arbeiters aufgefallen, der auch ihm über sein Unwohlsein klagte. Als er ihn am folgenden Tage besuchte, klagte er wieder und nach wenigen Tagen war die eine seiner Körperhälften gelähmt. Den Unfall aber wollte er nicht anzeigen, weil er fürchtete, die Arbeit zu verlieren und zudem auf eine Besserung seines Zustandes hoffte. Wegen der sich stets verschlimmernden Lähmungserscheinungen stand seither der Kläger mehrfach in ärztlicher Behandlung. Der zuerst vom Schiedsgericht im Wohnorte des Klägers durchgeführte Sachverständigenbeweis ergab nicht jene bestimmte Grundlage, auf der der Gerichtshof ein Urteil fällen zu können glaubte, und so beschloß das Schiedsgericht, einen Spezialisten aus dem Nervenfache zur Prüfung des Falles zuzuziehen und die Untersuchung im Wege einer gerichtlichen Kommission vorzunehmen. Das geschah denn auch und der Sachverständige erstattete sein Gutachten dahin, daß der Kläger an multipler Sklerose

(Verhärtung des Gehirns und des Rückenmarks) leide, die ihn vollständig erwerbsunfähig mache. „Wenn das Kopftrauma (Kopfverletzung) — so heißt es im Gutachten — mit Gehirnerschütterung, und dafür sprechen einige Zeugenaussagen, als erwiesen angenommen wird, dann ist ein Zusammenhang zwischen dem Unfall und der Krankheit gegeben; dieser Zusammenhang wird um so mehr einwandfreier, wenn der Kläger zwischen dem Unfalle und dem Auftreten der Lähmung, die sich längstens in ein bis zwei Wochen nach dem Unfall zeigen mußte, fortlaufend krank war. Der gleich nach dem Unfall aufgetretene Brechreiz spricht für eine erlittene Gehirnerschütterung."

Der Gerichtshof hat auf Grund des Verhandlungsergebnisses die Ereignung des Unfalls sowie den Zusammenhang mit der Krankheit des Klägers als erwiesen angenommen und ihm gemäß des Gutachtens, das ihn als vollständig erwerbsunfähig erklärte, die 60prozentige Rente von seinem mit Kr. 912·50 betragenden Jahresarbeitsverdienst monatlicher Kr. 45·62 zugesprochen. Maßgebend für die Entscheidung war die überaus glaubwürdige Haltung des Klägers, die Aussage des Arbeitskollegen und der behandelnden Aerzte als Zeugen. Daß der Kläger von seinem Unfall nur der Gattin erzählte, sonst aber niemanden, weil er fürchtete, aus dem Dienst entlassen zu werden, kann nicht zu seinem Nachteil verwertet werden. Es sind alle von den Sachverständigen für die Annahme eines ursächlichen Zusammenhanges geforderten Voraussetzungen vorhanden, weshalb dem Klagebegehren stattgegeben werden mußte.

Schon wieder ein eingegangener deutschnationaler Ehrabschneider. (Bezirksgericht Bozen.) Im „Südbahner" stand in der Nummer 18 vom 26. September 1911 ein drei Spalten langer Bericht über eine am 1. September 1911 im „Apollosaal" in Bozen stattgefundene Monatsversammlung der Ortsgruppen A, B, C des Südbahnerverbandes. Nach diesem Bericht hat der deutschnationale Oberkondukteur Schwaighofer eine Rede gehalten über den Wert einer Personalkommission mit deutschnationalen Mitgliedern, und deren Unwert, wenn in ihr Mitglieder, wie Genosse Scherbaum, sitzen. Nach dieser Einleitung folgten nun im Fluß der Rede Erzählungen über Scherbaum, daß er sich um die Wähler nicht kümmere, dafür aber für seine Person innerhalb vier Jahren ein dreimaliges außertourliches Avancement erwirkt habe, und derlei Märchen mehr. Schließlich war die Versammlung für eine Resolution reif geworden, in welcher den Personalkommissionsmitgliedern das Mißtrauen ausgedrückt wurde und insbesondere auch Scherbaum aufgefordert wurde, sein Mandat zurückzulegen. Scherbaum konnte und wollte sich diese Angriffe nicht gefallen lassen. Da man mit der Klage gegen den „Südbahner" doch nur auf den Artikel 3 der Preßgesetznovelle (Ausrede des Redakteurs, daß er den Artikel nicht gelesen) gestoßen wäre, wurde unter der Voraussetzung, daß der „Südbahner" diese Versammlung und die Rede nicht ganz frei erfunden, die Klage wegen Ehrenbeleidigung gegen den Redner Schwaighofer durch unseren Anwalt Dr. Gruener erhoben. Bei der Verhandlung in Bozen jedoch leugnete der Angeklagte, diese Rede gehalten zu haben; er wollte nur ganz allgemein den Genossen Scherbaum „kritisiert" haben. Der Oberführer Verhouz, der als Zeuge geladen worden war, nahm edel die Schuld auf sich, indem er erklärte, den Artikel frei erfunden und die Resolution beantragt zu haben. Schwaighofer habe wohl dafür gestimmt, aber sie nicht gekannt. Scherbaum konnte sich von diesem Edelmut nicht rühren lassen, sondern klagte nun auch Verhouz für die Verfassung und Verlesung der Resolution. Bei der nächsten Verhandlung gegen Verhouz war jedoch dessen Edelmut gebrochen und er wollte nun eine ganz andere Resolution, als die im „Eisenbahner" abgedruckte, fabriziert und beantragt haben. Der Bericht im „Südbahner" hätte also Schwaighofer und auch Verhouz ganz unverdient rednerische Ehren zugesprochen. Es war immerhin schwer, diese leugnenden Helden zu überführen, da es sich ja um eine Monatsversammlung hinter verschlossenen Türen handelte. Schließlich aber fiel durch eine Unachtsamkeit der Gegner unserem Vertreter das Originalprotokoll in die Hände und konnte auch ein Zeuge ausfindig gemacht werden, der den Helden ihren Glorienschein als Redner zurückgab. Nun änderten die Angeklagten ihre Taktik, indem sie einen Wahrheitsbeweis für die Beschuldigungen anboten; aus einem Besuch Scherbaums bei der Jubelfeier eines Freundes in Bozen wollten sie die Tatsache konstruieren, daß er sich nicht um seine Wähler kümmere, weil er sie damals nicht aufgesucht habe. Aus der Tatsache, daß er ein Schreiben von ihnen nicht erwiderte, wollten sie beweisen, daß er für seine Wähler nichts tue. Im übrigen behaupteten sie keck, daß Scherbaum mehrmals avanciert sei, während ihre Mitglieder leider weit zurückblieben. Der ganze Wahrheitsbeweis ist, wie der Richter in seinem Urteil am 29. Jänner erwähnte, kläglich in sich zusammengebrochen. Es hat sich aktenmäßig herausgestellt, daß Scherbaum außertourlich nicht befördert wurde, heute noch weniger an Gehalt bezieht, als das von den Angeklagten erwähnte Mitglied Haas, und daß er zwar nicht geschrieben, in der erwähnten Sache aber daraufhin schnell und tatkräftig eingegriffen und gearbeitet hat. Auch die Südbahndirektion mußte erklären, daß sie sich über eine zu geringe Tätigkeit des Personalkommissionsmitgliedes Scherbaum nicht beklagen könne. Der Verteidigung der Angeklagten, daß sich ein öffentlicher Mandatar so kritisieren lassen müsse und man ihm ganz ruhig das schärfste Mißtrauen ausdrücken könne, weil nach ihrer Auffassung darin keine Beleidigung gelegen sei, wurde vom Richter, Baron Unterrichter, natürlich nicht beigepflichtet. Die Angeklagten, von Dr. Schlesinger vertreten, wurden zu je 50 Kr. und Kostenersatz verurteilt. Da sie daran länger werden denken müssen, ist die Hoffnung vielleicht nicht unberechtigt, daß sie in weiteren Ehrabschneidungen künftighin ihre Versammlungstätigkeit nicht erblicken oder wenigstens noch vorsichtiger werden.

Zuerkennung einer Unfallsrente trotz ungünstigen Gutachtens. Der Lokomotivführer Karl Böschinger der Steyrtalbahn erlitt am 16. Mai 1910 einen Unfall durch Reißen der Pleuelstange, wodurch der Kolben von dem unter dem Führerstande laufenden Rade mit solcher Wucht gegen seine Füße schlug, daß Böschinger einen Nervenschock sowie eine Verrenkung des rechten Unterschenkels erlitt. Er bezog von der Unfallversicherungsanstalt bis 19. November 1911 eine 90prozentige Heilverfahrensrente. Mit diesem Tage stellte jedoch die Anstalt jede weitere Entschädigung ein, weil das Gutachten ihres Vertrauensarztes ergab, daß keine Unfallsfolgen mehr bestehen.

Gegen diesen Bescheid überreichte Böschinger durch Dr. Leopold Katz die Klage an das Schiedsgericht, in welcher ausgeführt wurde, daß er nach 22jähriger tadelloser Dienstzeit als Lokomotivführer durch den geschilderten Unfall dienstuntauglich wurde und in den Ruhestand treten mußte.

Bei der am 30. Jänner d. J. unter dem Vorsitz des Landesgerichtsrates Cap stattgehabten Verhandlung wurde zunächst die Aussage des behandelnden Bahnarztes Doktor Friedrich Frank verlesen, welcher angab, daß der Verletzte durch den Unfall einen starken Schock erlitt, sehr nervös war und sich nicht mehr erholen konnte. Die hierauf vernommenen sachverständigen Aerzte Dozent Dr. Erben und Dr. Ferdinand v. Kliegl gaben übereinstimmend ihr Gutachten dahin ab, daß sie bei dem Kläger keinerlei Unfallsfolgen mehr finden. Er sei ein 63jähriger Mann und zeige infolge seines Alters, nicht aber infolge des Unfalles, greisenhafte Erscheinungen.

Klagevertreter Dr. Katz führte demgegenüber aus, daß es doch auffallend sei, daß der Kläger, der bis zu seinem Unfall seinen dienstlichen Verpflichtungen in klagloser Weise nachgekommen ist, seither ununterbrochen dienstunfähig sei und schon nach 22jähriger Dienstzeit pensioniert werden mußte. Ein Alter von 63 Jahren sei doch kein Greisenalter, und wenn bei einem 63jährigen Manne nach einem Schock, wie ihn der behandelnde Arzt schilderte, Gebrechlichkeit auftrete, so sei dies nicht so sehr auf das Alter, als eben auf den Unfall zurückzuführen.

Das Schiedsgericht schloß sich nach längerer Beratung den Ausführungen des Klagevertreters an und verurteilte die Anstalt zur Zahlung einer Rente von monatlich Kr. 17·86 sowie zum Kostenersatz.

Streiflichter.

Ueberprüfung des Sehvermögens bei der Südbahn. Im Sommer 1911 wurde von dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich, dem Unterstützungs- und Rechtsschutzverein österreichischer und ungarischer Lokomotivführer und dem Kondukteurunterstützungs- und Rechtsschutzverein der österreichisch-ungarischen Eisenbahnen eine gemeinsame Aktion wegen Ueberprüfung des Sehvermögens vom Fahrdienst abgezogener Lokomotivführer, Zugsbegleiter und Heizer der Südbahn beschlossen. Bekanntlich wurde bei der Südbahn die so einschneidende Maßregel der Abziehung vom Fahrdienst wegen geschwächten Sehvermögens oder mangelnder Farbentüchtigkeit nur auf das Gutachten des Chefarztes der Südbahn gestützt. In zahlreichen Fällen, in welchen der durch eine solche Verfügung Betroffene behauptete, daß er trotz des chefärztlichen Gutachtens zum Fahrdienst geeignet sei, wurde die Ueberprüfung abgelehnt und es verblieb bei der Abziehung vom Fahrdienst, die gewöhnlich zur baldigen Pensionierung führte. Auch in Fällen, in welchen der betreffende Bedienstete das Gutachten eines Augenspiezialarztes beibrachte, blieb es bei jener Maßregel, da der Chefarzt in der Regel erklärte, von seinem Gutachten nicht abgehen zu können.

Mit der Durchführung der Aktion wurde der gemeinsame Rechtsanwalt Dr. Leopold Katz betraut. Dieser überreichte im Juli 1911 der Generaldirektion der Südbahn ein ausführliches Memorandum, in welchem die Härte und Unzweckmäßigkeit jener Praxis eingehend dargelegt wurde. Dr. Katz verwies insbesondere darauf, daß bei den k. k. Staatsbahnen durch das Sanitätsdepartement des Eisenbahnministeriums eine Stelle zur Ueberprüfung des Sehvermögens geschaffen ist, die schon zu wiederholten Malen das merkwürdige Resultat zutage förderte, daß ein Irrtum des Chefarztes der betreffenden Staatsbahndirektion vorlag. Es sei auch von einem Arzt, der sämtliche Gebiete der Heilkunde beherrschen müsse, nicht zu verlangen, daß er auf dem schwierigen Gebiet der Augenheilkunde über jene spezielle Erfahrung und Untersuchungsmethoden verfüge, die in derartigen wichtigen Fällen notwendig seien. Bei aller Anerkennung der Autorität des Südbahnchefarztes Dr. v. Rosmanit auch auf dem Gebiet der Augenheilkunde dürfe doch nicht außer Betracht bleiben, daß gerade dieses Gebiet zu den schwierigsten der ärztlichen Wissenschaft gehöre, weshalb die Beiziehung eines Augenspezialisten in wichtigen Fällen geboten sei.

Kürzlich ist dem Anwalt in Erledigung dieser Eingabe von der Generaldirektion der Südbahn folgendes Schreiben zugekommen:

„In Beantwortung Ihres geschätzten Schreibens vom 17. Juli 1911 betreffend die eventuelle Ueberprüfung eines von dem Chefarzt über die Seh- und Farbentüchtigkeit eines Bediensteten abgegebenen Gutachtens, beehren wir uns Ihnen mitzuteilen, daß wir die Bedeutung der von Ihnen angeführten Momente keineswegs verkennen.

Wir können allerdings nicht so weit gehen, jedem Bediensteten, der sich durch ein bahnchefärztliches Gutachten betreffend seine Seh- oder Farbentüchtigkeit beschwert erachten sollte und ein mit dem chefärztlichen Parere nicht im Einklang stehendes Gutachten eines Augenspezialisten verweist, das Recht einzuräumen, eine neuerliche chefärztliche Untersuchung zu verlangen, doch werden wir in Fällen, in denen uns angesichts der Verschiedenheit der Gutachten der Sachverhalt nicht vollständig klargestellt erscheint, keinen Anstand nehmen, eine nochmalige Untersuchung des betreffenden Bediensteten durch unseren Chefarzt eventuell unter Beiziehung eines Augenspezialisten zu veranlassen. Für die Generaldirektion Dr. Hermann m. p."

Durch diese Erledigung macht die Frage der Ueberprüfung des Sehrvermögens bei der Südbahn einen gewaltigen Schritt nach vorwärts, welcher dem gemeinsamen Vorgehen der drei Vereine zu danken ist.

Die Lage der Signalschlosser bei den k. k. österreichischen Staatsbahnen. Man schreibt uns: Daß die Technik bei den elektrischen und mechanischen Einrichtungen der Sicherungsanlagen sehr weit vorgeschritten ist, das wird jedem bekannt sein, der durch seine dienstliche Tätigkeit mit diesen Einrichtungen in Berührung kommt, am besten aber diejenigen, die dazu berufen sind, diese Einrichtungen im Stand zu halten, und für deren ordnungsmäßiges Funktionieren verantwortlich gemacht werden, nämlich die Signalmeister und Signalschlosser. Die Instandhaltungsarbeiten werden größtenteils getrennt durchgeführt, das heißt die Signalmeister haben die elektrischen, die Signalschlosser die mechanischen Arbeiten durchzuführen. Daraus ergibt sich, daß auch von den Signalschlossern Kenntnisse und eine größere Praxis verlangt wird. Aus diesen Gründen hoffen die Signalschlosser, das k. k. Eisenbahnministerium werde auch ihre Leistung und Tätigkeit anerkennen, und die Signalschlosser nach Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr. in die Reihen der Unterbeamten stellen.

Diese Forderungen sind infolge ihrer technischen Ausbildung und Verantwortung gewiß nicht übertrieben, man vergleiche die Vorbildung der Signalschlosser, mit jener eines Staatspensionisten. Wir betrachten es als kein Kunststück zwölf Jahre beim Militär zu dienen, die armen Soldaten dressieren oder Trompete blasen; hat er in dieser Zeit schreiben und lesen gelernt, und vielleicht einige Manieren und Umgangsformen erlauscht und sich angeeignet, dann geht er ein halbes Jahr zur k. k. Staatsbahn in die Schule (man nennt es praktizieren) und ist dann „technischer Unterbeamter" mit einem Anfangsgehalt von 1400 Kr., obwohl Technik für solche Herren ein Fremdwort ist, die vor ihrer Militärzeit Uebungen mit der Mistgabel gemacht haben. Wir gönne es diesen Herren, aber das k. k. Eisenbahnministerium möge doch einsehen, daß man Leute, von denen entschieden mehr verlangt wird, nicht so zurücksetzen soll. Zum Schluß fordern wir alle Signalschlosser auf, unserer Organisation beizutreten, damit wir endlich das einmal erreichen, was uns schon lange gebührt.

Salzburger Eisenbahn- und Tramway-Gesellschaft. Am 5. d. M. fand das Skrutinium der Ausschußwahl in die Betriebskrankenkasse der Gesellschaft statt, bei welcher wir unterlegen sind. Wer aber weiß, mit welchen Mitteln die Partei der Direktionskandidaten arbeitete, den wird unser Fall nicht wunder nehmen. Am 19. Dezember wurde die Wahl ausgeschrieben, doch schon am 21. Dezember kam eine Kundmachung, welche besagte, daß das vom Ausschuß abgeänderte passive Wahlrecht von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt wurde, daher nur in Salzburg domizilierende Mitglieder wählbar sind. Stimmzettel, welche bereits auf den Namen eines Bediensteten der Strecke lauten, können gegen neue beim Dienstvorstand umgetauscht werden. Zu diesem Zweck erhielt jeder Dienstvorstand eine Portion Stimmzettel ausgefolgt. Daß dadurch dem Schwindel freie Hand geboten worden wäre, liegt auf der Hand. Gegen die Einwendungen unseres Vertrauensmannes über eine solche Vorgangsweise, sprach man von übertriebenem Mißtrauen, und der energischen Drohung desselben mit der Anzeige bei der Aufsichtsbehörde bedurfte es, um den Ausschuß zu einer gänzlichen Neuausschreibung und Verteilung neuer Stimmzettel anderer Farbe zu veranlassen. Nachdem die Wahl nun glücklich am 29. Dezember ausgeschrieben war, begannen die verschiedenen Manöver der Dienstvorstände; einer zum Beispiel verteilte die Stimmzettel um 9 Uhr vormittags mit dem Bemerken, dieselben müssen um 12 Uhr mittags wieder in seinen Händen sein; ein anderer verteilte dieselben erst am 30. Dezember (also sieben Tage nach der Ausschreibung); ein anderer wieder erklärte, die Verwendung von Klebezetteln sei nicht gestattet u. s. w. Daß Dienstvorstände massenhaft im Besitz von Klebezetteln der Direktionskandidaten waren und dieselben durch ihre Lieblinge unter den Bediensteten verteilen ließen, war eine allgemeine Erscheinung, welche uns besonders von einigen Dienstvorständen peinlich berührte, von denen wir bisher die größte Unparteilichkeit gewohnt waren.

Auch blöde Verleumdungen fehlten nicht; auf der Oberndorfer Linie wurde bei den Oberbauarbeitern ausposaunt, wenn die Roten gewählt werden, kommt unsere Krankenkasse zur „Allgemeinen" und Frauenedер wird Beamter. Der Tag des Skrutiniums brachte auch die Früchte dieser Machinationen. Zurückweisen müssen wir in Salzburg E aber entschieden den Vorwurf der Statutenwidrigkeit, da im § 24, Absatz 3 nur von zwei Kassenmitgliedern die Rede ist, welche zwei, ist nicht gesagt. Sollte sich jedoch die Statutenwidrigkeit auf die offene Abfuhr der Stimmzettel beziehen, woran uns eigentlich kein Verschulden trifft, so fällt dieser Vorwurf in erster Linie auf den löblichen Ausschuß, respektive seinem Obmann selbst zurück, weil derselbe selbst die Stimmzettel so übernommen hat. Was endlich die unrichtige Stimmenzahl anbelangt, so erklären wir, daß vier Herren die Stimmzettel gezählt und richtig befunden haben. Hat der Ausschuß ein anderes Resultat herausgefunden, so ist derselbe eben in der Weise im Vorteil, weil er die Stimmzetel, welche dazu noch offen in seinem Besitz waren, leichter kontrollieren und — korrigieren konnte, als wir zum Beispiel den Stand der Bediensteten und die Anzahl der ausgegebenen Stimmzettel, welch letztere uns verdammt hoch vorkam.

Kapitalistische Noblesse bei der Aussig-Teplitzer Bahn. Eine schöne Weihnachtsbescherung hat, wie das Aussiger „Volksrecht" schreibt, die millionenreiche Verwaltung der A.-T. E. zwei alten Oberbauarbeitern gemacht. Diese zwei alten Arbeiter erhielten nämlich 2 Tage vor dem Weihnachtsabend die bahnämtliche Zustellung, daß die A.-T. E. auf ihre weitere Arbeitsleistung verzichte und daß sie vom 1. Jänner 1912 an provisioniert werden. Als Ursache wurde die stete Gefahr, in welcher sich die zwei gebrechlichen Oberbauarbeiter bei ihrem Beruf befinden, angegeben und übernehme — hieß es — die A.-T. E. keine Verantwortung mehr. So sehr einem alten Arbeiter ein ruhiger und angenhmer Lebensabend zu vergönnen ist und jedenfalls die große Mehrzahl der Arbeiter den Wunsch darnach haben, so sehr ist dieses Vorgehen der A.-T. E. zu verurteilen. Bei der A.-T. E. geht es jedem alten Arbeiter eiskalt über den Rücken, wenn er vom pensionieren hört. — Der Arbeiter Johann Pompe hat 41 Jahre treu und redlich als Oberbauarbeiter gearbeitet, von Beschwerden wider ihn ist nichts bekannt; er wurde auch als Vorarbeiter, Streckenbegeher u. s. w. verwendet, kurz er war das Muster eines Arbeiters, wie es Herr Enderes nur wünschen kann. Dafür bekam Pompe einen Taglohn von 3 Kronen 15 Heller. — Der Arbeiter Anton Kammel hat 31 Jahre treu und redlich gedient und bezog einen Lohn von 2 Kronen 80 Heller nach 31 Jahren schwerer Arbeit. Wie heutzutage unter den enormen Teuerungsverhältnissen ein Mann samt Familie mit Kr. 2·80 oder Kr. 3·15 als Mensch anständig leben soll, wird uns, um den Direktionsausdruck zu gebrauchen, der beste finanztechnische Rechenkünstler nicht beibringen. Nachdem nun die beiden alten Arbeiter pensioniert worden sind, bezieht Pompe eine monatliche Provision von Kr. 38·55 und Kammel eine solche von 32 Kr. 25 H. Was wollen nun die zwei alten Arbeiter machen? Es bleibt nichts anderes übrig, als daß sie sich trotz der Gebrechlichkeit noch einmal auf die Suche nach anderweitiger Arbeit machen müssen, wenn sie nicht buchstäblich mit den Familien hungern wollen. Herr Enderes als Generaldirektor und Ritter von wird dann später wieder die getränkte Leberwurst spielen und Genugtuung verlangen, wenn wir vielleicht nach einiger Zeit berichten werden, daß pensionierte Arbeiter der A.-T. E. in Aussig Gassen kehren müssen, um nicht zu verhungern. Wie schrieb doch Herr Enderes so schön: „Wir verlangen, daß über eine anständige Gesellschaft wie wir sind (nämlich die A.-T. E.), auch anständig geschrieben wird." Ist das der Anstand, daß man im Provisionsfonds nahezu zwei Millionen Vermögen hat und die alten Arbeiter zum Hungertuch verurteilt, nachdem man sie vierzig Jahre ausgenützt hat? Um die Anständigkeit dieser Gesellschaft mehr ins Licht zu ziehen, wollen wir Ziffern reden lassen. Der Provisionsfonds der A.-T. E. hatte am 31. Dezember 1910 ein Vermögen von Kr. 1,965.600·97. Die Zinsen für das Jahr 1910 brachten eine Summe von Kr. 75.913·28. Für die in den Ruhestand, freiwillig oder gezwungen, getretenen Arbeiter wurden insgesamt Kr. 27.321·94 ausgezahlt. — Wie die Verwaltung dieses Fonds zusammengesetzt ist, wird ja den meisten bekannt sein, daß aber die Direktion oder deren Organe alle Ursache hatten, offene Vertreter der Arbeiter von der Mitverwaltung ängstlich fernzuhalten, ist bei solchem rücksichtslosen Vorgehen sehr begreiflich. Dafür bleiben aber auch die ganzen letzten durchgeführten Wahlen wie in den Provisionsfonds und die Unfallversicherung ein ewiger Schandfleck in der Geschichte der A.-T. E. Die Arbeiter dieser Bahn aber mögen an diesem Vorgehen gegen die zwei alten Arbeiter erkennen, daß ein jeder unbarmherzig, ob er Sozialdemokrat oder Indifferenter ist, mit dem Beginn der teilweisen Arbeitsunfähigkeit auch der anständigen A.-T. E. im Wege ist und weggeräumt wird. Hoffentlich wird auch die Zeit kommen, wo auch ein Enderes anders wird vorgehen müssen.

Die Pension der Eisenbahnerwitwen. Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben: Die fortwährend im Steigen begriffene Teuerung aller zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Artikel ist heute unbestritten zum Gegenstand des Tagesgespräches geworden. Durch eigene Kraft versuchten die Eisenbahnerorganisationen durch Gründung von Konsumvereinen, durch Bauen von Arbeiterhäusern 2c. dieser Notlage abzuhelfen. Wenn auch zugegeben werden muß, daß diese Aktionen teilweise mit Erfolg gekrönt waren, so ist dennoch nicht in Abrede zu stellen, daß diese Maßregel nur die allergrößten Härten im schweren Kampf um das Dasein mildern konnten.

In diesem schwierigen Kampf um das armselige Dasein wird der Eisenbahner nur durch die werktätige Hilfe seiner Frau unterstützt. Unter den größten Entbehrungen, um ja nicht in drückende Schulden zu kommen, halten die Eisenbahnerfrauen aus. Die vielbeneideten Quartiergelder der Eisenbahner reichen gerade zur Zahlung des Mietzinses hin. Warum, dies dürfte jedem Eisenbahner hinlänglich bekannt sein. Jeder ältere Unterbeamte oder Diener wird sich an den seinerzeitigen armseligen Anfangsgehalt als Diener, Stationsarbeiter, Magazinsschreiber 2c. per 350, beziehungsweise 300 fl. per Jahr genau erinnern können; wie mancher von diesen Bediensteten hat unter den größten Entbehrungen mit diesem geringen Anfangsgehalt nebst den verhältnismäßig hohen Abzügen noch die Nachzahlung seiner Arbeiterdienstzeit behufs Einrechnung in die Provision (Pension) geleistet; dies alles in der Hoffnung, daß einesteils bessere Zeiten eintreten werden, anderenteils, um nach einer beinahe einem Menschenalter gleichkommenden verantwortungsvollen harten Dienstzeit endlich die wohlverdiente Provision (Pension) erlangen zu können. Von einem „Härteausgleich“ der älteren Unterbeamten und Diener wurde jüngst gesprochen und auch mit Recht! Ob dieser Härteausgleich den in schwerer Dienstleistung ergrauten Eisenbahnern noch zugute kommen wird, ist bei den bekannten traurigen sozialen Verhältnissen in Zweifel zu ziehen. Die meisten dieser abgerackerten „Eisenbahnerveteranen“ sterben frühzeitig oder kurz vor ihrer Pensionierung; die wenigsten genießen ihre wohlverdiente Provision (Pension) — und diese auch nur für einen kurzen Lebensabschnitt. Der aufreibende verantwortungsvolle Dienst in Sturm und Wetter, Kälte und Hitze, zerstört die Kräfte, selbst der rüstigsten Leute, schnell und sicher! Beim Ableben des Eisenbahners bei einer Dienstleistung von mehr als 30 Jahren kommt nun das Traurigste! Die hinterbliebene Witwe soll nun bei den heutigen miserablen Verhältnissen zum Beispiel beim Ableben eines Unterbeamten mit 600 Kr. (sechshundert Kronen), bei Ableben eines Dieners mit 400 Kr. (und noch dazu als außerordentliche Provision, Pension!) ihr Auskommen finden. Es würde gewiß das österreichische Budget nicht ins Wanken kommen, wenn die Provisionsgrundlage (Pensionsgrundlage) einer Witwe eines Unterbeamten oder Dieners bei einer Dienstleistung von 30 Jahren mit 2 Kr. (sage zwei Kronen) täglich, oder eine 20prozentige Quartiergeldzulage von 600 Kr., beziehungsweise 400 Kr. festgesetzt würde.

Ein Erfolg der Lastzugsbegleiter in Sigmundsherberg. Mittels Normalienbuch vom 15. Dezember 1911 wurden die Lastzugsbegleiter in Sigmundsherberg vom Bahnamt verständigt, daß der Kremser Aufenthalt nicht mehr im Dienste geschrieben werden darf; dadurch verloren einzelne Kondukteure an ihrem monatlichen Einkommen 6 bis 7 Kr. und die ehemaligen Bergbremser 3 bis 4 Kr. Die Ortsgruppe Sigmundsherberg berief eine § 2-Versammlung ein, in der die Genossen Büschl und Huber bestimmt wurden, bei der k. k. Staatsbahndirektion Wien um Aufhebung dieser Bestimmung vorstellig zu werden. Am 9. Jänner d. J. sprachen sie bei der Staatsbahndirektion Wien vor. Sie wanderten von einer Dienststelle zur anderen, überall ihre Beschwerden vorbringend. Das Resultat der Vorsprache war, daß die Zugsführer des Bahnamtes am 22. Jänner d. J. verständigt wurden, daß sie die Stundenbücher nach den alten Bestimmungen zu führen haben.

Korrespondenzen.

Nimburg. (Tätigkeit der Separatisten.) Wer die Anfänge der Eisenbahnerbewegung und die Entwicklung unserer Organisation kennt, der muß mit zurückgehaltener Wut dem so wenig sozialistischen und parteigenössischen Vorgehen der Autonomisten zusehen. In einer so schweren und ernsten Zeit, wo die Eisenbahner Oesterreichs einer mächtigen und einheitlichen Organisation bedürfen, um stets gegen unsere Feinde, deren wir bedauerlicherweise zur Genüge auf allen Seiten haben, gerüstet zu sein, fallen uns die tschechischen Autonomisten in den Rücken und geberden sich wie Wahnsinnige. Als Beweis können die Vorgänge in der Ortsgruppe Nimburg angeführt werden. Auf einen Wink des tschechoslawischen Parteitages in Graz muß die Eisenbahnerorganisation in Böhmen um jeden Preis zerschlagen oder, wie sich der Herr Parteisekretär Bruha so zart ausdrückt, „auseinandergehaut“ werden. Sehr sozialistisch, nicht wahr? Ob für die Eisenbahnbediensteten ein Erfalg herauskommt, wer kümmert sich von den Herren Autonomisten darum? Bedauerlich ist es aber, daß einzelne unserer bisherigen Mitglieder eine solche Judasarbeit zu verrichten sich hergegeben haben. Freilich, wie später gezeigt wird, nicht aus „Prinzip“, sondern gegen klingenden Lohn. Nur daß diese Leute mehr beanspruchen, als weiland Judas, der sich für den an seinem Meister begangenen Verrat mit 30 Silberlingen begnügte. So billig machen es unsere Autonomisten nicht!

Am 30. Dezember v. J. wurde für Nachmittag eine Ausschußsitzung einberufen, in welcher der Antrag auf Auflösung der Ortsgruppe und auf die Ueberreichung des Vermögensrestes per 200 Kr., welcher in Anteilen der „Genossenschaft für den Bau von Arbeiterhäusern in Nimburg“ angelegt ist, als Remuneration dem Obmann der Ortsgruppe Marjánek in der Höhe von 80 Kr., als Unterstützung an zwei Mitglieder per 90 Kr. und mehrere kleine Beiträge für verschiedene autonomistische Zwecke, gestellt wurde. Abends wurde eine Mitgliederversammlung einberufen, wo alles beschlossen, und das Werk der Vernichtung zu Ende geführt werden sollte; es sollte das schwer ersparte Vermögen der Mitglieder unter einige autonomistisch gesinnte Funktionäre verteilt werden, und dann soll die Sintflut kommen. Die Spekulation der Herren Anhänger der „natürlichen Entwicklung“ ist aber gründlich mißlungen, nur eines ist konstatiert worden: die geradezu horrende Unordnung, die in der Ortsgruppe herrschte. In der Bibliothek fehlt eine ganze Reihe von wertvollen Büchern; die Kontrolle ist fast unmöglich, weil kein Bücherverzeichnis vorhanden ist. Diejenigen Mitglieder, die ihrer Mutterorganisation treu geblieben sind, haben sofort Vorkehrungen getroffen, daß die Ortsgruppe weiter besteht und erzielten durch diese Maßnahme, daß die Herren Autonomisten, die ihr Judasgeld schon in der Tasche zu haben wähnten, das Ortsgruppenvermögen ausfolgen mußten. Das war ein Schmerz für Herrn Marjánek, der die 80 Kr. schon seiner Tasche einverleibt hatte, und nun muß er sie retournieren; da soll wirklich der Teufel die ganze „natürliche Entwicklung“ holen. So sieht also die Tätigkeit jener Leute aus, welche den „alleinseligmachenden Autonomismus“ predigen. Der eine läßt sich seinen Verrat in klingender Münze bezahlen, der andere spekuliert auf eine Parteianstellung, der dritte ist zugleich Autonomist und Zentralist; na, zufrieden können die Herren Kommandanten in Prag mit ihrer Elitetruppe schon sein!

Erfreulich ist es, daß bald eine Ernüchterung eingetreten ist: Mitglieder, die durch den phrasenhaften Wortschwall im ersten Augenblick sich verführen ließen, beginnen einzusehen, wie man sie getäuscht hat, und beginnen langsam in den Schoß der Mutterorganisation zurückzukehren. Und wir meinen, das eben das die „natürlichste Entwicklung“ ist. Viel Glück und Erfolg! —d—

Mährisch-Schönberg. Wie rechtlos unsere Krankenkassenmitglieder und wie human unsere Bahnärzte sind, zeigt folgender Fall. Im Jahre 1909 hat sich ein Kind des Streckenwächters Starker in Augezd Verbrühungen zugezogen, die geeignet waren, das Kind zeitlebens als Krüppel zu belassen. Die Eltern des Kindes wendeten sich in ihrer Verzweiflung an den Bahnarzt Herrn Dr. Müller in Mährisch-Neustadt um ärztliche Hilfe. Dieser jedoch erklärte trotz der großen Dringlichkeit des Falles, daß er an dem Tag nicht kommen könne, weil ihm keine Draisine zur Verfügung stehe. Streckenwächter Starker gab nun telephonisch dem Herrn Bahnarzt bekannt, daß er sich zur Behandlung seines Kindes den dort ansässigen Ortsarzt Herrn Dr. Flachsel nehmen werde. Als nun letzterer bei dem Kind erschien, ersah er die große Gefahr, in der das Kind schwebte, weshalb er ohne Bedenken die Behandlung übernahm. Erst nachträglich erschien Dr. Müller.

Wir wollen hier nicht den ganzen Sachverhalt erzählen, da dieser für den Vater des Kindes ein ganzes Martyrium durch drei Jahre bedeutet. Wir wollen nur kurz die Rechtlosigkeit der Krankenkassenmitglieder beweisen.

Als Herr Dr. Müller erklärte, daß das verbrühte Kind zeitlebens ein Krüppel bleiben muß, Herr Dr. Flachsel dasselbe aber zu heilen versprach, entschloß sich der Vater, das Kind vom Ortsarzt Dr. Flachsel behandeln zu lassen. Tatsächlich wurde das Kind gänzlich hergestellt. Leider erwuchsen dem Wächter Aerztekosten in der Höhe von Kr. 96·11. Streckenwächter Starker wendete sich nun an Herrn Dr. Müller mit der Bitte, daß er die Notwendigkeit der Behandlung durch den Ortsarzt bestätige, in welchem Fall die aufgelaufenen Kosten die Krankenkasse tragen würde. Herr Dr. Müller versprach, es auch zu tun. Dies war im Juli 1910. Da aber weder der Ortsarzt Herr Flachsel das Geld, noch Streckenwächter Starker eine Verständigung über diese Angelegenheiten erhielten, so wendete sich Starker im Dienstweg im Jänner 1911 mit einem erschöpfenden Bericht an den Lokalkrankenkassenausschuß in Mährisch-Schönberg. Dieser hatte die Angelegenheit weiter zu leiten. Leider haben wir schon 1912, und ist bis heute noch gar nichts geschehen.

Wir wenden uns deshalb auf diesem Weg an die löbliche k. k. Staatsbahndirektion in Olmütz mit der Bitte, diese Angelegenheit zu untersuchen und dem Streckenwächter Starker zu seinem Recht zu verhelfen.

Wien, Kaiser Franz Josefs-Bahnhof. (Bahnbetriebsamt.) Wie alljährlich gelangte auch im Vorjahr vor Weihnachten beim Bahnbetriebsamt Wien II unter den Stationsbediensteten ein gewisser „von der k. k. Staatsbahndirektion zu diesem Zweck zur Verfügung gestellter“ Geldbetrag zur Verteilung. Die Bediensteten betrachten diesen Geldbetrag als Weihnachtsgeschenk und sind daher der Meinung, daß für den Fall, als mit diesem Betrag, der ja niemals hoch ist, nicht alle Bedienstete bedacht werden können, in erster Linie die mindest besoldeten Bediensteten beschenkt werden sollen, damit auch sie in die Lage versetzt werden, ihren Kindern zu Weihnachten eine Freude zu bereiten. Wer aber dies glaubt, ist in großem Irrtum. Herr Bahnamtsvorstand, kaiserlicher Rat Czerny, welchem diese Verteilung nach freiem Ermessen obliegt, geht hiebei ganz anders vor. Er beschenkt zuerst die besser besoldeten Bediensteten und die ärmsten Teufel, welche es am allernotwendigsten brauchen würden, gehen dann leer aus. So haben zum Beispiel die Verschieber und Weichenwächter nicht einen roten Heller bekommen. Dagegen erhielten die Platzmeister, bis auf zwei, die ihm wahrscheinlich nicht gut zu Gesicht stehen, ein solches Geschenk bis zu 25 Kr.

Wie weit Herr kaiserlicher Rat Czerny die in den Kanzleien sitzenden Unterbeamten und Diener beteilt hat, darüber schweigen die Götter.

Jedenfalls hat er für einige Günstlinge den Betrag zu sehr in Anspruch genommen, daß für die Allerärmsten nichts übrig blieb. Eine k. k. Staatsbahndirektion sollte sich doch in solchen Fällen einen Schlüssel vorlegen lassen, und bei so krassen Widersprüchen Korrekturen vornehmen. Herr kaiserlicher Rat Czerny ist eben der Meinung, daß er der Alleinherrscher ist und daß sich die Bediensteten von ihm gefallen lassen müssen, was er will. Gerade diese Einbildung trägt auch dazu bei, daß ihn die Bediensteten bald mit dem blauen Bogen, der ihm schon längst gebührt, spazieren gehen sehen möchten.

Es frägt doch jeder einzelne: wie lange wird er denn noch bleiben? Ich habe gehört, daß er wieder um Verlängerung seiner Dienstzeit angesucht hat? Der andere: Er ist nicht normal, sonst würde er doch schon längst gehen! u. s. w. u. s. w. Nur Geduld bringt Rosen, und es werden auch in Wien II die Schikanen wieder aufhören. Herr kaiserlicher Rat Czerny hat den Franz Josefs-Bahnhof nicht aufgebaut und dieser Bahnhof wird noch bestehen, wenn kaiserlicher Rat Czerny keine Eisenbahnbedienstete schikanieren wird können.

Von der k. k. Staatsbahndirektion verlangen aber die Bediensteten, daß eine solche Weihnachtsgeschenkverteilung wie diesmal nicht mehr vorkommt. Die k. k. Staatsbahndirektion möge sich auch darum bekümmern, was mit solchen Geldern geschieht, denn die Verteilungen der Bahnamtsvorstände sind nicht immer einwandfrei. Wenn man lediige Bedienstete beschenkt, so kann man auch einen Wächter oder Verschieber, der Kinder hat, beschenken.

Mürzzuschlag. (Zum Kapitel Bahnärztliches.) Ohne sie davon vorher in Kenntnis zu setzen, wurde den Bahnbediensteten in Mürzzuschlag in letzter Zeit ein zweiter Bahnarzt bestellt. Das ist gewiß zu begrüßen, da doch einem Arzt die Behandlung der Bediensteten und der Angehörigen derselben, was letzteres nämlich zur selben Zeit eingeführt wurde, unmöglich sein würde. Es war aber eine unangenehme Ueberraschung des Personals, daß demselben gerade jener Arzt als Bahnarzt bestellt wurde, gegen welchen die Eisenbahnbediensteten schon einmal Stellung genommen haben und der bei der letzten Neubesetzung nach dem Tode des Doktor Ertl um die Stelle warb, wobei er einzelnen Bediensteten förmlich die Tür einrannte. Dies erweckte unter den Eisenbahnbediensteten den Anschein, als sei die Bahnarztstelle kein schlechter Posten, weil die Bewerbung um denselben so geschäftsmäßig betrieben wurde. Wenn die Eisenbahnbediensteten damals und vorher schon eine andere Wahl getroffen haben, so geschah das mit Recht und aus verschiedenen Gründen. Wie diese Gründe zutreffen, beweist der Umstand, als unsere Kollegen vom Verkehr, welche dem neuen Bahnarzt unterstellt sind, in letzter Zeit diverse Beschwerden führen über die protzigen Umgangsformen, deren sich dieser Herr bedient. Wie sich der Herr Dr. Golč seine Funktion als Bahnarzt vorstellt, können wir uns überhaupt nicht denken, glaubt er denn wirklich, daß er die kranken Eisenbahner minderer einschätzen darf, als einen anderen Kranken. Da dürfte er sich denn doch irren. Wir verweisen auf den Fall des verstorbenen Oberverschiebers Proske, welchen er wochenlang nicht besuchte. Die Unterbringung in eine Heilanstalt konnte vermutlich darum nicht mehr erfolgen, weil der Ernst der Krankheit nicht entsprechend gewürdigt wurde. Die Haltung des Doktors in diesem Falle kann man sich vorstellen, wenn man erfährt, daß die Frau des Proske, die den Doktor fragte, was es denn werden wird, folgende kurze Antwort erhielt: „Na, was wird's denn werden, gar wird's.“. Zu einem anderen Kollegen, welcher anläßlich der periodischen Prüfung bei ihm erschien und ihm dabei die Mitteilung machte, daß er infolge des Dienstes nicht ausgeschlafen sei, gab er die protzige Antwort: „Das geht mich nichts an“. Einem Bediensteten, dessen Krankheit von einem zweiten Arzt konstatiert erscheint, erklärt Herr Dr. Golč als nicht krank, wobei er ihn als einen Schwindler bezeichnete. Gegen solche Umgangsformen erhebt das Personal Protest. Möge der Herr Dr. Golč zur Kenntnis nehmen, daß er im Irrtum ist, wenn er meint, für ihn sei nur der Chefarzt maßgebend. Er möge bedenken, daß bei der Beurteilung solcher Fragen auch die berufenen Vertreter des beteiligten Personals und eventuell das gesamte Personal von Mürzzuschlag mitzureden hat. In der Ueberzeugung, daß die Bahnverwaltung, die Unsummen von Geldern zu den Beiträgen der Bediensteten zuschießt, ein Interesse daran haben wird, daß ihre Bediensteten die gebührende Behandlung finden, erhoffen wir die geeignetsten Verfügungen von derselben, anderseits rufen wir unsere gewählten Vertreter an, zu veranlassen, daß ein Bahnarzt seine Stelle nicht etwa als nackte Geschäftssache betrachten darf. Auch die Krankenkasse wird geschädigt, wenn bei der Ordination wochenlange Fristen eintreten oder wenn der behandelnde Arzt den Kranken überhaupt nicht zu Gesicht bekommt. Dabei ist es auch nicht ausgeschlossen, daß selbst die beste Hilfe zu spät kommt.

Klagenfurt. (Deutschnationale Unduldsamkeit.) Nach den Reichsratswahlen im vorigen Jahre bekamen am Klagenfurter Hauptbahnhof einige sehr strebsame Beamte einen derartigen Eifer zur Rettung des gefährdeten Deutschtums, daß sie sofort die Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbundes deutscher Eisenbahner in Angriff nahmen. Dazu sind selbstverständlich vor allem Mitglieder notwendig. Da aber die ehrlich denkenden Eisenbahner diesen Schwindel durchschaut und die sonst verhaßten Windischen auch keine Lust zum Beitritt zeigten, mußte nach geeigneten Mitteln Umschau gehalten werden. Sie entdeckten auch tatsächlich unter den Eisenbahnern einige eichenfeste und gesinnungstreue Charaktere, welchen sie ihr strebsames, für die gesamten Eisenbahner Heil bringendes Vorhaben mitteilten. Anfänglich wollte die Germanisierung nicht recht gelingen, aber die Herren wußten sich zu helfen, denn bekanntlich besitzen sie infolge ihrer dienstlichen Stellung eine gewisse Autorität, und nach den gemachten Erfahrungen zu schließen, dürfte dort die Ansicht vorherrschen, daß ein jedes Mittel erlaubt und gut genug ist, wenn nur der Zweck erreicht wird.

Die Verhältnisse am Klagenfurter Hauptbahnhof gestalteten sich tatsächlich durch die Agitation, Denunziation und Terrorisierungen für die nicht deutsch sein wollenden Bediensteten bis zur Unerträglichkeit. Daher mußte für den 3. September v. J., um Schädigungen von Existenzen zu verhindern, eine Protestversammlung einberufen werden, bei welcher den Hauptmachern, den Herren Egarter, Haßlacher und Konsorten, der Standpunkt gehörig klargelegt wurde. Die moralischen Hiebe, die ihnen bei dieser denkwürdigen Versammlung verabreicht wurden, können sie bis heute noch nicht beruhigen. Freilich wird die Wut auf die bösen Sozi sehr groß sein, wenn man bedenkt, daß diese Herrleins jetzt zusehen müssen, wie ihre mit soviel Terrorismus und den albernsten Versprechungen gegründete Ortsgruppe schon im Absterben begriffen ist, trotzdem ein kleiner Gernegroß die Monatsbeiträge der betrogenen Mitglieder durch Arbeiter einkassieren ließ, wollen die meisten nichts mehr wissen, und die noch dabei sind, schämen sich ob ihres Verrates und warten nur mehr auf einen günstigen Moment, um endlich von dieser seelischen Qual erlöst zu werden. Der Sache könnte man ganz gut ihren natürlichen Lauf lassen, wenn nicht einige Herren Verkehrsbeamte ihre Autorität mißbrauchen und sich nicht gar so sonderbar benehmen würden. So glaubten einige dieser Herren in ihrer Aufgeblasenheit, den sie grüßenden Bediensteten nicht danken zu müssen, weshalb diese das Grüßen bei jenen Herren selbstverständlich unterließen. Bekanntlich ist das Danken ebenso wie das Grüßen eine Pflicht, und wer das erstere in nicht verkennbarer Weise unterläßt, hat gar keinen Grund, sich zu beschweren. Diese Herren wollen, nachdem sie ihre Reputation beim größten Teil des Personals bereits eingebüßt, diese durch unbegründete Anzeigen gegen das Lokomotivpersonal wieder hereinbringen. Dazu scheinen ihnen die neuen Verfügungen über die Reduktion der Verschub- und Dampfhaltestunden am geeignetsten zu sein. Anderseits wird das Verschubpersonal bei jeder Gelegenheit gegen das Lokomotivpersonal scharfgemacht. Ueber dieses Kapitel berichten wir ein andermal ausführlicher.

Einige Verkehrsbeamte vollbrachten vor einigen Tagen eine besondere Heldentat. Sie haben drei Lokomotivführer wegen Unterlassung der Ehrenbezeigung angezeigt.

Die Namen der so tief gekränkten Jünglinge sind uns zwar nicht bekannt. Aber das eine muß gesagt werden, daß, bevor man gegen jemanden eine Anzeige erstattet, untersuchen muß, ob in der Sache nicht vielleicht ein Selbstverschulden nachgewiesen werden könnte. Diese Anzeigen sind tatsächlich nur auf das Selbstverschulden der Anzeiger zurückzuführen. Denn wenn die Herren schon gegrüßt werden wollen, warum haben sie nicht gedankt, als sie noch ununterbrochen gegrüßt wurden? Oder glauben die Herren, daß alle Menschen, welche keinen Beamtentitel haben, auch keine Ehre haben? Ja, wenn es die Herren wünschen, kann das Lokomotivpersonal, so oft es bei Aus- oder Einfahrten der Züge wegen Nichtanwesenheit eines solchen Herrn die Ehrenbezeigung nicht leisten kann, im Stundenpaß eine diesbezügliche Bemerkung machen, vielleicht wird ihr Größenwahnkoller hiedurch besser befriedigt.

Nur nicht gar so unduldsam ihr Herren, denn sonst könnte das Lokomotivpersonal doch einmal seinen loyalen Standpunkt aufgeben, dann wäre so manche Karriere beim Teufel.

Jägerndorf. Allen Krankenkassemitgliedern im Rayon des Lokalausschusses für Jägerndorf und Umgebung diene zur Kenntnis, daß etwaige Beschwerden schriftlich an die Kommissionsmitglieder zu übermitteln sind.

Zur Orientierung im Falle einer Beschwerde geben wir hiemit den Lokalausschuß wie folgt nach Gruppen bekannt:

Werkstätte: Rudolf Link, Werkmann;
Heizhaus: Josef Baier, Lokomotivführer;
Verkehr: Anton Churawy, Oberkondukteur;
Magazin: Alois Mück, Magazinarbeiter;
Bahnerhaltung: Josef Heinrich, Vorarbeiter und Josef Pemmer, Signalschlosser.

Jägerndorf. (An die P. T. Mitglieder des Lebensmittelmagazins der k. k. Staatsbahnen in Jägerndorf.) Die diesjährige Generalversammlung findet am Sonntag den 18. Februar 1912 um 2 Uhr nachmittags in Herrn Plebans Saal statt.

Um eine nochmalige Aenderung der Statuten durchzuführen, die noch darin enthaltenen Mängel vollends zu beseitigen, an Regie- und Verwaltungsauslagen Ersparungen zu erzielen sowie im Hinkunft das Geschäftsjahr nicht wie bisher mit 31. Dezember, sondern schon mit 30. September abzuschließen, ist es unbedingt notwendig, vollzählig zu erscheinen oder im Verhinderungsfall sich durch vertrauenswürdige Mitglieder, welche treue Anhänger des Instituts sind, mittelst Vollmacht vertreten zu lassen.

Es werden von allen Vertrauensmännern unserer Organisation Vollmachten entgegengenommen, die von dem betreffenden Mitglied zu unterfertigen sind. Die übrige Ausfüllung besorgt das Aktionskomitee.

Aus der Gesamtverwaltung gelangen zur statutenmäßigen Ausscheidung aus dem Vorstand Genosse A. Burkert, Werkmann, aus dem Aufsichtsrat die Genossen Johann Thun, Kondukteur und Vinzenz Ander, Werkmann. Im Sinne der §§ 8 und 10 der Statuten sind ausscheidende Verwaltungsmitglieder wieder wählbar.

Die Ortsgruppenleitung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Wiederwahl der ausscheidenden Genossen auf das wärmste zu empfehlen, da diese die Gewähr bieten, das Institut im Interesse der Gesamtheit zu verwalten, was sie

auch durch ihre anerkennenswerte bisherige Tätigkeit bewiesen haben.

Um eine Stimmenzersplitterung zu vermeiden, ersuchen wir die Mitglieder, sich für die Wiederwahl der oben angeführten Genossen einzusetzen.

Die Ortsgruppenleitung.

Teschen. (Reichsbundreklame.) Einen aus schamlosen Lügen und sonstigen Gemeinheiten bestehenden Ausfall hat sich die Teschner Ortsgruppe des Reichsbundes der deutschen Eisenbahner in Nummer 18 der „Silesia" vom 24. Jänner l. J. gegen die hiesige sozialdemokratische Partei geleistet.

Um den Lesern unseres Blattes zur Beurteilung des angeführten Geistesproduktes Gelegenheit zu bieten, erachten wir es für angezeigt, dasselbe im Wortlaute hier folgen zu lassen. Es lautet:

Sozialdemokratische Umtriebe. Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes der deutschen Eisenbahner Oesterreichs, welche im Vorjahre gegründet wurde und sich in Eisenbahnerkreisen einer großen Beliebtheit erfreut, ist der hiesigen sozialdemokratischen Partei ein Dorn im Auge, da sie die fortschreitende Entwicklung der sozialdemokratischen Organisation in den Kreisen der Teschner Eisenbahner nicht nur zum Stillstand gebracht, sondern vollkommen lahmgelegt hat. Die Ortsgruppe des Reichsbundes der deutschen Eisenbahner, welche auf durchwegs nationaler Basis aufgebaut ist, veranstaltet am 2. Februar l. J. um 8 Uhr abends im städtischen Rathaussaal ihr erstes Kränzchen. Diese Gelegenheit benützen die Sozialdemokraten, um die Ortsgruppe wieder zum Ziele ihrer Angriffe zu machen. Unter anderem verfielen sie auf den Trick, in einer ihrer Zeitungen das Eisenbahnerkränzchen als eine sozialdemokratische Unterhaltung hinzustellen, um auf diese Weise zwischen den Eisenbahnern und den bürgerlichen Parteien Zwietracht und Mißtrauen zu säen und die Bürgerschaft von Teschen von der Teilnahme an der Veranstaltung dieses so sympathischen Vereines abzuhalten. Indem wir die Oeffentlichkeit auf diese Kriegslist der Sozialdemokraten aufmerksam machen und noch einmal den deutschen Charakter der Eisenbahnerortsgruppe betonen, hoffen wir, daß die Bürgerschaft von Teschen durch recht zahlreichen Besuch ihrer Sympathie für die deutschen Eisenbahner unserer Stadt Ausdruck verleihen und auch zum materiellen Erfolg dieser Veranstaltung beitragen werde."

Wir würden uns mit diesen servilen Kriechernaturen des Reichsbundes in gar keine Polemik einlassen, wenn nicht die in dem angeführten Pamphlet enthaltenen Lügen uns zur Klarlegung unseres Standpunktes nötigen würden.

Auch die von den Reichsbündlern vertretene Ansicht, daß der Reichsbund den hiesigen Sozialdemokraten ein Dorn im Auge ist, können wir sie nur versichern, daß wir von ihrem Treiben gar keine Notiz nehmen, sondern sie ganz gleichgültig gewähren lassen. Wenn die Macher des Reichsbundes glauben, daß sie die Tätigkeit der hiesigen Ortsgruppe des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines lahmgelegt haben, so gönnen wir ihnen auch diese Freude, zu welcher sie nur dadurch gelangt sind, daß sie ihre Kurzsichtigkeit hier über die wahren Tatsachen hinweggetäuscht hat. Wir erklären, daß das Summen einer Eintagsfliege, als die die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes angesehen werden muß, uns keinerlei Schaden zufügen kann. Auch ist die Prosperität unserer Organisation nicht von einzelnen Veranstaltungen und Lärmszenen abhängig, wie dies beim Reichsbund der Fall ist, wobei sie — die Reichsbündler — der Unterstützung und Subventionierung seitens der Machthaber nicht entbehren können, sondern unsere erzieherische und aufklärende Arbeit wird mit jener Ruhe, Gründlichkeit und Ausdauer verrichtet, durch welche allein das hehre Ziel, nämlich die Befreiung des Proletariats aus der materiellen und politischen Abhängigkeit erreicht werden kann.

Linz. (Bahnärztliches.) Am Montag den 22. Jänner erkrankte der Streckengeher des Bahnbetriebsamtes Linz, Genosse Böck. Der herbeigeholte Arzt Dr. Obermüller untersuchte den Kranken, wie gewohnt (schnell und billig) und konstatierte eine leichte Verkühlung. Wie immer, wurden Pulverl verschrieben und nach den Worten: „Ich komme schon wieder, wenn es schlechter wird, so holen Sie mich!" empfahl sich der Herr Doktor. Am Freitag bekam Böck furchtbare Schmerzen. Es wurde eilig Herr Dr. Erhart geholt, welcher nach genauer Untersuchung eine schwere Lungenentzündung konstatierte und den Zustand des Kranken als sehr gefährlich bezeichnete. Samstag den 27. Jänner wurde dann wieder Herr Dr. Obermüller geholt, welcher sehr aufgeregt darüber war, daß ein anderer Arzt geholt wurde. (Was aber unter den plötzlich auftretenden Schmerzen notwendig war.) Nachmittags kam Herr Doktor Obermüller noch einmal, raisonierte mit dem Kranken über die Beiziehung eines anderen Arztes und schrieb das Rezept unter Konstatierung einer starken Kripp (Verkühlung). Tags darauf starb Genosse Böck an heftiger Lungenentzündung.

Wien, Staatsbahnhof. (Anerkennenswerter Wohltätigkeitssinn.) Am Staatsbahnhof wird bei allen passenden Gelegenheiten in einer Büchse für notleidende Eisenbahner gesammelt, und es ist namentlich dem Herrn Stationsvorstand kaiserlichen Rat Ludinger, der Frau Bahnhofrestaurateurin Pohl und dem Herrn Oberoffizial Ruthner zu danken, daß dieser Sammelbüchse oft gedacht wird. Heuer gelangte vor Weihnachten ein Betrag von über 1000 Kr. an Bedienstete, deren Familien oder die selbst von Krankheit heimgesucht worden waren, zur Verteilung, und es gebührt sowohl den Sammlern als den Spendern der allgemeine Dank für ihre humanitäre Tätigkeit.

Kaaden-Brunnersdorf. Die Oberbauarbeiter der B.E.S. Kaaden-Brunnersdorf sowie die Magazins- und Stationsarbeiter der Strecke Kaaden-Schlackenwerth werden aufgefordert, zu der am 18. Februar um 2 Uhr nachmittags in Klösterle, Heinzmanns Gasthaus, stattfindenden Versammlung bestimmt zu erscheinen. Referent: Personalkommissionsmitglied Genosse Wirkner aus Karlsbad.

Spittal-Millstättersee. Schon zum drittenmal müssen wir uns mit dem Magazinsaufseher Franz Brečko in Spittal-Millstättersee befassen. Vielleicht würde es Herrn Oberinspektor Schärdler und die Herren Beamten in Spittal interessieren und das Vertrauen zu ihm verlieren, was eigentlich sehr wunderlich ist, da diese Herren aus seiner Dienstabelle und das mitgefolgte Begleitschreiben von Gratwein doch ersehen könnten, was für eine Sorte von Mensch Brečko ist. Daß Brečko nicht zurückschreckt, seine unmittelbaren Vorgesetzten und Mitkollegen zu denunzieren, ist ja auch nicht mehr neu. Nun ist dieses Unikum gar Obmann des Reichsdeutschen Eisenbahnerverbandes; nun wir gratulieren zu einem solchen Obmann, nur haben die Wähler versäumt, in Gratwein früher anzufragen, was dieser Ultragermane ist. Ein Beispiel: die deutschfreiheitliche Fabrikleitung hat ihm den Eintritt in die Fabrik verboten. Warum wohl? Am 19. und 20. Jänner war dieser Herr in Graz. Auf Befragen, ob er Urlaub habe, gab er zur Antwort: „Ja und nein." Wir wären nur neugierig, zu erfahren, was die Herren sagen würden, wenn ein anderer sich derlei zuschulden kommen ließe. Auch sagte Brečko, er ginge einen anderen Bediensteten klagen. Nur vorwärts mit der Klage; da werden Enthüllungen kommen, welche für diesen Herrn sehr unangenehm werden könnten, und seinem Anhang gehörig die Augen aufgehen würden.

Versammlungsberichte.

Eine Kundgebung des Werkstättenpersonals der Nordbahn in Floridsdorf.

In einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung fanden sich am Dienstag den 30. Jänner im Floridsdorfer Arbeiterheim die Werkstättenarbeiter der Nordbahn zusammen, um die Berichte der Deputationen entgegenzunehmen, die im Eisenbahnministerium und bei der Nordbahndirektion vorgesprochen hatten. Der Versammlung wohnte auch Abgeordneter Seitz bei.

Der Vorsitzende Heider erinnerte an den Erlaß des Eisenbahnministeriums, wonach den Eisenbahnern ein sogenanntes Weihnachtsgeschenk präsentiert werden sollte. Für die Arbeiter sei aber schwere Enttäuschung gekommen, denn sie wurden mit der Aufbesserung auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet. Er verwies auf die zahlreichen Gelegenheiten bei welchen den maßgebenden Faktoren die Forderungen der Arbeiter zur Kenntnis gebracht wurden. Die Akkordarbeiter haben aber nicht die Berücksichtigung gefunden, die durch die Teuerung gerechtfertigt wäre. Man habe zwar für die Nordbahnarbeiter 600.000 Kr. für Lohnregulierung festgesetzt, aber von den Werkstättenarbeitern sei keine Rede. Daß das nicht Beruhigung schaffen könne, sei klar.

Abgeordneter Seitz, stürmisch begrüßt, führte aus: Im August 1911 fand die Reichskonferenz der Eisenbahner statt, die ernstlich die Frage der passiven Resistenz zur Durchsetzung der Forderungen erörterte. Die Erbitterung war groß. Mit Rücksicht auf die Folgewirkungen einer solchen Aktion für die anderen Arbeiterschichten entschlossen sich die Eisenbahner, noch ein anderes Mittel anzuwenden: die parlamentarische Aktion. Bei dieser mußte sich zeigen, was man von den Versprechungen der deutsch- und der tschechischnationalen und der christlichsozialen Politiker zu halten habe. Nun haben wir hiebei allerdings ein Schauspiel erlebt, wie es in der ganzen Welt nicht möglich wäre. Man sollte meinen, daß das, was das Parlament beschließt, von der Regierung auch durchgeführt werden muß. Entweder Durchführung der Beschlüsse des Hauses oder aber demissionieren! Das Haus hat zwar 38 Millionen Kronen beschlossen, aber die bürgerlichen Parteien haben bei der Abstimmung mit dem einen Auge auf die Eisenbahner gesehen, damit sie nicht den Stimmzettel verlieren und mit dem anderen Auge der Regierung zugeblinzelt: Wenn du auch den Beschluß nicht durchführen magst, unsere Freundschaft bleibt dir erhalten. (Stürmische Entrüstungsrufe.) In welch anderem Staate wäre eine solche Regierung möglich? Eine Regierung, die die Stirn hat, statt nach dem Beschluß des Hauses das 38 Millionenprogramm nur ein 21 Millionenprogramm durchzuführen? Da sehen wir den ganzen politischen Schwindel, der dank der Einsichtslosigkeit noch indifferenter nationalistischer Massen getrieben werden kann. Daß die Arbeiter nicht auch das haben, was die übrigen Bediensteten bereits am 1. Jänner erhielten, ist ein unerhörter Skandal, den man nicht dulden kann und der sie in begreifliche Empörung versetzt. Was an uns als Abgeordneten liegt, werden wir tun. Wir werden sehen, wie sich die Deutsch- und Tschechischnationalen dazu stellen werden. Wir werden bei der Budgetberatung darauf bestehen, daß nicht 21, sondern 38 Millionen eingestellt werden, ob es den bürgerlichen Parteien angenehm ist oder nicht. Sie müssen Farbe bekennen. Entweder für oder gegen die Interessen der Eisenbahner. Sie, Genossen, sollen daraus die Lehre ziehen: Ausbau der Organisation, unermüdliche Werbe- und Aufklärungsarbeit sind die besten Voraussetzungen für Kampf und Sieg! (Langanhaltender Beifall.)

Tantsin führt aus: Es war von vornherein die Absicht des Eisenbahnministeriums, für die im Akkordlohn stehenden Arbeiter der verstaatlichten Bahnen keinen Heller zu geben. (Stürmische Entrüstungsrufe.) Es mußte erst die Organisation den Herren klarmachen, daß auch die Akkordarbeiter Hunger haben. Wir wurden am 26. Dezember zur Nordbahndirektion berufen und glaubten, zu erfahren, was wir eigentlich bekommen. Der Herr Sektionschef Baron Banhans erklärte uns aber, daß er gegenwärtig nicht in der Lage sei, zu sagen, was wir bekommen; er habe uns nur rufen lassen, weil er wisse, daß eine Unruhe unter den Arbeitern sei, die er damit zu beheben meine. Er hat versprochen, sobald er den Bescheid des Eisenbahnministeriums bekommt, uns sofort zu verständigen und nähere Mitteilungen zu machen. Dies ist das Ergebnis. (Laute Zurufe: Das konnte sich die Direktion auch behalten!) Daraus ersehen Sie, daß der Herr Sektionschef, der ja auch ein Faktor im Eisenbahnministerium ist und dessen Gutachten mitentscheidet, sich für die Werkstättenarbeiter nicht besonders eingesetzt hat. Wir haben uns daher nicht auf andere, sondern auf uns selbst zu verlassen. Die Herren im Ministerium haben allerlei Einwendungen gemacht, sie sind sich bis jetzt noch nicht im klaren, was sie für die Lohn- und Akkordarbeiter tun werden. Wir machten aufmerksam, daß wir vor allem darauf beharren müssen, mindestens soviel zu bekommen, als man den niedrigsten Angestellten gegeben hat. Nun haben sich die Herren herbeigelassen, zu erklären, daß auch die Akkordarbeiter eine Teuerungszulage bekommen. Das Elaborat werde längstens Mitte Februar fertig sein. Daß wir die Erholungsurlaube noch heuer haben werden, sei kein Zweifel, aber über die Bezahlung sind sich die Herren noch nicht einig; sie erklären, daß der volle Akkord nicht vergütet werden könne. Wir haben einen Ausweg vorgeschlagen. Sie mögen den Verdienst der letzten drei Monate im Jahre auf die Anzahl der Arbeitstage aufteilen und davon 80 Prozent für den Urlaubstag, Sonn- und Feiertage miteinbezogen, verrechnen. Hoffen wir, daß die Herren ehebaldigst in diesem Sinne ihre Entscheidung fällen, wenn sie nicht noch mehr Empörung in die Reihen der Arbeiter tragen wollen. Ueber die Stabilisierung und Stabilisierungsverbesserung sowie die Normierung und Vermehrung von Posten müssen wir feststellen, daß man nicht die Absicht hat, in der Art fortzufahren, wie seinerzeit stabilisiert wurde, sondern daß man einen Riegel vorzuschieben gedenkt. Es scheint, als hätte man die Absicht, jede Stabilisierung aufzugeben und ein sogenanntes Stück- und Zeitprämiensystem einzuführen. Ich warne Sie davor, sich auf dieses System einzulassen, weil, wenn auch Gelegenheit geboten werden soll, mehr zu verdienen, wir dann zu Arbeitstieren herabsinken würden. Gegen diese Einführung müssen wir uns mit aller Macht wenden, und dies können wir, wenn wir fest und treu als organisierte Arbeiterschaft wie bisher auch fernerhin zusammenhalten. Ich erlaube mir, Ihnen vorzuschlagen, daß wir bis zur Bekanntgabe des Betrages, welcher für die Werkstättenarbeiter aufgewendet werden soll, und den wir längstens Mitte Februar erfahren müssen, zuwarten und nach der gegebenen Sachlage unsere Stellung uns vorbehalten. (Lebhafter Beifall.)

Somitsch, der als Vertreter der Zentrale erschienen war, verwies ebenfalls auf die Unaufrichtigkeit der bürgerlichen Parteien. Sowie die Industriellen nicht nach Nation und Konfession fragen, so habe auch die Eisenbahnerschaft allen Grund, diesen Unterschied auszuschalten und sich in einer großen, mächtigen, internationalen Organisation zu vereinigen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wurde die Versammlung, die zeitweise sehr stürmisch war, geschlossen.

Heiligenstadt. (Eine gründliche Abfuhr des Heizervereines.) Für den 17. Jänner l. J. hatte der Heizerverein in Wieharts Gasthaus, XIX, Heiligenstädterstraße, eine Vereinsversammlung einberufen, um in seiner gewohnten Weise über die sozialdemokratische Organisation der Eisenbahner und über den Genossen Tomschik Verleumdungen in die Welt zu setzen. Die Verbesserungen, die für die Heizer durch unsere Organisation erreicht wurden, sollten als Verdienst des Heizervereines ausgegeben und damit unter den Heizern von Heiligenstadt Propaganda gemacht werden, die sehr gut organisiert sind und die kraft ihrer Organisation schon ganz schöne Erfolge errungen haben. Diese Gelegenheit ließen sich unsere Genossen nicht entgehen und sie erschienen zahlreich bei dieser Versammlung, um sich die erlösenden Apostel der Heizer mit dem Obmann Weber sen. und dem Sekretär Lehrer Weber jun. an der Spitze näher anzusehen und ihre Reden anzuhören. Bei dem Erscheinen unserer Genossen wurde den Herren nicht wohl zumute. Trotzdem, daß die Versammlung schon für 7 Uhr abends einberufen war, eröffnete der Obmann dieselbe erst, als Zentralausschußmitglied Genosse Kotrba mit der Eröffnung einer § 2-Versammlung drohte. Als erster sollte ein Herr Boček über den Zweck dieses Vereines referieren, aber er konnte nicht einmal das herunterlesen, was er auf einem Bogen Papier aufgeschrieben hatte, und brachte nur einige Verdächtigungen und Beschwerden über unsere Organisation vor, daß diese nie für die Heizer eingetreten sei und für sie nichts geleistet habe. Schließlich bat er die anwesenden Heizer, sie mögen sich endlich dem Heizerverein anschließen. Nach ihm erzählte ein Herr Kriz, wie er von den Kollegen in Böhmen feierlich empfangen wurde. Die anwesenden Genossen wollten diesen Quatsch nicht länger anhören und sie setzten diesen zweifelhaften Individuen energisch mit Zwischenrufen zu. Es gelang erst den Vermittlungen der Genossen Kotrba und Dřevo, die Ruhe herzustellen. Nun sollte der Sekretär Lehrer Weber jun. den Tätigkeitsbericht erstatten. Dieser wußte auch von nichts anderem zu erzählen, als von einigen Unterstützungen, und daß einige Bögen Papier vollgeschrieben worden seien, daher beschwerte er sich in derselben Weise, wie dies Herr Božek getan, über die Organisation und Genossen Tomschik, wobei er behauptete, daß die Verbesserungen der letzten Jahre für die Heizer nur der Heizerverein durchgeführt habe.

Nun ergriff der Hauptvertrauensmann Genosse Dřevo das Wort und widerlegte in trefflichen Ausführungen die Behauptung des Weber jun. Er bewies an der Hand von Abschriften eingesendeter Gesuche, schriftlicher Interventionen und Antwortschreiben des Eisenbahnministeriums, daß die Verbesserung der Systemisierung der Heizerposten nur durch die Gewerkschaft und Genossen Tomschik erwirkt wurde, und daß die letzte Normierung von 150 systemisierten Posten für die Heizer in der Staatsbahndirektion Wien durch die Intervention seitens des Genossen Barth als Personalkommissionsmitglied durchgesetzt wurde. Weiters schilderte er das schädliche Wirken des Heizervereines. Er erklärte, daß, wenn auch alle Heizer im Heizerverein vereinigt wären, würde derselbe für die Heizer nichts durchsetzen können, weil nicht die gesamte Eisenbahnerschaft hinter ihm stehen wird, so daß den Heizern nur der Anschluß an die Zentralorganisation empfohlen werden kann. Als Genosse Barth auf die Anträge verwies, die er und seine Vorgänger in der Personalkommission für die Heizer eingebracht hatten, machten die Herren vom Heizerverein verdutzte Gesichter und sie erklärten, sie wollen die Gewerkschaft nicht bekämpfen und mit dieser gemeinsam arbeiten. Es lieben aber unsere Genossen keine Gemeinsamkeit mit einem gelben Verein. Nun kam Genosse Kotrba zum Wort. Er widerlegte und zerfaserte das ganze Lügengewebe der Agitatoren vom Heizerverein und wies durch Tatsachen nach, was für die Heizer durch die Gewerkschaft schon durchgesetzt wurde, wie im Jahre 1905 die Erhöhung des Anfangsgehaltes um 200 Kr., im Jahre 1909 die Erhöhung des Taglohnes der provisorischen Heizer, die Erhöhung der Fahrgebühren und die jetzige Erhöhung des Quartiergeldes durchgesetzt wurde, und wie in vielen dienstlichen Angelegenheiten Erfolge errungen wurden. Nun mußten die Herren zugeben, daß dies auf Wahrheit beruht. Genosse Kotrba verglich den Heizerverein mit einer verkrüppelten Henne, die darauf wartet, bis die Gewerkschaft als brave Henne ein Ei gelegt hat, um sich daraufzusetzen und zu gackern, wenn sie die Erfolge der Gewerkschaft auf ihre Fahne schreibt und unter den Heizern mit diesen krebsen geht. Dem Lehrer Weber riet er, er möge sich bei seiner Kategorie, den Lehrern, umsehen, wenn er sich schon für eine unterdrückte Schichte einsetzen will, da fände er Arbeit in Hülle und Fülle, ein Arbeitsfeld, das er allein gar nicht bearbeiten kann. Die Vertretung der Interessen der Heizer mag er ganz getrost den Heizern und der Gewerkschaft überlassen, denn gerade die Heiligenstädter Heizer haben den Wert der Organisation richtig verstanden. Genosse Kotrba sagte weiter, er wolle die Heizer nicht bitten, der Gewerkschaft treu zu bleiben, sondern es ihrem gesunden Ermessen überlassen, mitzuwirken, daß ihr hartes Los verbessert wird. Daher mögen diejenigen, welche der Organisation noch fernstehen, dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein beitreten.

Die Herren vom Heizerverein werden einsehen, daß für sie in Heiligenstadt nichts zu holen ist, bis auf die Kollegen Wolf, Setka und Konsorten, die wir ihnen vom Herzen gönnen. Herrn Wolf fragen wir, ob er es schon vergessen hat, wie er es nur sämtlichen Kollegen zu verdanken hat, daß er heute noch auf der Maschine steht. Wir raten ihm, nicht in die Sonne zu gehen und die Agitation für eine schlechte Sache anderen Leuten zu überlassen, sonst müßten wir uns ein nächstesmal schärfer ausdrücken.

Meran. Am 27. Jänner sprachen hier in einer gut besuchten Versammlung die Genossen Wabitsch und Tantsin über die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt.

Kirchberg am Wagram. Am 2. Februar nachmittags fand in Herrn Hiß Gasthaus eine sehr gut besuchte Eisenbahnerversammlung statt, in welcher Genosse Spieß aus Wien über die Erfolge der Organisation und die Einführung der Hinterbliebenenunterstützung referierte. Sämtliche Mitglieder erklärten nach den Ausführungen des Referenten, den Hinterbliebenenunterstützungsfonds beizutreten.

Krems a. D. Am 2. Februar fand in Kirchberg a. W. eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, in welcher Genosse Spies aus Wien als Vertreter der Zentrale in einer formvollendeten, oft von Beifall unterbrochenen zweistündigen Rede über Organisation und Hinterbliebenenfonds referierte.

Linz. Der große Saal im Gasthaus „zur Stadt Salzburg" konnte am 1. d. M. die Masse der Eisenbahner kaum fassen, welche erschienen waren, um die Berichte über die Zugeständnisse von seiten des Eisenbahnministeriums und die weiteren Schritte, welche jetzt gemacht werden müssen, zu hören. Mit lebhaftem Beifall begrüßt, schilderte Genosse Adolf Müller aus Wien das schwere Ringen mit dem Eisenbahnministerium, mit dem Parlament und mit der Regierung, um halbwegs annehmbare Zugeständnisse durchzusetzen. Der größte Feind war und ist noch heute die große indifferente Masse, auf welche die Bahnverwaltung und ihre Organe spekulieren. Der Betrag von 21 Millionen Kronen wurde zur Aufbesserung der Löhne, für Quartiergelderhöhung, Arbeitsordnungen, Urlaube u. s. w. erreicht. Nun gibt es wieder Unzufriedenheit, was ja erklärlich ist. Wer raisoniert und schimpft aber am meisten? Diejenigen, welche nie ein Opfer bringen, alles selbst besser wissen und können wollen, aber jeder Schwierigkeit feige aus dem Wege gehen. Für uns heißt es nun, trotz aller Schwierigkeiten, die wir zu bekämpfen haben, zu trachten, daß die fehlenden 17 Millionen Kronen noch herausgegeben werden. Nach kräftigen, aufmunternden Worten zum weiteren Ausbau der

Organisation, schloß Genosse Müller sein sachliches und aufklärendes Referat, das beifälligst aufgenommen wurde. Genosse Weiser brachte hierauf auf Grund von eingelangten Zirkularen die geplante Einführung des Akkord- und Prämiensystems, sowie geplanten neuen Entlohnungsverhältnisse für die im Taglohn stehenden zur Sprache, welches lebhafte Bewegung unter den Versammelten hervorbrachte. Hierauf schilderte Genosse Ehart das Resultat der deputativen Vorsprachen für die im Taglohn Stehenden bei der Direktion Linz und beim Herrn Hofrat Dr. Messerklinger. Dem Eintreten der Organisation und deren Vertrauensmänner ist es zu danken, daß die Lohnaufbesserung für Professionisten doch durchgeführt wurde. Eine traurige Verleumdung leisteten sich jedoch ein paar Werkmeister der Werkstätte, indem sie dem einen oder anderen Unzufriedenen, die leider bei der Lohnaufbesserung leer ausgingen, erklärten: „Ja, da sind die Organisation und die Vertrauensmänner schuld, die haben es so verlangt und wollen es so haben." Lebhafter Entrüstungssturm der Versammelten zeigte deutlich die Meinung der Eisenbahner über die Handlungsweise solcher Vorgesetzter. Hierauf gab Genosse Prießner Aufklärung über die übrigen geplanten Verbesserungen für im Taglohn Stehende und die Ursachen der Verzögerung. Es sprachen noch die Genossen Jakubetz, Weiser, Schmidhuber und Gabrielle, worauf die Versammlung nach 3½stündiger Dauer ihr Ende fand.

Aus den Organisationen.

Priesen. Bei der am 21. Jänner stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt: Anton Jackl, Obmann; Bernard Bittner, Kassier; Edmund Melzer, Josef Brabec, Revisoren; Anton Grund, Josef Schuldes, Josef Bretschneider, Ausschußmitglieder. Alle Zuschriften sind an Genossen Anton Jackl, Blocksignaldiener, Priesen, Bahnhof, zu richten. In Geldangelegenheiten wolle man sich an Genossen Bernard Bittner, Bahnwächter, Priesen, Posten Nr. 101, wenden.

Iglau. Bei der am 28. Jänner stattgefundenen Generalversammlung wurden nachstehende Genossen in die Ortsgruppenleitung gewählt: Jakob Kiesling, Kondukteur der k. k. Ö. N. W. B., Iglau, Nordwestbahnstraße Nr. 12, Obmann, Richard Sperl und Josef Burianek, Stellvertreter; Anton Fuchs, Kassier, Franz Hažmuka und Mathias Jeřabek, Stellvertreter; Ferdinand Lang und Heinrich Kratochwil, Schriftführer; Anton Swoboda und Wenzel Rodr, Kontrollore; Karl Neumann und Josef Zumr, Bibliothekare; Franz Jarosch, Viktor Kurka, Franz Kasal, Josef Hruza, Emanuel Lát, Johann Nimmerrichter, Tomas Holba, Josef Kuttlwascher, Wenzel Bartu, Leopold Nowak, Josef Freudenreich, Anton Kratochwil, Heinrich Knapp, Karl Ružička und Josef Petschinka, Ausschußmitglieder.

Zell a. See. Bei der am 1. Februar abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Reisch, Obmann, Franz Lon, Stellvertreter; Uebermaser, Kassier, Karl Lon, Stellvertreter; Oberbarleiter und Dreichl, Schriftführer; Schartner, Bibliothekar.

Alle Zuschriften sind an Genossen Reisch in Zell a. See 180, zu richten.

Karlsbad. Bei der am 4. Februar abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Franz Glaser, Obmann, Georg Sturm, Stellvertreter; Anton Wied, Schriftführer, Anton Klier, Stellvertreter; Rudolf Bierner, Kassier. Wenzel Dilp, Stellvertreter; Johann Lauber, Bibliothekar; Karl Biedermann und Franz Voigt, Revisoren; Karl Schopka, Josef Sanoda, Wenzel König und Anton Rutscher, Ausschußmitglieder. Die Monatsversammlungen finden jeden 4. im Monat in Bachmanns Gasthaus „am Rosenhügel" statt.

Triest II. Bei der am 20. Jänner im Arbeiterheim stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt: Franz Padar, Obmann, Josef Kreuzer, Stellvertreter; Anton Waiditsch, Kassier, Alois Jonke, Stellvertreter; Sadel und Wenzeis, Schriftführer; Gups und Konič, Bibliothekare; Nadrag Franz, Bahr, Revisoren; Čeč, Sterbeč, Licof, From, Errath, Hammerl, Kurnik, Krempus, Meze Pajer, Plavec, Rudolf Wirtitsch, Wertschnik, Kügerl, Ausschußmitglieder. Alle Zuschriften sind an Genossen Franz Padar, Via Aldo Manuzio Nr. 4, in Geldangelegenheiten an Genossen Anton Waiditsch, Via Edmondo de Emicis Nr. 4, Triest, zu richten. Jene Mitglieder, welche Bibliotheksbücher entliehen haben, werden ersucht, dieselben bis 25. Februar rückzustellen. Ferner werden sämtliche Mitglieder ersucht, die Mitgliedsbücher an den Kassier abzuführen. Diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Monatsbeiträgen im Rückstand sind, werden ersucht, dieselben ehebaldigst zu begleichen. Nächste Ausschußsitzung am 24. Februar um 7 Uhr abends.

Amstetten. Am 2. Februar fand hier die diesjährige Generalversammlung statt. Das Referat des Genossen Swoboda über das Thema: „Die Politik in unserer Gewerkschaft" wurde mit großem Beifall aufgenommen. Gewählt wurden die Genossen: Thomas Zemanek, Obmann; Johann Wolf, Kassier; Alois Zipfinger, Schriftführer. Alle Zuschriften sind zu richten an Thomas Zemanek, Amstetten, Burgfriedstraße 9, 1. Stock, Tür 5; in Geldangelegenheiten an Johann Wolf, Amstetten, Wienerstraße 33.

Klein-Schwechat. Bei der am 28. Jänner stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt: Tschakert, Obmann, Gopfhart, Stellvertreter; Hummel, Kassier; Macher, Schriftführer; Dinst, Duda, Revisoren; Hanak, Gebauer, Gratzer, Ausschußmitglieder. Die Einzahlungen finden jeden ersten Montag im Monat statt.

Pragerhof. In der am 26. Jänner abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt: Alfred Pičinin, Obmann, Rudolf Mitteregger, Stellvertreter; Peter Widovitsch, Kassier, Franz Drcha, Stellvertreter; Barth. Natay, Schriftführer, Franz Windisch, Stellvertreter; Ludwig Ogring, Josef Dečmann Bibliothekare; Alois Prenner, Alois Nekrep, Kontrollore; Johann Rus, Johann Plohl, Franz Paj, Subkassiere. Für die Strecke Windisch-Feistritz: Johann Babrosch; für die Strecke Grobelno: Franz Crelnik; Ersatz: Kos, Preložnik, Kirbiš, Vinzenz Dolničar, Verglez, Reitmeyer, Kovačič, Drolc.

Villach I. Bei der am 17. Jänner abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Johann Brandl, Obmann, Josef Neuhuber, Johann Gruber, Stellvertreter; Peter Melcher, Kassier, Johann Fugger, Johann Lipovschek, Stellvertreter; Chrisanth Ambros, Schriftführer, Michael Lessiak, Johann Rauter, Stellvertreter; Rudolf Tribol, Bibliothekar, Karl Buchacher, Josef Egger, Stellvertreter; Leopold Rothwangl, Florian Luger und Adolf Maier, Kontrollore; Josef Lerchbaumer, Vinzenz Kaspar, Franz Meßner, Johann Samek, Viktor Lakner, Josef Pongraz, Johann Hakl, N. Kopavnik, Lukas Schußnik, Ausschüsse; Jörg, Lerchbaumer, Leßiak und Wißflecker, als Subkassiere von der Südbahn; Luger, Klumaier, Hakl, Tribelnig, Egger, Gruber und Pongraz, als Subkassiere von der Staatsbahn.

Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an den Obmann Genossen Johann Brandl, Oberkondukteur der k. k. Staatsbahn, Villach-Lind, Pischofstraße 6 und in Geldangelegenheiten an Genossen Peter Melcher, Kondukteurzugsführer der Südbahn, Klagenfurterstraße 17, zu richten.

Gelesene Nummern des „Eisenbahner" wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.

Falkenau a. d. Eger. Sonntag den 7. Jänner fand im Deutschen Haus die ganzjährige Generalversammlung der Ortsgruppe statt.

In den Ausschuß wurden nachstehende Genossen gewählt: Alois Olbert, Obmann, Siegert und Kern, Stellvertreter; Andreas Lößl, Kassier, Heyda und Glaser, Stellvertreter; Michael Meier, Schriftführer, Johann Tausch, Stellvertreter; Hans Schindler, Bibliothekar, Karl Mießl, Stellvertreter; Uhl, Ed. Lorenz, Josef Pichl, Kontrollore; Johann Beer, Schopf, Reich, Pochmann, Garreis, Dorschner, Josef Modes und Anton Rabenstein, Ausschüsse.

Zuschriften sind zu richten an Alois Olbert, Wagenschreiber, Falkenau a. d. Eger, Parkweg 18.

Des weiteren werden alle jene Mitglieder, die Bücher aus der Bibliothek entliehen haben, ersucht, dieselben behufs Skontrierung bis längstens 20. Februar an den Bibliothekar abzuliefern und werden bis dorthin keine Bücher mehr ausgegeben.

Süßenbrunn. Bei der am 3. Februar stattgefundenen Vereinsversammlung wurde Genosse Josef Haas als Zahlstellenleiter, Genosse Johann Osabal als Stellvertreter und die Genossen Bien, Schreitl, Wollner, Roderer, Hauk, Zehetmayer, Konečny, Baierheimer und Strobl in den Ausschuß gewählt. Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Josef Haas, Gerasdorf 49, zu richten.

Neu-Aigen. Bei der diesjährigen Generalversammlung wurde der alte Ausschuß wieder gewählt.

Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an den Obmann Ferdinand Pölzinger, Wächterhaus 30a, Post Neu-Aigen, zu richten.

Alle jene Mitglieder, welche dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, wollen die Beitrittserklärung an den Kassier abgeben.

Bischofshofen. Die hiesige Ortsgruppe hielt am 27. Jänner l. J. ihre Generalversammlung ab und wurde nachstehender Ausschuß gewählt:

Matthias Neidl, Obmann, Johann Frenzl, Matthias Högler, Stellvertreter; Johann Lengauer, Konrad Schweiger, Schriftführer; Johann Eder, Josef Scherling, Kassiere; Ludwig Rambichler, Josef Salzinger, Bibliothekare; Gottfried Happacher, Ignaz Buttinger, Revisoren; Michael Steiner, Thomas Schindlmeißer, Ausschüsse.

Alle Zuschiften sind nunmehr an den Obmann Matthias Neidl, Kondukteur, Bischofshofen, in Kassenangelegenheiten an den Kassier Johann Eder, Kondukteur, Bischofshofen, zu richten.

Bei dieser Generalversammlung wurde auch die Einführung von Lokaldiensten am 2. und 4. eines jeden Monats, von 9 bis 12 Uhr mittags, beschlossen, an welchen Tagen Einzahlungen im Vereinslokal entgegengenommen werden.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim", Wien.

Als Gründer und Förderer sind weiters beigetreten: Dr. Ludwig Czech, Brünn, Kr. 50·—, Dr. Gustav Harpner, Wien, 20·—, Dr. Anton Braß, Wien, 20·—, Dr. Leopold Katz, Wien, 20·—, Dr. M. Eckstein, Pilsen, 20·—, Dr. Nason Fischer, Stryj. 20·—, Dr. Baruch Groß, Biala, 20·—; Dr. Fr. Eckstein, Aussig 20·—, Dr. Josef Heller, Aussig, 20·—, Dr. Otto Klein, Eger, 20·—, Dr. Alfred Meißner, Prag II, 20·—, Dr. Emil Sternfeld, Brüx, 20·—, Dr. Friedrich Lauer, Trautenau, 20·—, Dr. Emil Meißner, Deutsch-Brod, 20·—, Dr. Franz Tekavčič, Laibach, 20·—, Dr. Fritz Winter, Wien X, 20·—, Dr. Julius Stark, Bodenbach, 20·—, Dr. Max Wasservogel, Freiwaldau 20·—, Dr. Arnold Eisler, Graz, 20·—, Dr. Siegfried Hübsch, Wien, 20·—, Dr. Jaroslav Červený, Iglau, 20·—, Josef Wabitsch, Oberkondukteur, 20·—, Franz Josef Dušek, Wien, 20·—, J. G., Wien H. Z., 20·—, Robert Kupnik, Steinitz, 20·—, Michael Maly, Kristein, Oberösterreich, 10·—, Michael Notter, Wien XV, 20·—, Ortsgruppe Heiligenstadt, 1. Rate, 40·—, Alois Buckowsky, Wien XI, 20·—, J. H., Pola, 40·—.

Eingesendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Den Unbillen der Witterung ist der Bahnbediensteten besonders ausgesetzt. Er überwindet es leichter, wenn er für geeignete Ernährung und Erwärmung des Körpers sorgt. Einen Teller nahrhafter Rindsuppe kann er sich überall rasch und billig zubereiten, wenn er Maggis gebrauchsfertige Suppen oder Maggis Rindsuppewürfel als „eisernen Proviant" mitnimmt. Sie erfordern als Zutat nur kochendes Wasser und zeichnen sich, wie alle Maggis Erzeugnisse, durch besonders reinen Wohlgeschmack vor ähnlichen Fabrikaten aus.

Bekanntmachung der Administration.

Zur Erstellung der Statistik für das Jahr 1911 wurden an alle unsere Ortsgruppen Formulare versendet, in welchen der Mitgliederstand nach Kategorien und wo mehrere Bahnen in Betracht kommen, auch nach Bahnen aufgeteilt verlangt wurde. Diesem Wunsche ist von den hier angeführten Ortsgruppen bis zum 8. Februar 1912 leider nicht Rechnung getragen worden, obwohl wir an dieselben schon zum zweitenmal einen Fragebogen mit dem entsprechenden Ersuchen zugesendet hatten. Wir bitten daher nochmals, uns ehestens diesen statistischen Bogen mit den gewünschten Daten einzusenden, damit wir in die Lage kommen können, die betreffende Tabelle zum Jahresbericht fertigstellen und in Druck legen zu lassen.

Bakov, Braunau, Chabowka, Cormons, Czernowitz, Doubravka, Hieflau, Hohenstadt, Jaroslau, Klattau, Kojetein, Kolin, Letna bei Pilsen, Nimburg, Pezek, Przemysl, Rakonitz, Rzeszow, Sternberg, Tabor, Trient I, Wien Favoriten II, Zelenika.

* *

Nachdem auch die zweite Auflage unseres Eisenbahner-Taschenkalenders für das Jahr 1912 bereits vergriffen ist, ersuchen wir unsere Kolporteure, die noch unverkaufte Kalender besitzen und keine Aussicht mehr haben, dieselben abzusetzen, die Kalender postwendend an uns retour zu senden, damit wir die bei uns noch immer einlaufenden Bestellungen effektuieren können. Wir machen aufmerksam, daß unverkaufte Kalender, die uns nach dem 1. März retourniert werden, nicht mehr angenommen werden können und vom Kolporteur oder Vertrauensmann voll bezahlt werden müssen, als wie, wenn er sie verkauft hätte.

Kalenderverlag.

Mitteilungen der Zentrale.

Zentralausschußsitzung am 1. Februar 1912, gemeinsam mit den gewählten Vorstandsmitgliedern der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt. — Referat und Diskussion über die Stellungnahme zur geplanten Einführung von Vertrauensärzten in der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt.

Sprechsaal.

Eisenbahn Wien-Aspang und Schneebergbahn!

Durch eine Reihe von Umständen waren die Mitglieder der Personalkommission gezwungen, noch vor Ablauf der Funktionsdauer ihre Mandate niederzulegen, so daß eine Neuwahl notwendig war und selbe bereits für den 15. Februar ausgeschrieben worden ist. Die Institution der Personalkommission ist gegenwärtig noch ein Rumpfgebilde, das einer gründlichen Reform und Ausbau bedarf, bis sie als wertvolle Standesvertretung gelten kann. Deshalb muß die nächste Session der Reformarbeit gewidmet werden, was viel Kraft und Umsicht erfordern wird. Es liegt im Interesse des gesamten Personals, daß die vorgeschlagenen Kandidaten einmütig gewählt werden. Jede Stimmenzersplitterung wäre für unsere Verwaltung ein Beweis, daß die Solidarität des Personals brüchig ist, wonach sie ihren Widerstand bei allen Verbesserungsvorschlägen einrichten könnte. Es ist daher Pflicht eines jeden Angestellten, volle Einmütigkeit zu üben und nur den vorgeschlagenen Männern seine Stimme zu geben. Stimmenenthaltung und Stimmenzersplitterung wäre ein Verrat an den Interessen des gesamten Personals. Nachstehend die Kandidaten:

Beamtenkategorie.

Zentraldienst.

Mitglied: **Johann Petters**, Adjunkt, Wien.
Ersatzmann: **Gustav Preßelmaier**, Adjunkt, Wien.

Strecken- und Verkehrsdienst.

Mitglieder: **Hermann Wallner**, Stationsvorstand, Fischau. **Karl Wondrak**, Stationsvorstand, Pitten. **Adolf Karbo**, Assistent, Wien.

Ersatzmänner: **Karl Notter**, Stationsvorstand, Traiskirchen. **August Wiesmüller**, Stationsvorstand, Biedermannsdorf. **Karl Werner**, Assistent, Wien.

Unterbeamtenkategorie.

Zentral- und Verkehrsdienst.

Mitglied: **Johann Pechtel**, Stationsmeister, Edlitz.
Ersatzmann: **Karl Böse**, Oberkondukteur, Wien.

Zugförderungsdienst.

Mitglied: **Johann Wittmann**, Lokomotivführer, Wien.
Ersatzmann: **Franz Löffler**, Lokomotivführer, Wien.

Bahnerhaltungsdienst.

Mitglied: **Josef Böhm**, Bahnmeister, Tattendorf.
Ersatzmann: **Josef Stare**, Bahnmeister, Fischau.

Dienerkategorie.

Verkehrsdienst.

Mitglieder: **Johann Knopfloch**, Magazinsdiener, Wien. **Rudolf Jauernig**, Kondukteur, Wien. **Robert Lenz**, Blocksignaldiener, Wien.

Ersatzmänner: **Karl Brückler**, Kondukteur, Wien. **Karl Rießer**, Kondukteur, Puchberg. **Josef Baumgartner**, Verschubaufseher, Wien.

Zugförderungsdienst.

Mitglied: **Michael Johanik**, Lokomotivführeranwärter, Fischau.
Ersatzmann: **Franz Schwarzmüller**, Lokomotivführeranwärter, Wien.

Bahnerhaltungsdienst.

Mitglied: **Franz Ungerböck**, Bahnrichter, Wien.
Ersatzmann: **August Kairisch**, Bahnwächter, Kinzelsdorf.

Die Verwechslungen der Stimmzettel der verschiedenen Gruppen ist zu vermeiden, der Vor- und Zuname des be-

treffenden Kandidaten sowie Stand und Stationierungsort ist in den betreffenden Rubriken des Stimmzettels genau einzutragen, da undeutliche Namen und ungenaue Ausfüllung die Stimmzettel ungültig machen würden.

Jeder definitiv oder provisorisch angestellte Bedienstete, der mit einem Stimmzettel nicht beteilt werden sollte, hat denselben bei seinem vorgesetzten Dienstvorstand anzusprechen.

Offene Anfragen.

An die Generaldirektion der B. E. B. in Prag!

Das Personal der Station Priesen bittet eine löbliche Generaldirektion, anzuordnen, daß bei Abgabe von Altschwellen als Brennmaterial auch das Personal der Station Priesen bedacht werden muß.

Bahnerhaltungswächter der Südbahn.

Personalkommissionsmitglied Martin Pfeffer wurde von Breitenstein nach Inzersdorf (Haltestelle) versetzt. Zuschriften sind an Martin Pfeffer, Wien, XII, Singrienergasse 22, Tür 9, zu richten.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Budweis. Die Generalversammlung wird am 18. Februar um halb 9 Uhr vormittags im Vereinslokal abgehalten. Referent aus Prag. Infolge der wichtigen Tagesordnung wird vollzähliges Erscheinen erwartet.

Ortsgruppe Feldkirch. Sonntag den 11. Februar um halb 3 Uhr nachmittags findet im Gasthaus „Zur Rose" in Levis die Generalversammlung statt. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Zahlstelle Zellerndorf. Die Monatsversammlungen werden von nun an nicht mehr jeden ersten Sonntag im Monat abgehalten, sondern je nach Beschluß des Ausschusses. Die nächste Monatsversammlung findet am 17. Februar um 8 Uhr abends in Grafs Gasthaus statt.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle mitzubringen.

Zahlstelle Buchau. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die Bibliothek mit 1. Februar 1912 zur Benützung übergeben wurde. Wegen Bücher wolle man sich an Genossen Jakob wenden.

Ortsgruppe Mürzzuschlag. Den Mitgliedern der Ortsgruppe wird zur Kenntnis gebracht, daß von der Veranstaltung eines Eisenbahnerballes Abstand genommen wurde. Dies geschah aus dem Grunde, um unseren Genossen bei der herrschenden Teuerung nicht finanzielle Opfer aufzuerlegen. Aus denselben Gründen unterbleibt die Veranstaltung eines allgemeinen Arbeiterballes.

Ortsgruppe Knittelfeld. Am Sonntag den 3. März um 9 Uhr vormittags findet im Volksheim, Hauptplatz 2, die Generalversammlung statt. Ein Referent aus Linz wird sich mit dem Thema „Professionistenverein" eingehend befassen.

Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen. Gäste erwünscht.

Ortsgruppe Brünn II. Die Generalversammlung findet am 3. März um halb 4 Uhr nachmittags im Vereinslokal, Zeile 15, statt. Referent aus Wien. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu kommen. Der Zutritt ist nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches gestattet.

Ortsgruppe Aussig. Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Generalversammlung Sonntag den 3. März um 2 Uhr nachmittags im Volkskeller stattfindet.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich und bestimmt zu erscheinen.

Zahlstelle Lobositz. Die Ausschußsitzung findet Sonntag den 3. März um 3 Uhr nachmittags, die Mitgliederversammlung am selben Tage um eine Stunde später im Gasthaus „Zur Weintraube" statt. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Ortsgruppe Komotau. Wegen der bevorstehenden Gemeinderatswahlen in Oberdorf entfällt diesmal die Monatsversammlung. Die nächste Versammlung wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Ortsgruppe Dux. Die Generalversammlung wird am 3. März um 8 Uhr abends im Restaurant „Kronprinz Rudolf" abgehalten. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Kassier abzugeben. Jene Mitglieder, welche dem Sterbefonds beitreten, wollen dies ehestens bekanntgeben, da nach dem 31. März eine zweijährige Karenzfrist vorgeschrieben ist.

Zahlstelle Süßenbrunn. Am 13. Februar l. J. um 5 Uhr nachmittags, findet in Wotkes Gasthaus, Verbindungsbahnhof, Süßenbrunn, ein § 2-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht über die Lohnaufbesserung der Staatsbahnarbeiter. 2. Sterbeunterstützungsfonds. 3. Eventuelles. Alle Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Ortsgruppe Bruck an der Mur. Am 11. Februar, um 8 Uhr abends, findet im Hotel „schwarzer Adler" ein Familienabend statt.

Der Reingewinn wird zugunsten notleidender Eisenbahnerwaisen verwendet. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Ortsgruppe Friedland in Böhmen. Am 17. Februar l. J. findet im Saale des Arbeiterheims in Friedland i B., um ½9 Uhr abends, die diesjährige Generalversammlung der Ortsgruppe Friedland statt. Es ist Pflicht jeden einzelnen, bestimmt und pünktlich zu erscheinen, da wichtige Gegenstände zur Verhandlung gelangen.

Ortsgruppe Steyr. Die Ortsgruppe veranstaltet am Sonntag den 10. März 1912, um 12 Uhr mittags, im Gasthause „zum goldenen Pflug" in Steyr, Sirningerstraße 34, ihre diesjährige Generalversammlung. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Fehring. Laut Beschluß des Ausschusses der Ortsgruppe Fehring findet am ersten Samstag jeden Monats, 6 Uhr abends, im Vereinslokal ein Vereinsabend statt. Fällt der erste Samstag auf einen Feiertag, wie das im Monat Jänner nächsten Jahres der Fall ist, wird der Vereinsabend am vorhergehenden Tag abgehalten. Die Genossen Vertrauensmänner werden ersucht, rege zu agitieren, damit derselbe auch einen guten Besuch aufweist.

Ortsgruppe Prerau I. Die Mitglieder werden aufgefordert, entliehene Bibliotheksbücher bis längstens 15. Februar d. J. zurückzustellen.

Inhalt der Nummer 4 vom 1. Februar 1912.

Der Faschings-Courier. Hinterbliebenen-Unterstützung.

Artikel: Die Demagogie in der Sackgasse. Wer wird den Vorteil davon haben? Eisenbahnwirtschaft in Oesterreich und in Preußen. Die neue Sozialversicherungsvorlage. Proletarische Untugenden. Indifferentismus und Egoismus. Das Eisenbahnministerium „für" seine Bediensteten. Protokoll der Sitzung der Personalkommission für die Linien der St. E. G., Sektion Unterbeamte.

Inland: Schmerzliche Verluste. Christlichsoziale Korruption bei den niederösterreichischen Landesbahnen. Ein Scharfmachervortrag gegen das Streikrecht der Eisenbahner und Staatsangestellten. Die Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten. Fabrikantengeld für die deutschnationale Arbeiterbewegung. Die Christlichsozialen als Kriegshetzer. Christlichsoziale Bestialität. Deutschnationale Eisenbahnerfreundlichkeit. Abgeordnete als Scharfmacher. Ein großer Lohnkampf der Metallarbeiter.

Ausland: Die Stichwahlen für den deutschen Reichstag. Die ausständigen Eisenbahner von Buenos Aires. Streikbeschluß der englischen Bergarbeiter. Erfolg der Eisenbahn-Telegraphisten in Amerika. Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911. Die „christliche" Arbeiterbewegung in Deutschland vor dem Krach.

Aus dem Gerichtssaal: Zusammenstoß mit einem Fuhrwerk auf der Wien-Badener Lokalbahn. Die Verantwortlichkeit der Eisenbahner. Eine fidele Verkehrskontrolle.

Streiflichter: Der Werdegang der deutschnationalen Eisenbahnervertreter. Der Provisionsfonds als deutschnationaler Gemeindewähler. Genossenschaftliches Wohnhaus der Nordbahnarbeiter. Wie der „Deutsche Eisenbahner" infam verleumdet. Strafmaßregeln gegen das Wächterpersonal auf der k. k. Nordwestbahn. Verschlechterung bei Postenbesetzung im Staatsbahndirektionsbezirk Innsbruck. Reformen bei der Südbahn. Kontrollwesen und Sparsystem bei der Nordbahn. Ein Erfolg für die Wächter der Linien der k. k. Staatseisenbahngesellschaft.

Korrespondenzen: Friedek-Mistek. Knittelfeld. Gablonz a. N. Wien. Franzensfeste. Neumarkt i. St. Gmünd. Lichtenau. Czernowitz. Sebastiansberg. Linz a. D. Lundenburg. Graz.

Versammlungsberichte: Eisenbahnerversammlungen in Kärnten. Sigmundsherberg. Böhmisch-Leipa. Wien-Penzing. Gmünd. Steyr. Braunau am Inn. Wien XIX, Heiligenstadt. Olmütz.

Aus den Organisationen: Hainfeld. Komotau. Mauthausen. Wolfsberg. Nimburg. Jägerndorf. Zellerndorf. Hütteldorf. Gmünd. Kaaden-Brunnersdorf. Trübau i. St. Obernitz. Sporitz.

Verschiedenes: Der Aufstand der alpinen Montanbauern vom Semmering. Die erste Eisenbahn in Tripolis. Das Budget des Papstes.

Eisenbahnhygiene: Zur Eisenbahnhygiene.

Literatur: Eine neue Programmbroschüre. „Wahrer Jakob".

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim".

Bekanntmachungen der Administration. Statistik. Kalender.

Mitteilungen des Triester Sekretariats: Beitrittserklärungen für den Hinterbliebenen-Unterstützungsfonds.

Mitteilungen der Zentrale: Verwaltungskomiteesitzung. Zentralausschußsitzung.

Freie Eisenbahnerversammlungen: Landeck. Bludenz. Feldkirch. Bregenz. Spittal a. d. D. Mallnitz. Böckstein. Schwarzach. Bischofshofen. Staatsbahner Innsbrucks. Kirchberg am Wagram.

Sprechsaal: Delegiertenwahlen für die B. U. A. auf der B. N. B. Personalkommissionswahlen auf der Südbahn. Protokoll des Innsbrucker Parteitages.

Offene Anfragen: An die Direktion der Oe. N. W. B. An die Nordbahndirektion.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein: Aßling. Salzburg I. Bruck a. d. L. Rudig. Stillfried. Böhmisch-Leipa. Spittal a. d. Drau. Klagenfurt. Lichtenau. Rosenbach. Brünn II. Kriegsdorf. Neuern. Stauding. Steyr. Bregenz. Weiskirchlitz. Groß-Weikersdorf. Daßnitz. Turnau. Obertraun. Teplitz. Deutsch-Wagram. Parschnitz. Aßling. Bodenbach. Hohenstadt. Heiligenstadt. Blansko. Böckstein. Hötzelsdorf. Brüx. Zieditz. Himberg. Leobersdorf.

Briefkasten der Redaktion.

A. M., Brunnersdorf. Die unrichtige Wiedergabe Ihres Namens ist auf einen Druckfehler zurückzuführen. — **Buchegger Johann.** Ihre Ansicht ist richtig. — **Krima Rdf. Nr. 138.** Hat die Tochter bereits acht Schuljahre, so ist sie mit Ende des achten Schuljahres frei; wenn nicht, so müssen Sie beim Ortsschulrat um Befreiung ansuchen. — **H. O., Zell am See.** Die Lose sind nicht gezogen.

Bei Husten
Verschleimung
Heiserkeit
Rachenkatarrh
Luftröhrenkatarrh
Bronchialkatarrh
Lungenspitzenkatarrh
Lungenschwindsucht
Asthma
Atemnot

Dr. Kant's Lungentee!

Preis per Paket K 1·50. Erhältlich in allen Apotheken oder direkt beim Hauptdepot

Schutzengelapotheke, Wien XII, Meidlinger Hauptstrasse Nr. 45.

Männerkrank-

heiten und Nervenschwäche" von Spezialarzt **Dr. Rumler.** Äußerst lehrreicher Ratgeber und Wegweiser zur Verhütung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarkserschöpfung, Geschlechtsnervenzerrüttung, Folgen nervenruinierender Leidenschaften und Exzesse und aller sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, ist das Lesen dieses Buches von geradezu unschätzbarem gesundheitlichem Nutzen. Der Gesunde lernt sich vor Krankheit und Siechtum zu schützen, der bereits Leidende aber lernt den sichersten Weg zu seiner Heilung kennen. Viele interessante, belehrende Abbildungen. Für Kr. 1·60 in Briefmarken franko von **Dr. med. Rumler, Genf 881** (Schweiz). 5

Gutbezahlte Stellung

fanden stets diejenigen, die sich der weltberühmten Selbstunterrichtswerke „System Karnack-Hachfeld" zu ihrer Weiterbildung bedienten. Gründliche Ausbildung zum **Monteur, Maschinisten, Werkmeister, Betriebsingenieur, Werkzeugmaschinenbauer, Maschinenkonstrukteur, Ingenieur, Former und Gießermeister, Gießereitechniker, Bauschlosser und Installateur, Lokomotivheizer und -führer, Eisenbahntechniker, Elektroinstallateur, Elektroingenieur.** Ausführliche Prospekte und eine 62 Seiten starke Broschüre „Karnack-Hachfeld" werden auf Verlangen jedermann **kostenlos** zugesandt von

Schallehn & Wollbrück, Wien XV/1.

Die neue Adresse unseres Druckereigebäudes bitten wir genau zu beachten:

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Swoboda & Co.

Telephon 2364 3545

V, Rechte Wienzeile 97

(früher V, Wienstrass 89a) 1

Leichenbestattungsverein der Bediensteten der k. k. österreichischen Staatsbahnen in Knittelfeld

Einladung zu der am Samstag den 2. März 1912 um 7 Uhr abends in Herrn J. R. Rinnerhofers ::::::: Saallokalitäten stattfindenden :::::::

VII. ordentl. Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Vereinsjahr. 2. Bericht des Kassiers über die Vermögensgebarung. 3. Bericht der Revisoren. 4. Neuwahl der Vereinsleitung und zweier Rechnungsrevisoren. 5. Sonstiges.

Die P. T. Mitglieder werden gebeten, zahlreich zur Versammlung zu erscheinen, da eine zweite Versammlung, welche mit großen Kosten verbunden ist, nur eine Schädigung des Vereinsvermögens bedeutet, was nicht im Interesse der Mitglieder gelegen sein kann.

NB. Der Zutritt zur Generalversammlung ist nur Mitgliedern des Vereines gestattet. 59

Danksagung.

Da es mir unmöglich ist für die mir anläßlich meines 25jährigen Arbeiterjubiläums zuteilgewordenen Ehrungen jeden einzelnen persönlich meinen Dank abzustatten, sage ich auf diesem Weg allen meinen Arbeitskameraden meinen aufrichtigen Dank. Auch allen jenen, welche durch ihre Mitwirkung das Fest verschönern geholfen haben, meinen herzlichsten Dank. Nochmals besten Dank für das mir gewidmete Andenken.

Adam Savnecki.

Danksagung.

Im Namen meiner Schwägerin Franziska Bartocha sehe ich mich veranlaßt, allen Genossen und Kollegen für die äußerst zahlreiche Beteiligung an dem Leichenbegängnis meines so früh dahingeschiedenen Schwagers Josef Bartocha meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Insbesondere danke ich den Genossen des hierortigen Sängerbundes „Vorwärts" für die Aufführung des äußerst ergreifenden Grabchors.

Karl Kordula
Lokomotivführer.

Lebensmittelmagazin für Bedienstete der k. k. österreichischen Staatsbahnen in Gmünd, Niederösterreich, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Einladung zu der am **Sonntag den 11. Februar 1912** um 8 Uhr vormittags im **Speisesaal der k. k. Staatsbahn-Werkstätte Gmünd** stattfindenden

ordentlichen

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung.
2. Bericht des Vorstandes über die Geschäftsgebarung per 1911.
3. Entlastung des Vorstandes auf Bericht des Aufsichtsrates.
4. Genehmigung des Gewinnverteilungsvorschlages.
5. Statutenänderung.
6. Ersatzwahl in den Aufsichtsrat und in den Vorstand.
7. Anträge und Anfragen.

Die P. T. Mitglieder werden aufmerksam gemacht, daß nach § 43 der Statuten jede ordnungsgemäß einberufene Generalversammlung beschlußfähig ist. Frauen der Mitglieder als Gäste willkommen.

Der Aufsichtsrat des Lebensmittelmagazins für Bedienstete der k. k. österreichischen Staatsbahnen, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Gmünd, Niederösterreich.

Johann Reither, Vorsitzender. 61

Billige Bettfedern

5 Kilo: neue geschlissene K 9·60 bessere K 12·—, weiße daunenweiche geschlissene K 18·—, K 24·—, schneeweiße daunenweiche geschliss. K 30·—, K 36·—, K 42·—. aus rotem Bettinlett, gefüllt, 1 Duchent oder 1 Unterbett 130 cm lang, 116 cm breit K 10·—, K 12·—, K 15·— und K 18·—. 2 Meter lang, 140 cm breit K 13·—, K 15·—, K 18·—, K 21·—, 1 Kopfkissen 80 cm lang, 58 cm breit K 3·—, K 3·50, und K 4·—, 90 cm lang, 70 cm breit K 4·50 und K 5·50. Anfertigung auch nach jeder beliebig. Maßangabe 8-teilige Haar-Matratzen auf 1 Bett à K 27·—, bessere K 33·—. Versand franko per Nachnahme von K 10·— aufwärts, Umtausch und Rücknahme gegen Portovergütung gestattet. **Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 170** bei Pilsen, Böhmen. 12

FERTIG GEFÜLLTE BETTEN

Nebenerwerb oder Existenz

sichern sich Herren und Damen selbst in den kleinsten Orten durch Verkauf grossartiger Haushaltungsgebrauchsartikel. Riesenverdienst zugesichert. Näheres gratis. Anfragen mittelst Postkarte unter „Nr. 28" an die Annoncenexpedition Eduard Braun, Wien I, Rotenturmstrasse 9. 25

Ihre Gesundheit, erhalten Sie, Ihre Schwäche und Schmerzen verschwinden, Ihre Augen, Nerven, Muskeln, Sehnen werden kräftig. Ihr Schlaf gesund Ihr allgemeines Wohlbefinden stellt sich wieder ein, wenn sie den echten Feller's Fluid m. d. M. „Elsafluid" benützen. Probebutzend 5 Kronen franko. Erzeuger nur Apotheker E. V. Feller in Stubica, Elsaplatz Nr. 191 (Kroatien).

„OLLA" Hygien. Spezialitäten

Beste existierende Marke. Per Dutz. K 4·—, 6·—, 8·—, 10·—. Frauenschutz, jahrelang verwendbar, K 3·—, 4·—, 6·—, 10·—. Neuheit für Herren, dauernd zu gebrauchen, Stück K 2·—. — Versand diskret. — Illustr. Preisliste gratis (Verschlossen 20 Heller.)

J. Gruner, „OLLA"-Depot
Wien V/2, Schönbrunnerstrasse 141E.

Jeder Besteller, der sich auf dieses Blatt beruft, erhält ein Geschenk gratis.

Warum kaufen Sie ohne Anzahlung

eine Sprechmaschine direkt in einziger Fabrik Oesterreichs am besten?

Weil jede Fracht, Zoll, Packung wie bei ausländischen im Preise mitbezahlen, jede Maschine bis zur kleinsten Schraube vaterländisches Fabrikat ist, den Händlernutzen sparen.

Weil zu jeder Maschine drei Jahre Garantie ist, jedes Plattenfabrikat darauf spielen können, jede Maschine eine Klasse für sich bildet und meine Fabrik nicht erst gestern gegründet wurde, sondern seit 1898 besteht, daher für größtes Entgegenkommen bürgt.

Weil ich an solvente Kunden **ohne Anzahlung in Raten von 5 Kronen** an liefere und 20 Monate Kredit gewähre.

Vorführung ohne Kaufzwang in der Fabrik.
Katalog gratis. Kein Gassenladen.

Einzige Sprechmaschinenfabrik Oesterreichs 55

Leop. H. Kimpink, Wien VII, Kaiserstraße Nr. 65.

Gelegenheitskauf

Garantiert echter

Hirschbart

Riesen-Prachtexemplar

dunkles Haar, buschig, mit sehr schönem Reif, 20 cm lang, samt Altsilberhülse m. Hirschgrandl, verschiebbar mit Ringu. Schraube zusammen **nur K 6·—. Seltene Gelegenheit!**

Versendet per Nachnahme **Gemsbarthinder**

Fenichel, Wien IX, Altmütterg. 3-14.

1 Kilo **graue** geschlissene K 2.—, **bessere** K 2.40, **halbweiße prima** K 2.80, **weiße** K 4.—, **prima** daunenweiche K 6.—, **hochprima** K 7.—, 8.— und 9.60, **Daunen, graue,** K 6.—, 7.—, **weiße prima** K 10.—, **Brustflaum** K 12.— von 5 Kilo an franko.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfädigem, rotem, blauem, gelbem oder weißem Inlett (Kanking), **1 Tuchent,** ca. 180 Cm. lang, 120 Cm. breit, samt **2 Kopfpolstern,** jeder ca. 80 Cm. lang, 60 Cm. breit, genügend gefüllt mit neuen, grauen, flaumigen und dauerhaften **Bettfedern** K 16.—, **Halbdaunen** K 20.—, **Daunenfedern** K 21.—, **Einzelne Tuchente** K 10. , 12.—, 14.—, 16.—. **Einzelne Kopfpolster** K 3. , 3.50, 4.—. **Tuchente,** 200 × 140 Cm. groß, K 13.—, 15.—, 18.—, 20.—, **Kopfpolster,** 90 × 70 Cm. groß, K 4.50, 5.—, 5.50. **Untertuchente** aus bestem Bettgrabl, 180 × 116 Cm. groß, K 13.— und K 15.—, versendet gegen Nachnahme oder Vorauszahlung

Max Berger in Deschenitz Nr. 423a, Böhmerwald.

Kein Risiko, da **Umtausch** erlaubt oder **Geld** rückerstattet wird. Reichhaltige illustr. **Preisliste** aller Bettwaren gratis. 15

MÖBEL

Aufruf an die Herren Eisenbahner!

Wiens beste und billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen altbekannte, langjährig bestehende

Fünfhauser Möbelniederlage

M. Eisenhammer
Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142

Registrierte Schutzmarke Eisenbahn-Kondukteur.

(neben der Löwendrogerie Schawerda)

politierte Zimmereinrichtungen à Kr. 130, 150, 170, 200 u. 240, Kücheneinrichtungen von Kr. 34 aufwärts, — Komplette Schlaf- und Speisezimmer von Kr. 280, — Moderne Kücheneinrichtungen, grau, weiß, grün, à Kr. 70. — Patentbettelnsätze von Kr. 9·— und Matratzen, dreiteilig von Kr. 12·— aufwärts. — Ein eine Gegenstände billigst in großer Auswahl. Kleiner Preiskurant für die Provinz gratis. Großer Möbel-Katalog gegen 60 Heller Briefmarken franko.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Auswahl.

Zufuhr in allen Bahnhöfen und Bezirken Wiens kostenfrei.

Warnung! Um meine P. T. Kunden vor Schaden durch Irreführung zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma Fünfhauser Möbelniederlage, da eine Konkurrenz meine Hausnummer als Preis mißbraucht, um meine p. t. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftsportal.

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke „Eisenbahnkondukteur" in Lebensgröße in meinem Schaufenster sehen.

Werter Herr!

Erlaube mir Ihnen mitzuteilen, daß die Möbel, welche am 23. v. M. hier eingetroffen sind, in gutem Zustand waren und ich auch sehr zufrieden bin damit. Auch danke ich Ihnen für Ihre solide und reelle Bedienung. Ich werde Sie meinen Bekannten bestens empfehlen.

Hochachtungsvoll 8

Louis Stadler
Kirchmeier in Saalfelden.

Achtung, Eisenbahner!

Ich wurde von den Herren Eisenbahnern der hiesigen Gegend schon einigemal aufgefordert, ein Verzeichnis meiner Waren den Herren Kollegen der Monarchie bekanntzugeben.

Infolgedessen offeriere:

Polnische hohe Röhrenstiefel Nr. 40/46, aus schwarzem russischen Juchtenleder, prima . **18 Kr.**
Dieselben aus braunem Leder **14 „**
Arbeiterstiefel aus braunem Leder, ungarische Fasson . . **14 „**
Männerschuhe, Zug- oder Schnür-, aus Bocks-, braunem Juchten- oder schwarzem russischen Juchtenleder . . . **8 „**
Dieselbe Fasson: aus Bocksaranleder . . . **10 „** aus Chevreauleder . . . . . **12 „**
Damen- und Kinderschuhe.

Preiskurant auf Verlangen kostenlos.

Alles per Nachnahme franko jeder Postistation.

Nichtpassendes umgetauscht oder Geld retour. 62

Export für handerzeugte Arbeiter-Schuhwaren

S. GROSS
in Chrzanów, Kl. Ring (Galizien).

Die Weltmeisterschaft in der Uhrenindustrie endl. erobert! Extraflach! Hochelegant!

Kavalier Gold-double Uhr

nur 4·90.

Dieselbe besitzt ein gutes 36 stündiges Ankerwerk und ist auf elektrischem Wege mit **echtem 18 karat. Gold** überzogen.

Garantie für präzisen Gang 4 Jahre.

1 Stück K 4·90
2 „ „ 9·30

Jeder Uhr wird eine fein vergoldete Kette umsonst beigefügt.

Gleiche Damenuhr in flacher und eleganter Ausführung.

Risikolos! Umtausch erlaubt ev. Geld retour. Versand p. Nachnahme.

HOLZER & WOHL, Krakau Nr. 51
Oesterreich. 66

40 Meter waschechte Reste 16 K.

sortiert, in gutem Bettzeug, Blaudruck, Oxford, Zephir, Flanell etc., jeder Rest 3 bis 12 Meter lang.

Dieselben Reste in extrabester Dauerqualität, 40 Meter sortiert nur 20 K.

Versand nur per Nachnahme; Nichtentsprechendes wird zurückgenommen, Geld retourniert. Die Firma genlesst seit 45 Jahren besten Ruf als billig und gut.

Leinenfabrik Jos. Kraus
Nachod VII, Böhmen.

Musterkollektionen bester Leinenwaren für Haushalt und Ausstattung kostenlos
(von Resten keine Muster).

Umsonst

trotz der allgemeinen **Teuerung** erhält **jeder** einen schönen Gebrauchsgegenstand, der ein 5 kg. Postpaket

Roggen-Kaffee „Probat"

bestellt. 1 Postpaket nur **K 3·70** franko jeder Postistation per Nachnahme.

„Probat"

gibt allein ohne teuren Bohnenzusatz einen gesunden u. schmackhaften Kaffee. Nur echt bei Verschluß der Säckchen mit Marke **„Probat".**

Bernsdorfer Getreide-Rösterei
Bernsdorf 5
b. Trautenau, Böhmen.

Naturwein

garantiert echt und fein im Geschmack liefert billigstens in Fässchen **von 30 Liter aufwärts** die

Exportfirma

Gottlieb Ponka
in Triest

Auszug aus der Preisliste:

Wippacher
Weisser Tischwein Ia. à K —·52
Istrianer
Weisser Tischwein Ia. à K —·56
Dalmatiner
Weisser Tischwein Ia. à K —·60
Blutwein, rot, feinst . à „ —·66
Almissa, süsslich, feinst à „ —·72
Opollo, stark, feinst . à „ —·86
Sebenico, rot, Ia. . . à „ —·56
Wermut
Spezial-Magenwein . . à K —·96

Die Preise verstehen sich per Liter franko Station Triest, mittels Reglefrachtbriefs. Lieferungen gegen Nachnahme und nach Vereinbarung auch ohne Nachnahme.

Preisliste franko und gratis.

Achtung, Eisenbahner!! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf! 20

Von Versatzämtern eleganteste Herrenanzüge von K 14·—, Ulster von K 10·—, Lodenröcke, Wetterkrägen von K 8·50, Modehosen von K 4·— aufwärts.

Großes Lager von feiner Herren-, Damen- und Kinderwäsche, fertige Bettwäsche, weiß oder farbig, nur K 5·—, Leinfücher K 1·50, schwere Bettzeuge, Damastgradel, Bettuch, Leinen, Chiffone, Angine, per Stück nur K 9·50, Handtücher, Tischtücher, Vorhänge K 3·—. **Garantiert nur gediegenste Ware, alles erstaunlich billig.** Einzig in Wien nur bei

Goldstein, VII, Kaiserstrasse 40.

Auch Kleiderleihanstalt, per Anzug K 3·—. Provinzversand reell per Nachnahme.

Die

„Patent-Korkkappe"

ist die beste Uniformkappe der Gegenwart.

K. u. k. Hof-Uniformen-, Uniformsorten- u. Tuchfabriken

Wilhelm Beck & Söhne

Zentrale: Wien, VIII. Langegasse Nr. 1.
Fabrik: Wien, VI. Bezirk, Hirschengasse Nr. 25.

Ein vorzügliches Qualitätsbrot

das sich von allen anderen Brotsorten durch seine reinliche, hygienisch einwandfreie Erzeugung unterscheidet, ist

HAMMERBROT

Schutzmarke eingeprägt auf jedem Laib.

Täglich zweimaliger Bahnversand nach allen Stationen.

Hammerbrotwerke und Dampfmühle

Skarzel, Hanusch & Co., Schwechat bei Wien.

Verkaufsbureau: Wien II, Zirkusgasse 21.
Telephon 23.240. Telephon 23.240.

Hammerbrot ist zu haben in den Lebensmittelmagazinen sämtlicher ::: Bahnverwaltungen Wiens. :::

Parteigenossen!

Bestellet euch jeder für eure Familie ein Paket fehlerfreier Reste, enthaltend: Prima Kanevas für Bettüberzüge, starken Hemdenoxford, Zefir für Hemden und Kleider, Blaudruck, Blusen- und Kleiderstoffe, Leinwand 2c. Alles in **Prima** Qualität. **40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr.** per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von 4 bis zu 14 Metern und kann jeder Rest bestens verwendet werden.

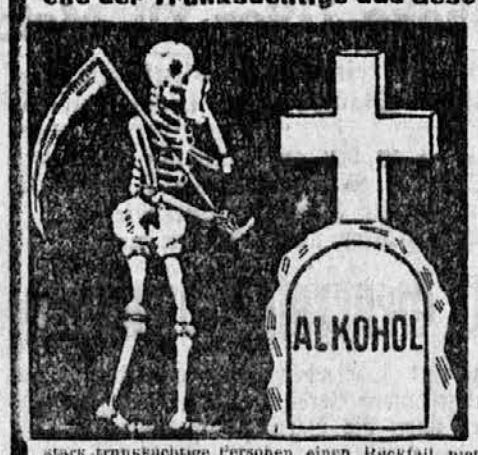
Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst.

Mit Parteigruß

Leopold Wiček, Handweber
70 in **Nachod** Nr. 17, Böhmen.
Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

Heile die Trunksucht,

ehe der Trunksüchtige das Gesetz verletzt



Rette ihn, ehe der Alkohol seine Gesundheit, Arbeitslust und Vermögen zerstört hat oder ehe der Tod die Rettung unmöglich gemacht hat.

Coom ist ein Surrogat für Alkohol und bewirkt, dass der Trunksüchtige geistige Getränke verabscheuen wird. **Coom** ist vollkommen **unschädlich** und wirkt so intensiv, dass auch stark trunksüchtige Personen einen Rückfall niemals bekommen.

Coom ist das Neueste, was die Wissenschaft in dieser Beziehung hervorgebracht hat und hat derselbe bereits Tausende von Menschen aus der Not, dem Elend und Ruin errettet.

Coom ist ein leicht lösliches Präparat, das zum Beispiel die Hausfrau ihrem Gatten im Morgengetränk geben kann, ohne dass er das geringste davon merkt. In den meisten Fällen versteht der Betreffende gar nicht, weshalb er plötzlich Spiritus nicht vertragen kann, sondern glaubt, dass der übertriebene Genuss davon der Grund dazu sein wird, wie man oft eine gewisse Speise verabscheuen kann, wenn man dieselbe zu oft genossen hat.

Coom sollte jeder Vater seinem Sohne, dem Studenten, geben, ehe er beim Examen durchfällt, wenn er dem Trunk auch nicht besonders ergeben ist, so schwächt der Alkohol doch sein Gehirn. Ueberhaupt sollte ein jeder, der nicht willenskräftig genug ist, sich dem Genuss geistiger Getränke zu enthalten, eine Dose **„Coom"** einnehmen. Selbiges ist völlig unschädlich. Der Betreffende konserviert dadurch seine Gesundheit und erspart sehr viel Geld, das sonst zu Wein, Bier, Branntwein oder Likör verwendet worden wäre.

Herr R. F. schreibt: Coom Institut, Kopenhagen, Dänemark.

Ich bitte, so gütig zu sein, eine Schachtel Coom zu senden mit Postnachnahme à 10 Kronen. Ich habe einen Freund, der sich sehr stark dem Trunk ergeben hat, und möchte ihn gern abgewöhnen. Mit dem bis jetzt gesandten Coom habe ich schon drei Personen abgewöhnt; sie sind jetzt ganz tüchtige Männer, nur wollen sich die Menschen bei uns nicht anreden lassen. Vielmal dankend, verbleiben wir Sie ehrend. R. F. Diösgyör gyártelep. 28. XI. 1910. Ungarn.

Das Coom Präparat kostet 10 Kronen und wird versandt gegen Vorausbezahlung oder gegen Nachnahme nur durch

Coom Institut, Kopenhagen 314, Dänemark.

Briefe sind mit 25 Heller, Postkarten mit 10 Heller zu frankieren

Beste böhmische Bezugsquelle!

Billige Bettfedern!

1 kg graue, gute, geschlissene 2 K, bessere 2 K 40; prima halbweiße 2 K 80; weiße 4 K; weiße, flaumige 5 K 10; 1 kg hochfeine, schneeweiße, geschlissene 6 K 40, 8 K; 1 kg Daunen (Flaum), graue 6 K, 7 K; weiße, feine 10 K; allerfeinster Brustflaum 12 K. Bei Abnahme von 5 kg franko.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfädigem roten, blauen, weißen oder gelben Kanking, **1 Tuchent,** 180 cm lang, circa 120 cm breit, **mitsamt 2 Kopfkissen,** jedes 80 cm lang, circa 60 cm breit, gefüllt mit neuen, grauen, sehr dauerhaften, flaumigen **Bettfedern** 16 K; **Halbdaunen** 20 K; **Daunen** 24 K; **einzelne Tuchente** 10 K, 12 K, 14 K, 16 K; **Kopfkissen** 3 K, 3 K 50, 4 K; **Tuchenten,** 200 cm lang, 140 cm breit, 13 K, 14 K 50, 17 K 80, 21 K. **Kopfkissen,** 90 cm lang, 70 cm breit, 4 K 50, 5 K 20, 5 K 70; **Untertuchente** aus starkem, gestreiften Grabl, 180 cm lang, 116 cm breit, 12 K 80, 14 K 80. Versand gegen Nachnahme von 12 K an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. 21

S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.

Reichillustrierte Preisliste gratis und franko.

Herausgeber Josef Tomschik. — Verantwortlicher Redakteur Franz Lill.
Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Swoboda & Co.
Wien, V., Rechte Wienzeile 97.